

Vorwärts

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 6 Pf., Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf., Post-
 abonnement: 1,10 Mark pro Monat,
 eingetragen in die Post-Verzeichnungs-
 Preisliste. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
 je Zeile oder deren Raum 60 Pf., für
 politische und gesellschaftliche Vereins-
 und Berlangungs-Anzeigen 30 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte
 Wort 20 Pf., (außer 2 festgedruckte
 Worte), jedes weitere Wort 10 Pf.,
 Stellenangebote und Geschäftsver-
 träge das erste Wort 10 Pf., jedes
 weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buch-
 staben zählen für zwei Worte. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Erscheint täglich außer Montags.

Berliner Volksblatt. Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonntag, den 21. Mai 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Blinder Lärm.

Im preussischen Dreiklassenparlament passieren seltsame Dinge; in einer Sitzung setzte sich die Regierungsmehrheit aus den verschiedenartigsten Bestandteilen zusammen. Bei dem Feuerbestattungsgesetz wurde die Mehrheit, die die Regierungsvorlage mit knapper Not vor kläglichem Durchfall rettete, gebildet von einer Minderheit der Konservativen, den Freikonserverativen und der Linken. Die unterliegende Minorität setzte sich zusammen aus dem Zentrum und dem größten Teil der Konserverativen. Unmittelbar darauf folgte die Auseinandersetzung über die Ostmarkenpolitik, und da waren es umgekehrt die Konserverativen und das Zentrum, die den Schutzwahl der Regierung gegenüber den freikonserverativen und nationalliberalen Angriffen formierten. Eine originelle Situation, die auf die Dauer kaum haltbar wäre, wenn es sich wirklich um einen Aufeinanderprall tiefer und scharfer Gegensätze gehandelt hätte. Davon kann aber keine Rede sein.

Die führenden konservativen Blätter, „Kreuzzeitung“ und „Deutsche Tagesztg.“, haben erst allzu spät entdeckt, daß das Feuerbestattungsgesetz im Grunde doch gegen das konservative Prinzip verstöße, weil es an einer heiligen Tradition rüttelt und eine bedenkliche Konzession an den Geist der Neuerungssucht und des Unglaubens darstelle. Diese Entdeckung kam zu spät, um die konservative Sezession zu verhindern, die die Annahme des Gesetzes sicherte. Auch scheint es, daß die Tempelwächter des konservativen Prinzips geflüchteten die rechte Zeit zur Warnung verschlafen haben, da auch ihnen das ganze Streitobjekt wohl zu geringfügig erschien, um der Regierung deswegen ärgerliche Ungelegenheiten zu bereiten. Dem Zentrum dagegen war der Kampf gegen das Gesetz offenbar bitter ernst, da es sich sonst nicht bis zur förmlichen Obstruktion hätte hinreichend lassen. Das Zentrum entwickelte ja einen Feuerschein in der Bekämpfung des verhassten Gesetzes, der sogar vor einer Terrorisierung seiner Fraktionsmitglieder nicht zurückschreckte, denen es sonst bei politisch ungleich wichtigeren Anlässen den weitesten Spielraum zu lassen pflegt — man denke nur an die Gegner des Wahlrechtsantrags der Fraktion!

Diese Geschlossenheit des Zentrums, die durch das Schreckmittel der Veröffentlichung der Namen sämtlicher säumigen Fraktionsmitglieder erzwingen wurde, beweist schlagend den konfessionellen Charakter dieser Partei. Das Zentrum weiß ganz genau, daß das konfessionelle Moment seinen stärksten Kitt bildet. Es ist sich nur zu wohl dessen bewußt, daß die heterogenen sozialen Elemente, die ihm angehören, reitungslos auseinanderfallen würden, wenn nicht der Konfessionalismus und Zelotismus mit allem Eifer konserviert und stets von neuem geschürt würde. Nichts ist dem Zentrum willkommener, nichts kann ihm besser über die ihm aus seiner reaktionären Politik erwachsenden Schwierigkeiten hinweghelfen, als religiöse Hebe und Kulturkampfpauperie. Durch Kulturkampfpauperie sucht es sich gegen die Abrechnung wegen seiner schändlichsten Wahlrechtsverraterei zu schützen. Und Kulturkampfpauperie soll ihm auch bei den Reichstagswahlen als Rettungsmittel dienen. Nur so erklärt sich der sonst unbegreifliche Aufwand an zäher Energie und müßiger Demagogie gegenüber einem Gesetz, das selbst einer ertiedlichen Anzahl unversähter Junker völlig harmlos erschien.

Daß das so erbittert befehdete Gesetz nun schließlich doch mit zwei Stimmen Mehrheit, mit 157 gegen 155 Stimmen, in dritter Lesung angenommen worden ist, braucht das Zentrum weniger zu schmerzen, wenn es auch so tut, als erwarte es mit Bestimmtheit die rettende Tat von den Konservativen des Herrenhauses. Sicherlich würde es den schwarzen Demagogen famos passen, wenn sie mit einem direkten Erfolg ihrer Anstrengungen im Lande hausieren gehen könnten. Aber für ihre Zwecke genügt es schließlich auch, eine so glorreiche Glaubensrettungsaktion überhaupt unternommen zu haben.

Auch glauben wir nicht, daß die Haltung der konservativen Minderheit zu einer ernstlichen Störung des schwarzblauen Zweckverbandes zur Volksknebelung und Volksausplünderung führen könnte. Dazu fühlen sich diese schönen Seelen durch innerste Herzensbände allzu sehr solidarisch verbunden. Statt die Spaltung der Konservativen für das Scheitern ihres Glaubenskreuzzugs verantwortlich zu machen, werden sich die biedereren Zentrumstrategen denn wohl auch mit der liebenswürdigen Feststellung begnügen, daß die Regierung die Annahme ihrer Vorlage als Geschenk der Sozialdemokratie habe entgegennehmen müssen.

Auch der Krieg um die Ostmarkenpolitik, der in der Presse so stürmisch einsetzte, um im Abgeordnetenhaus so national-miserabel zu verumpfen, wird keine Opfer heischen. Die Regierung, die sich schon durch die große konservativ-kerikale Mehrheit völlig gedeckt fühlte, ließ sich durch den Theaterdonner der Ostmarkenvereiner nicht einschüchtern. Im Gegenteil, sie gab den Demagogen, die einen so großen Prozentsatz des Vereins bilden, hinlänglich deutlich zu verstehen, daß es sich für sie nicht schide, einen Vereinsvorstand zu dulden, der der Regierung so scharfe Opposition zu machen wage. Den Nationalliberalen aber war inzwischen das Herz so sehr in die Hosen gerutscht, daß sie am Sonnabend durch Herrn Dr. Friedberg den fraglichen Artikel des Ostmarkenvereins desavouieren und dem

Landwirtschaftsminister und der Rechten flehentlich die Ver-föhnung anbieten ließen. Daß trotzdem die Rechte in eifriger Ablehnung verharrte, beweist nicht minder deutlich als die Rede Heidebrands, daß die Junker von den unbequemen Galatisten nun einmal nichts mehr wissen wollen. Das Ergebnis der verunglückten Galatistenattacke aber wird, um uns der Worte der „Frankfurter Zeitung“ zu bedienen, sein: „Man wird auch weiterhin national-politisch reden, statt agrarpolitisch zu han-deln. Und der ostelbische Großgrundbesitz mag sich als Sieger fühlen.“

Dieser Sieg der Junker und des Zentrums aber wird der blauschwarzen Reaktion über den Rest des Unbehagens hinweghelfen, den etwa die Annahme des Feuerbestattungsgesetzes bei ihnen noch hinterlassen sollte.

Der elsässische Riß im Zentrumsturm.

Aus dem Elsass wird uns geschrieben:
 Die Zuspizung der elsass-lothringischen Verfassungsfrage, die herankommende Stunde der Entscheidung, hat die nationalistische Gärung in Elsass-Lothringen ans Ziel geführt: das Land steht vor der Gründung der nach der Ablehnung der Autonomie vor einigen Monaten von Blumenthal, dem General ohne Soldaten, im Landesauschuß angekündigten sogenannten elsass-lothringischen Verfassungspartei. Mit anderen Worten: Es ist dem nach seinem Durchfall bei den Reichstagswahlen von 1907 in die Arme der Kerikalen geflüchteten Streber Blumenthal gelungen, die mit den französischen Nationalisten koettierenden reichslandischen Zentrumsmilläuser, die Wetterlé, Preiß, Midlin, Haug usw., davon zu überzeugen, daß sie im eigenen Interesse gut daran tun, das seit der Schnapsblodblüte der Reichs-finanzreform in Not geratene Zentrumsschiff noch vor den Reu-wahlen des Reichstages zu verlassen und unter neuer, wie man glaubt, volkstümlicherer Flagge den Wahlstürmen entgegenzugehen. Diese Flagge ist die der elsass-lothringischen Verfassungspartei: einziger Punkt des Programms die volle Autonomie (Selbstregie-rung) für Elsass-Lothringen. In der Zukunft der lothende Schein einer Kerikalen Republik nach südamerikanischem Muster — im Gegensatz zur französischen Freimaurer-Republik —, mit Daniel Blumenthal als Präsident, Haug als Staats-sekretär, Preiß als Unterstaatssekretär der Justiz, Midlin als Unter-staatssekretär für die Landwirtschaft, Wetterlé als Kultusminister usw. Es versteht sich am Rande, daß jeder der kommandierenden Generale der heutigen ausländischen Armee später ein Minister-portefeuille erhält! Wer will unter solchen Umständen der Ver-suchung widerstehen, wenn in Colmar die Werbetrommel gerührt wird? ...

In welcher lieblicher Weise aber auch, abgesehen von lothenden Mandatsöffnungen, diese Werbung betrieben wird, zeigt anschau-lich der von dem Zentrumssabbe und Bezirkstagsmitglied Dr. Haegy in Colmar redigierte „Elsässer Kurier“, der dem zur Mähigung und Besonnenheit mahnenden Straßburger Zentrumssabbe „Der El-sässer“ (in Nr. 116 vom 18. d. Mts.) in nicht mehr mißzuverstehender Sprache antwortet:

„Der „Elsässer“ sucht Mut einzuflößen zu den kommenden Kämpfen! Er kann nicht vergessen, daß man im Volke sagen wird, das altdeutsche Zentrum habe uns diese Kämpfe aufgezwungen, habe diese Kampfesnot ver-schuldet. Die Verantwortung liegt nahe, daß aus solcher Ver-ärgerung heraus viele mutlos sich zurückziehen, andere sich weigern, unter der Zentrumssflagge weiter zu kämpfen, andere (viele!) in einer Oppositionslust, wie man sie seit Jahr-zehnten nicht mehr kannte, unter der Fahne des „El-sässertums“ (vielleicht heißt man es Nationalismus) gegen ein verhasstes Regime in den Kampf ziehen werden. Darüber ist kein Zweifel, wer heute die Fahne der radikalsten Opposition auf-plant und erbarmungslos drausfließt auf die Regierung in Straßburg und in Berlin, der ist des jubeulenden Beifalls des elsass-lothringischen Volkes sicher.“

Die Mandatsniederlegung des Abgeordneten Delfor in der Reichstagskommission für die Verfassungsvorlage, wo er von allen Kerikalen Elssässern am ehrlichsten die Verständigung mit der Re-gierung suchte, und die in der elsässischen Zentrumspresse veröffent-lichte Aufforderung sämtlicher in Elsass-Loth-ringen weilenden Kerikalen Abgeordneten, mit Ausnahme von Bonderscheer und Doen, an die Zen-trümter in der Verfassungskommission, die Vorlage ohne weitere Konzessionen abzulehnen, wie die mit jedem Tage an Festigkeit zunehmende Sprache der gesamten oberelsässischen Kerika-len Presse und des „Lorrain“ in Reß gegen das Zentrum zeigen zur Genüge, daß es sich hierbei um ein wohl-vorbereitetes, planmäßiges Vorgehen handelt, welches wenig-stens für einige Zeit — vielleicht bis nach der Reichstags-wahl — die reichslandischen Kerikalen in zwei Lager spalten dürfte.

Das führende Zentrumorgan in Elsass-Lothringen, der „El-sässer“ in Straßburg, der mit der „Lothr. Volksstimme“ in Reß treu zum deutschen Zentrum steht, hat den die Fahne der Revolte erhebenden Colmarern entgegengehalten, auf die Dauer werde sich bald herausstellen, wie wenig Halt einer Partei im Lande ge-geben wäre, die zwischen die schon bestehenden treten und etwa eine aggressive Haltung gegen das Zentrum einnehmen möchte: „Aus einem versuchten Scherbengericht über das Zentrum könnte leicht alles zu Scherben werden. Und wer hätte zuletzt den Schaden davon? Diese Frage wolle man sich einmal ruhig überlegen; wer für den Selbstmord ist, der trete vor!“

Das schwarze Blatt malt hier zu schwarz — aus naheliegenden Gründen. Die feindlichen Brüder von heute werden sich sofort wieder zusammensinden, nachdem sie ihre Kräfte gegeneinander gemessen haben, ohne sich allzu wehe zu tun. Die Sozialdemokratie insbesondere wird sich hüten, in dieser Spaltung etwas anderes zu sehen als einen Theatercoup politischer Seitläufer, die am kritischen Vorabend großer Wahlen die Aufmerksamkeit der Wähler von alten Zentrumssünden ablenken wollen, um sie auf neuen Kerikalen Leim zu loden.

Die Lage in Belgien.

Brüssel, 18. Mai. (Fig. Ber.)

Die politische Luft Belgiens ist gewitterschwanger. . . . Während im ganzen Lande eine kräftig einsetzende Agitation in einer ununterbrochenen Serie von Protestveranstaltungen die öffentliche Meinung zum Kampfe gegen das Kerikale Schulgesetz aufrust und vorbereitet, kommt es in der Kammer bereits zu den ersten Wassengängen. Am Mittwoch gab es eine regelrechte Obstruktionsorgie mit Sitzungsauspendierung und Räumung der Tribüne. Der Liberale Hamburin, der Vertreter von Namur, hatte das Wort, angeblich zum „Etat des Ministeriums des Innern“ und — ließ es nicht wieder los, bis die Sitzung — in der man die Ankündigung wegen der Diskussion des nunmehr von sechs Kerikalen als Initiativantrag eingebrachten Schulgesetzes erwartete — geschlossen wurde. Der Kerikale Verhaegen, einer der kühnsten Vorstreiter für das Schulgesetz, wurde unter tosendem Lärm am Sprechen verhindert und nach Wiederaufnahme der Sitzung mußte der Vorsitzende erklären, daß der Deputierte Hamburin „noch das Wort habe“. . . . Dieser erklärte dann, daß er zu „müde“ sei und die Sitzung mußte, was die Opposition beabsichtigt hatte, geschlossen werden. Am Donnerstag verlangte der Kerikale Deputierte Limburg-Strum, daß sich die Kammer am nächsten Mitt-woch über die Diskussion des Schul-gesetzes ausspreche. Der Vorschlag wurde mit den 83 Kerikalen Stimmen gegen 70 oppositionelle — die liberale Opposition hatte wieder einmal Lücken — ange-nommen.

Die liberal-sozialistische Opposition wird einen Ver-tagungsantrag stellen. Am Mittwoch wird demnach das erste Gefecht im Kampf der Schulfrage geliefert werden. Die Parteien der Linken haben bereits Kriegsrat ge-halten. . . .

Die Kerikalen haben es, wie man sieht, sehr eilig, ihr Schulgesetz unter Dach und Fach zu bringen. Die Taktik der liberal-sozialistischen Opposition in den Ausschüssen, die Be-ratung des Schulgesetzes hinauszuschieben, haben sie mit dem Trick beantwortet, das von der Regierung eingebrachte Schul-gesetz nun mit etlichen unwesentlichen Änderungen und Ver-besserungen als selbständigen Initiativantrag einzubringen, den sechs Nullen der Kerikalen Partei unterdrücken.

Warum die Kerikalen es nun so eilig haben? In einer Broschüre, die sie eben verteilen, wird als hauptsächlichster Grund für die Dringlichkeit angegeben, die Sorge der Re-gierung, die Bevölkerung so rasch als möglich die Wohlthaten des Schollaertsschen „Mostergesetzes“, wie das Schulgesetz von den Gegnern wegen seiner generösen Millionenpenden für die kirchlichen Schulen getauft wurde, teilhaftig werden zu lassen! Sonderbar! 27 Jahre hat die Regierung auf das Gesetz warten lassen und nun soll jeder Tag ohne die be-glückende Wirksamkeit des Gesetzes „verloren“ sein! Etwa 200 Gesetzentwürfe und Projekte schlummern in den Kasten, darunter einige, die allerdings weniger die Klöster und Pfrassen als die arbeitende Masse der Bevölkerung inter-essieren — aber für die Regierung gibt es augenblicklich nichts Dringlicheres als die Durchsetzung und Durchpeitschung ihres Schulgesetzes. Und dies, trotzdem, oder vielmehr eigentlich weil sie sieht, daß sich die öffentliche Meinung überall im Lande, wo sie nicht eben von Pfaffen und Pfaffenidioten ge-macht wird, einmütig und mit seltenem Schwung gegen das Kerikale Attentat richtet. In der Tat: die Kerikale Partei kann nicht warten, wie die Liberalen und Sozialisten es ver-langen, bis sich die Bevölkerung bei den Wahlen — und zwar Wahlen für das ganze Land — über Güte und Schädlichkeit des Schulgesetzes ausgesprochen haben würde. So begeistert sie nämlich für das Gesetz sind, so haben die Kerikalen nicht-lich vor dieser allgemeinen Konsultation doch genugam Angst, um ihr Projekt lieber nicht dem Volksurteil auszusetzen, so-wweit es außerhalb der Klostermauern spricht. Wenig ver-schlägt es der Regierung, daß ihr, die erwiesenermaßen nach den letzten Wahlen nicht mehr die Majorität der Wähler vertritt, jede moralische und politische Berechtigung fehlt, ein so einschneidendes und grundlegendes Gesetz dem Lande aufzuzwingen, angesichts einer Oppo-sition innerhalb und außerhalb des Parla-ments, die die Meinung mindestens der Hälfte der Bevölkerung repräsentiert. Aber alles, was die Gegner des Gesetzes von einer Auflösung des Hauses und allgemeinen Wahlen erhoffen, muß die Regierung nach der Stimmung im Lande und nach den letzten Wahlergebnissen be-fürchten. Wäre ihnen der „Wille der Majorität“ so sicher, wie sie Grund haben, seine ziffernmäßige Dokumentierung zu umgehen und zu befürchten — wer bezweifelt, daß sich die Kerikalen mit allem Pathos um das Volksurteil bewerben würden? So aber werden sie, und wäre es mit Hilfe eines

Staatsrecht, alles daransetzen, ihr Gesetz in den Kasen zu bringen, ehe sie dieses Volksurteil hinwegschwemmt. Immerhin, bei allem Jynismus und aller Entschlossenheit zur bösen Tat, werden sich die Merikalen nicht im unklaren sein, welchen sturmvollem Tagen sie entgegengehen, ehe noch das wirkliche Ende naht. Denn innerhalb und außerhalb der Kammer ist ein zäher und kraftvoller Wille lebendig, dem kühnsten Parteistreich, zu dem die katholische Partei nun auszuholen will, zu begegnen, und zwar mit allen verfügbaren Mitteln, die die Not gebietet.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 20. Mai 1911.

Hinterbliebenenfürsorge.

Aus dem Reichstag, 20. Mai. In Fortsetzung der Verhandlungen über die Invalidenversicherung kam es heute hauptsächlich zu Auseinandersetzungen über die Hinterbliebenenfürsorge. Auch da blieben die Kommissionsbeschlüsse hinter den berechtigten Anforderungen zurück, und auch da wieder mangelnde Verbesserungsversuche. Während die Kommission bestimmt hat, daß nur solche Witwen Rente erhalten sollen, die dauernd invalide sind, verlangen die Sozialdemokraten, diese einschränkende Worte zu streichen. Dem Einwand, daß dadurch wieder die Kosten zu sehr anschwellen würden, hielt Genosse Leber entgegen, daß diese geringfügige Erhöhung gegenüber dem Notstande der ins Elend versetzten Witwen nicht in Betracht kommen könne. Ohne Erwidrerung lehnte die Mehrheit den Antrag ab.

Waisenrente will die Kommission nur den ehelichen Kindern zukommen lassen. Die Sozialdemokraten verlangen, daß auch die unehelichen Kinder berücksichtigt werden, sofern der Verstorbene ihnen den Unterhalt gewährt hat. Rosenbuhr wies vergeblich darauf hin, daß die Menschlichkeit verlange, die unehelichen mit den ehelichen Kindern gleich zu behandeln. Die Mehrheit ließ sich durch ihr mittelalterliches Vorurteil leiten. Sie lehnte den Antrag ab. Fruchtlos waren auch die Versuche, ein Heilverfahren zur Verhütung drohender Invalidität durch die Versicherungsanstalten einleiten zu lassen, wofür die Genossen Faber, Stolle und Binder eintraten.

Eine ausgiebigere Debatte entwickelte sich dann über die Frage, ob die Versicherungsanstalten bei der Aufwendung von Mitteln zur vorzulegenden Krankenfürsorge, an die Genehmigung der Aufsichtsbehörde gebunden sein sollten oder nicht. Ein freimütiger Antrag, den Dr. Mugdan und Pothhoff begründeten, will die Genehmigung beseitigen, da die Gefahr der Einschränkung der Vorbeugungsmittel dadurch herbeigeführt werde. Als der Ministerialdirektor Caspar die Genehmigung durch das Reichsversicherungsamt als völlig unbedenklich hinstellt, führte Genosse Hoch an, daß der nämliche Herr in der Kommission die Leiter der Versicherungsanstalten bezichtigt hatte, sie suchten aus Prahlerei die Heilbehandlung anzuwenden. Daraus könne man ersehen, wozu jene standhafte Bestimmung führen werde, durch die tatsächlich die Versicherungsanstalten unter Polizeiaufsicht gestellt würden.

Der Renommierarbeiter des Zentrums, Giesberts, stellte sich dumm, indem er behauptete, durch die angefochtene Bestimmung solle das Heilverfahren nicht eingeschränkt, sondern nur „gegliedert“ werden. Als Hoch und Dr. Mugdan diesen Einwand zerplückt hatten, erschien der frühere leitende Sozialpolitiker des Zentrums, Professor Hize, der seit Jahren nicht das Wort ergriffen hat, auf dem Plan, um seinen Kollegen Giesberts herauszupauken. Aber selbst dieser gewandte Parlamentarier entlegte in Verteidigung einer schlechten Sache, denn es entschlopfte ihm das Eingeständnis, daß das Zentrum seine Hand zu der Genehmigungsbestimmung geboten habe, weil es solchem „Luxus“, wie er in Weich getrieben werde, entgegenwirken wolle. Hoch nagelte den geistlichen Würdenträger sofort darauf fest, daß aus seinen Worten die Abneigung gegen die trefflichen Leistungen der großstädtischen Anhalten ja deutlich hervortrete. Dann brachten die christlich-sozialen Gewerkschaftssekretäre Becker und Behrens noch einige klägliche Ausreden für ihre Beteiligung an den Genehmigungsparagrafen vor und schließlich wurde er gegen die Linke vom dem Entrechtungsblock angenommen.

Im Zusammenhang damit steht auch der § 1341, der der Aufsichtsbehörde das Recht gibt, den Vorschlag der Versicherungsanstalt zu beanstanden. Gegen diese Klauselbestimmung führte Genosse Bächner ins Feld, daß durch seine Anwendung die Anwendung des Heilverfahrens schwer gefährdet werde. Am Tage vorher habe das Zentrum aber noch erklärt lassen, es lege auf ein gutes Heilverfahren den höchsten Wert. Jetzt sei Gelegenheit, durch Annahme des sozialdemokratischen Antrags auf Streichung des Beanstandungsrechts der Aufsichtsbehörde dies zu beweisen. Da der Antrag ein namentlicher ist, soll er erst am Montag vorgenommen werden.

Nach der Ablehnung aller weiteren Versuche die Befugnisse der Versicherungsanstalten zu erweitern, tritt das Haus noch in die Beratung des 5. Buchs ein, das die Beziehungen der Versicherungsträger unter einander und zu anderen Verpflichteten regelt. Die Beratungen nehmen hier nur kurze Zeit in Anspruch, da dieses Buch, wie Genosse Schmidt erklärte, auch nach sozialdemokratischer Auffassung einwandfrei ausgearbeitet ist und nur zu einer erheblichen Ausweitung Anlaß gibt. Das ist der § 1491a, der erst auf Antrag des Grafen Westarp in das Gesetz hineingekommen ist und bezweckt, einen Mann, der unter einem entschuldigenden Unfall leidet, alles Krankengeld abzuwaschen, bis auf die paar Pfennige, die über den Betrag der Unfallrente hinausgehen. Auch hierbei war indes Widerspruch vergeblich. Die Mehrheit nahm diese Kleinliche los Westarp an.

Am Montag soll versucht werden die zweite Lesung der Reichsversicherungsordnung zu Ende zu bringen. Es ist noch ein Haufen anderer Vorlagen auf der Tagesordnung gesetzt.

Die fiskalische Vergpolitik.

Das Abgeordnetenhaus befahte sich nach Erledigung des Feuerbestattungsgesetzes und der Osmarfrage mit dem Bericht der Budgetkommission über die Lage der staatlichen Bergwerke. Der Berichterstatter Giesch-Effen legte in ausführlicher Weise die in der Budgetkommission zutage getretenen Mängel dar. Die fiskalische Vergpolitik trank an den verschiedensten Mängeln, welche den Rückgang der Förderziffer verursachten: an einer mangelhaften Beamtenorganisation, einer veralteten Lohnpolitik, die sich den Bedürfnissen der Konjunktur nicht anpasse, und der unzulänglichen Autokratie der Verwaltung gegenüber den Arbeitern. Dieser Faden wurde dann von dem konservativen

Abgeordneten Pappenheim weiter gesponnen, der vor „übertriebenen humanitären Rücksichten“ warnte und die Regierung aufforderte, sich an der Neubildung des Kohlen-Syndikats zu beteiligen. Der Handelsminister Sydow, namentlich aber der Oberbergbauhauptmann v. Welsen, saßen sich in die eigentümliche Lage verkehrt, ihre Beamten- und Arbeiterpolitik gegen das scharfmacherische Anstimmeln des nationalliberalen und konservativen Redners zu verteidigen. Der Zentrumsabgeordnete Brust meinte, daß es sich hier um einen Kampf des privaten Bergunternehmertums gegen den fiskalischen Bergbau handle. In der Befolgsordnung dürfe nicht gerüttelt werden. Auch sei es nötig, ein gutes Verhältnis zwischen Arbeitern und Beamten herzustellen.

Das Haus wird am Montag den Vorstoß des scharfmacherischen Grubenkapitals weiter erörtern, wobei der Redner der Sozialdemokratie nicht verfehlen wird, die Interessen der Arbeiter in energischer Weise wahrzunehmen.

Schwarz-blane Treibereien gegen die Elbisch-Lothringische Verfassung.

Die Konservativen suchen noch in letzter Stunde alles aufzubieten, um die verhasste Verfassungsvorlage, die das gleiche Wahlrecht den Elbisch-Lothringern bringen soll, zu Fall zu bringen. Elbisch-Lothringen, das vor 40 Jahren mit der Gewalt der Waffen dem Reiche einverleibt worden war, endlich durch die Demokratie dem Reiche wirklich anzugliedern, ist sicher ein nationales Werk, das Wort einmal in seinem richtigen Sinne angewandt. Aber das hält unsere Junker natürlich keinen Moment lang ab, den Versuch zu machen, die Klasseninstinkte ihrer polnischen Klassengenossen gegen die demokratischen Bestimmungen der Vorlage wachzurufen. Der Patentrecht, Leberroyalist und Radaubische Didenburg-Januschau gibt sich besondere Mühe, die polnischen Junker mobil zu machen. Er findet warme Unterstützung bei dem reaktionären Zentrumsgrafen Dypersdorf. Die Intriganten hoffen von den Polen und dem Zentrum so viel Leute zu sich hinüberzuziehen, um den Sprachenparagrafen oder sonst eine Bestimmung zu Fall zu bringen und so das ganze Werk zu vereiteln. Ob die Geschäfte Erfolg haben wird, wird sich ja bald zeigen. Aber schon jetzt muß festgestellt werden, daß dann die Schuld, das allgemeine und gleiche Wahlrecht verraten zu haben, auf Befehl der konservativen Junker und Wahlrechtsfeinde, vor allem auf das Zentrum fallen würde. Denn wenn es dem Zentrum ernst ist, so würde es die nötige Parteidisziplin spielend aufrecht erhalten können.

Im übrigen suchen die Junker die Regierung scharf zu machen. Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt unwirsch:

„Bei dem wiederholten Zurückweichen der Regierung auch bei Punkten der Verfassungsvorlage, in denen sie zuerst ein entschiedenes „Nein“ ausgesprochen hatte, kann man ja manches für möglich halten; daß aber der Reichszentraler sich mit der Ausmerzung der Pluralstimmen aus dem Gesetze abfinden könnte, darf doch wohl noch entschieden bezweifelt werden.“

Aber der Zweifel wird nicht viel nützen. Die offiziöse „Köln. Ztg.“ teilt mit, daß der Reichszentraler die Verfassung auch mit dem gleichen Wahlrecht akzeptieren wird, und die „Nordd. Allg. Ztg.“ schiebt ihre Darstellung der Kommissionsvorgänge mit dem Satz:

„Die besonders wichtigen Fragen, welche die Stellung des Kaisers, die Zusammenlegung des Oberhauses und das Budgetrecht betreffen, sind nach den Wünschen der Regierung von der Kommission erledigt worden.“

Der Ausmerzung der Pluralitätsstimmen wird also stillschweigend zugestimmt.

Stimmungsmache für ein neues Zuchthausgesetz.

Nach dem Bericht einer offiziellen Korrespondenz hat die Petitionskommission des Reichstages Petitionen von Arbeitgeberverbänden mit der Bitte um Erlass von Bestimmungen zum Schutze der Arbeitswilligen gegen Verdrängung und Mißhandlung und der Gewerbetreibenden gegen Verdrängungserklärungen, Bonkott usw. der Regierung als Material überreicht. Die Petenten führen in ihren Eingaben übereinstimmend aus, daß für die Arbeitswilligen ein größerer gesetzlicher Schutz vonnöten sei gegen Verdrängungen durch Streikposten, gegen Verdrängung und Mißhandlungen Arbeitswilliger. Vereinzelt habe Graf Posadowsky erklärt, daß diese Fragen bei der Beratung des neuen Strafgesetzbuchs geregelt werden sollten. Es wurde aus der Kommission angefragt, ob die Kommission zur Vorberatung des neuen Strafgesetzbuchs sich mit diesen Fragen bereits beschäftigt habe und ob die Verbündeten der Regierung Maßnahmen zur Abstellung hervorgetretener Mißstände auf diesem Gebiete treffen würden. Von der Regierung wurde erklärt, die Frage, ob die Vorschriften des Strafgesetzbuchs und die bestehenden gewerbetreiblichen Bestimmungen ausreichen, bedürfe einer eingehenden Prüfung. Die Kommission zur Vorbereitung des neuen Strafgesetzbuchs werde sicherlich die in den Petitionen berührten strafrechtlichen Fragen erörtern. Das weiter ausgedrückte Verlangen, eine Schadenersatzpflicht der Gewerkschaften und Verbände, auch soweit sie nicht eingetragene Vereine seien, für unerlaubte Handlungen ihrer Organe gesetzlich festzulegen, stehe in engem Zusammenhang mit der Frage der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine. Ueber diese Frage könne vorläufig noch keine Erklärung abgegeben werden.

Daß das neue Strafgesetz neue Ausnahmerebestimmungen gegen die Arbeiterklasse bringen soll, ist ja bekannt. Aber es schadet nichts, wenn die ununterbrochene Heberarbeit der Unternehmerverbände gegen das Koalitionsrecht von Zeit zu Zeit in Erinnerung gebracht wird.

Die Westarp-Rede als Reichsverbandesmaterial.

Der Reichsverband hat die Rede, die der konservative Graf Westarp im Reichstag gegen die Krankenkassen gehalten hat, zum Zweck der Massenverbreitung als Flugblatt herstellen lassen. Für die Kampfesweise der Reichsverbände ist es wieder einmal recht bezeichnend, daß sie zwar die unerhörten Angriffe des Grafen Westarp verbreiten, aber natürlich mit keinem Worte merken lassen, daß die Genossen Eichhorn, Schmidt und Heine die Ausführungen des Grafen gründlich widerlegt haben. Das „Material“ des Grafen Westarp stammte vom Reichsverband, seine Rede schreift der Graf also für den Reichsverband gehalten zu haben, damit dieser die skrupellosen Angriffe auf die Krankenkassen verbreiten kann, ohne der Gefahr ausgesetzt zu sein, strafrechtlich zur Verantwortung gezogen zu werden. Die Verbreitung von vollständigen Reichstagsreden ist bekanntlich straflos. Diese Art der Agitation scheint die neueste Methode des Reichsverbandes zu sein, der dadurch die Spitze abgebrochen werden muß, daß nun unerserlich die Reden der Abgeordneten Eichhorn, Schmidt und Heine als Flugchrift gedruckt und in Massen verbreitet werden.

„Lagerverwalter“ Areth.

Im Wahlkreise des Reichstagsabgeordneten Areth, des Direktors der Spirituszentrale, entfallen seit Monaten die Nationalliberalen eine fleißige Tätigkeit, um diesen richtungslosen Vertreter des feudalen ostelbischen Agrarierturns aus dem Sattel zu heben. In

diesem Wahlkreise spielt auch die mit 50 000 M. Gehalt bezahlte Stellung des Herrn Areth als Direktor der Spirituszentrale eine große Rolle. Die Nationalliberalen weisen nach, daß das Privatmonopol der Spirituszentrale eine schwere Schädigung der Landwirtschaft bedeutet, da es das Entstehen neuer Brennerien fast unmöglich macht. Um die Bauern zu beruhigen, hat Herr Areth in einem Orte seines Wahlkreises in einer Versammlung erklärt, daß er als Direktor der Spirituszentrale nichts mit der Geschäftsführung zu tun hätte, sondern nur gewissermaßen Lagerverwalter wäre und auch bei dieser bescheidenen Tätigkeit keinerlei Initiative zu entfalten brauchte, weil ihm natürlich bei einem so großen Betriebe technisch geschulte Beamte in erforderlicher Anzahl zur Verfügung ständen.

Die diesjährige Zentrumsparade.

Die große Heerschau der deutschen Merikalen über ihre Schäflein, die 58. „Generalversammlung der Katholiken Deutschlands“, findet vom 6.—10. August in Mainz statt. Dieses Schau- und Spektakelstück wird von den Zentrumsmannern natürlich schon jetzt entsprechend vorbereitet. Daß dabei auch die Berichterstattung für die Zentrumspresse nach demselben Muster monopolisiert wird, versteht sich von selbst. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ veröffentlicht in ihrer Abendausgabe vom 18. Mai Mitteilungen aus einem Zirkular der C. P. E. der parteiamtlichen Zentrumskorrespondenz, in welchem diese mitteilt, daß „es durch das Zentralkomitee des Katholikentages sowie durch den Augustinusverein mit der offiziellen Berichterstattung für die Zentrumspresse beauftragt sei und daß dieses Verhältnis zwischen dem Augustinusverein und der Zentrumskorrespondenz vertraglich festgelegt sei“.

Sehr interessant ist dann, was die C. P. E. weiter verrät über die einzig dastehende Komödie, die mit den Reden der Katholikentagsredner getrieben wird. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ teilt darüber mit:

„daß die Manuskripte der sämtlichen Reden der Katholikentagsdramaturgen dem Bureau der „Zentrumskorrespondenz“ zurgängig gemacht werden, ehe sie gehalten werden, und daß das Bureau seinerseits mehr oder minder lange Auszüge aus diesen Reden eine volle Woche vor dem Beginn der Katholikentagsversammlungen an die Zentrumspresse verschickt. Die Einleitung sowie der Verbindungstext für die einzelnen Versammlungen können sowohl telephonisch wie durch Depesche oder brieflich bezogen werden.“

Diese Art der Zentrumskorrespondenz ist nichts Neues, so wurde es schon immer gemacht. Die Reden wurden mit dem „jubelnden Brausen“, nicht endendolenden Weisfall“ schon vorher gesagt, selbst auf die Gefahr hin, daß dieser „jubelnde Weisfall“ manchmal an einer falschen Stelle stand, weil die von einem nicht allzu geschickten Elaqueur dirigierten heifallsvolltätige Menge an einer ganz anderen Stelle „ Bravo“ brüllte, wie es vorgeschrieben war.

Die sagte doch das reformkatholische „XX. Jahrhundert“ über die Katholikentage:

„Die ganze Tagung ist ein vorzüglich arrangiertes Schauspiel mit einem Duzend Darstellern und einem riesigen Publikum.“

Nebenbei verstehen die Zentrumsmacher ihre Parade auch geschäftlich auszunutzen. An eine große Anzahl von nichtkatholischen Geschäftsleuten in Berlin und jedenfalls auch an anderen Orten sind Zirkulare verandt worden, in denen zur Aufgabe von Inseraten für das „Festblatt“ aufgefordert wird. Der Kopf des Zirkulars entspricht dem des „Festblattes“, er zeigt den heiligen Martin, wie er seinen Mantel mit dem Schwert teilt und einem Armen die Hälfte davon abgibt. Die Zentrumsentrepreneure halten es aber weniger mit dem Glauben als mit dem Rechten. Zur höheren Ehre des Zentrums nehmen sie auch das Inseratengeld von Heiden und Juden, wobei ausdrücklich bemerkt wird, daß Ausnahmepreise nicht gemacht werden können, weil das katholische Lokalkomitee feste Preise vertraglich vorgeschrieben hat.

Der Zentrumsgeneral.

Als 1907 bei der Reichstagswahl das Zentrum mit einem leibhaftigen General als Kandidaten aufwarten konnte, da war eitel Freude in ultramontanen Kreisen und die Zentrumsbüchler konnten sich nicht genug tun im Lobpreisen ihrer Partei, die mit diesem glücklichen Griff dem Vaterlande einen unerschöpflichen Dienst geleistet haben sollte. So schrieb damals der „Bayerische Courier“:

„Das Zentrum hat einen hohen Militär aufgestellt. Es ist der bayerische General Säubler, ein ganz hervorragendes Talent. Dieser Offizier spricht zehn Sprachen und gilt als Autorität im Artilleriewesen. Seine Wahl wird deshalb ein großer Gewinn für uns sein und er kann dem Reiche Millionen ersparen. Dabei verfügt er über eine ausgezeichnete Rednergabe. Durch diese Wahl wird am deutlichsten das Geschick von der „nationalen“ Zentrumspartei widerlegt. Wir freuen uns sehr schon, wenn dieser Abgeordnete in Generaluniform erscheint und im Zentrum Platz nimmt; besonders bei der Reichstagsöffnung wird diese Erscheinung viel Aufmerksamkeit erregen.“

Die Herrlichkeit des Zentrumsgenerals hat nicht lange gedauert. Der Mann wurde seiner Partei unbenquem, als das Zentrum sich den Konservativen zugewandt und wieder zur Regierungspartei wurde. Herr Säubler wurde kaltschneidlich, weil er sich in den Wechsel der Dinge nicht schnell genug zu finden wußte, und der Herr General, der gewählt war, um „dem Reiche Millionen zu ersparen“, mußte abtreten, als er nicht begreifen konnte, daß das Zentrum als Regierungspartei keine Leute brauchen kann, die dem Militarismus gegenüber mit Millionen knausern. Zehn Sprachen spricht der Herr General; seine Partei hat ihn verurteilt, in zehn Sprachen zu schweigen, und wie man sich damals auf den Augenlidern seute, wenn der Mann in der Generaluniform im Zentrum Platz nahm, so freut man sich jetzt schon darauf, wenn der Mann mit der Autorität im Artilleriewesen, mit den zehn Sprachen und der ausgezeichneten Rednergabe wieder aus dem Zentrum verschwindet. Herr Säubler, der weder ein ganz hervorragendes Talent, noch Inhaber einer Generaluniform ist, weiß sich doch ganz anders in der Gunst des Zentrums zu halten.

Gang wie in Preußen!

Die „Pfalz Post“ in Ludwigshafen bringt folgende Meldung: „Eine ministerielle Aktion gegen die Beamtenvereinigung in Bayern“. Von besonders informierter Seite wird uns das Nachfolgende geschrieben: Vor mehreren Wochen fand beim Minister des Innern eine Konferenz der bayerischen Regierungspräsidenten statt. Den Vorsitz führte Staatsminister v. Dettreich. Unter anderen Dingen stand zur Besprechung die Frage, wie man weiteren Gründungen von Beamtenvereinigungen entgegenzutreten könne. Minister v. Dettreich legte den Kreisbeschlüssen ans Herz, die Bildung neuer Beamtenvereine möglichst hintanzuhalten, da diese doch durchweg trotz ihrer schönen Satzungen meist politischen Charakter annehmen. Verboten, meinte der Herr Minister, könne man die Bildung solcher Vereine nicht, aber es gebe schon Mittel, um sie zu verhindern. Insbesondere sollten die Kreisbeschlüsse auf die Vorstände solcher Vereine ein besonderes Augenmerk lenken.

Moabit vor dem Straßburger Kriegsgericht.

Der dem Straßburger Obergericht hatte sich am 20. März 1911 der Sergeant Luthierhand wegen erschwerter

Ungeschicklich zu beantworten. Nach der Anklage wurde dem Beschuldigten der Vorwurf gemacht, daß er am 5. Dezember 1910 gegen einen Befehl des Generalkommandos insofern verstoßen habe, als er an einem öffentlichen Orte Dritten gegenüber erkennbar gemachte Äußerungen fallen ließ, die als „Rundgebung revolutionärer Gesinnung“ ausgelegt werden müßten. Es handelte sich dabei um folgenden Tatbestand:

An dem genannten Winterabend fanden sich in der Wirtschaft „Zur Krone“ zu Neumühl bei Straßburg einige Landleute ein, denen sich bald der Angeklagte, der damals zum Fort bei Neumühl abkommandiert war, zugesellte. Im Laufe des Gesprächs kam man auch auf die Roabiter Vorgänge. Als Vorträger dieser anscheinend recht lebhaften Debatten spielte sich Sergeant Luchterhand als geborener Berliner auf. Er sprach, wie zumeist festgestellt wurde, dem begreiflichen und auch berechtigten Streik der organisierten Arbeiter das Wort, verurteilte das Vorgehen des Robs bei den Roabiter Kramallen und stellte sich dabei auf den Standpunkt, daß die Sozialdemokraten keineswegs für die bedauerlichen Vorkommnisse im Nordwesten Berlins verantwortlich gemacht werden können. Der Sergeant dachte also ganz so, wie andere vernünftige Menschen auch.

Die Zeugenaussagen, namentlich diejenigen der Landwirte Geier und Blüß sowie des sächsischen Unteroffiziers Pehold, waren ebenso unklar und verworren, wie die Befundungen der Wirtschafts-Kamiller, die übrigens den Stein des Anstoßes durch die Anzeige der an sich harmlosen Begebenheit gegeben hatten.

Der Kriegsgerichtshof vermochte nur in einem Punkte den Wahrheitsbeweis als erbracht zu erachten, worauf der Vertreter der Anklage eine Strafe von vier Wochen Mittelarrest beantragte. Dank der geschickten Verteidigung des Rechtsanwalts Gustav Weber kam Luchterhand mit fünf Tagen Mittelarrest davon. Allerdings will man nicht mehr mit ihm kapitulieren, so daß er aus dem Heere ausscheiden muß.

Schwierigkeiten mit dem Zweckerhandgesetz. Die Kommission des Herrenhauses hat auf Veranlassung einiger Bürgermeister beschloffen, die Weiterberatung des Zweckerhandgesetzes auszusetzen und von der Regierung weiteres Material einzufordern. Die Erledigung der Vorlage noch vor Pfingsten im Plenum des Herrenhauses ist damit unmöglich gemacht. Die Tagung der beiden preussischen Parlamente wird dadurch über den vorgesehenen Zeitpunkt hinaus verlängert.

Italien.

Eine Niederlage Giolittis.

Rom, 18. Mai. (Fig. Ver.)

Die unklare Situation, aus der das heutige Ministerium hervorgegangen ist, nämlich aus einem Kammerbotum gegen die radikale Hälfte der Kammer, was Giolitti nicht abhielt, gerade die radikalsten Elemente seines Kabinetts zu verstärken, diese unklare Situation trägt heute ihre Früchte: bei der heutigen Vizepräsidentenwahl in der Kammer ist der Radikale Alessio mit 123 Stimmen dem Kandidaten der konservativen Opposition Crispo mit 213 Stimmen erlegen. Das bedeutet, daß Giolittis Mehrheit sich die erste geheime Abstimmung zunutze macht, um gegen das Bündnis Giolittis mit der äußersten Linken zu protestieren. Bei der namentlichen Abstimmung hat das Kabinett gleich nach seiner Verfassung befamlich eine ungeheure Mehrheit davongetragen. Sobald aber Giolittis Diktatorensicht nicht über die Abstimmung wacht, so bekommt seine Mehrheit plötzlich Courage und stimmt gegen die radikalen Freunde Giolittis.

Wohl verstanden wird die Regierung diesen Ausgang der Vizepräsidentenwahl keineswegs als Niederlage ansehen wollen. Hat sie doch von Anfang an erklärt, sich der Auffassung eines eigenen Kandidaten zu enthalten, da der freigeordnete Sitz ohnehin der Opposition zuläuft. Aber nichtdestoweniger zeigt die Abstimmung, daß Giolitti, soweit er Freund der Radikalen sein will, keine Mehrheit in der Kammer hat. Und wenn diese Mehrheit dem radikalen Teilschmeißel Giolittis gegenüber so völlig obfällt, wieviel mehr wird sie einer radikalen Politik des Ministeriums gegenüber versagen. Was hat denn Giolitti die Freundschaft der Radikalen und sogar die der sozialistischen Reaktion gesichert, wenn nicht gerade das Versprechen einer Wahnnahme radikaler Art, nämlich der Wahlrechtsveränderung? Die Herren, die heute dem Geheimnis der Urns ihre Abneigung gegen die äußerste Linke anvertrauen, werden sicher nicht anstehen, ihrer Abneigung gegen die Wahlrechtsveränderung seinerzeit den gleichen Ausdruck zu geben. Das bedeutet, daß mit der heutigen Kammer die Wahlrechtsreform nicht durchzuführen ist, weil die Giolittische Mehrheit von ihr nichts wissen will. Wie wird Giolitti die Konsequenz aus dieser Tatsache ziehen: wird er die Kammer der Wahlrechtsreform, oder die Wahlrechtsreform der Kammer opfern? Unser Parteiblatt „Lavoro“ stellte am Tage vor der Abstimmung die Auflösung der Kammer im Falle der Niederlage des Radikalen als unvermeidlich dar. Wir glauben nicht, daß Giolitti auch nur im entferntesten daran denkt, die Kammer aufzulösen. Da mit dieser Kammer, wie das heutige Votum zeigt, an radikale Reformen nicht zu denken ist, da in ihm die konservativen Kandidaten die Mehrheit über den ministeriellen Kandidaten davontragen, so bedeutet das, daß wir Giolittis Versprechen der Wahlrechtsveränderung nicht ernst nehmen. Giolitti hat es sehr im Griff, Versprechungen zu geben und sich dann auf die Kammer zu berufen, die seinen freiheitlichen Tendenzen kein Verständnis entgegen bringe. So hat er es bei einem vor Jahr und Tag gemachten Versprechen eines Eheheiratsgesetzes gehalten. Wer weiß, ob er nicht bei der Wahlrechtsreform eine zweite Auflage dieses Falles vorbereitet.

Marokko.

Espanische Proteste.

Madrid, 20. Mai. Die spanische Presse protestiert fortgesetzt gegen die französische Intervention in Marokko. Den schärfsten Ton schlägt „Abc“ an. Das radikale Blatt erklärt, Frankreich kümmere sich nicht um die Verträge, das Krieg, wie jemand, der mit kalter Berechnung ein Experiment vornimmt, und schaffe Anarchie unter den Arabern. Die Franzosen schafften für Ruch Pasid eine unmögliche Lage und benutzten seine Furcht, um ihn zu unterwerfen. Frankreich, das sich auf die Zivilisation berufe, um die politische Moral zu verhöhen, schüre nur den Haß der Araber gegen die Europäer und zeige die Rißfäden gegen Spanien auf.

Ein neuer Angriff.

El Antra, 20. Mai. Gestern wurde das Lager von Beni Oassen angegriffen. Die Besatzung machte einen Ausfall, um den Feind zu vertreiben. Hierbei wurde ein Hauptmann der Kolonialinfanterie getötet.

Französische Verluste.

Paris, 20. Mai. Im Ministerrat verlor Kriegsminister Berteaux eine Depeche des Generals Doule über das Gefecht bei El Antra vom 15. d. Mts., in welcher mitgeteilt wird, daß die Verluste in diesem Gefecht größer gewesen seien als ursprünglich gemeldet. Außer einem Hauptmann seien 17 Mann gefallen und ein Sergeant und sechs Mann verwundet worden.

Mexiko.

Neue Kämpfe.

Mexiko, 20. Mai. Die die „Associated Press“ aus Cuernabaca meldet, räumten die Regierungstruppen nach vier-tägigem Kampfe Huautla, die Aufständischen sollen über 100 Tote und Verwundete gehabt haben.

Ein Amnestiegesetz.

London, 20. Mai. Die der „Daily Mail“ aus Mexiko gemeldet wird, ist dort gestern nachmittags ein Amnestiegesetz in der Deputiertenkammer vorgelegt worden, nach dem auch die wenigen noch in Haft befindlichen politischen Gefangenen freigelassen werden sollen.

Parlamentarisches.

Das Einführungsgesetz zur Reichsversicherungsordnung

wurde in der Sonnabend-Sitzung der Kommission in zweiter Lesung bis zum Artikel 32 mit einigen unbedeutenden Änderungen angenommen. Hervorzuheben ist die Einfügung eines Artikels 2a, der folgenden Wortlaut hat:

„Für Angestellte einer Kasse, die infolge der Neuordnung aufgelöst oder geschloffen wird, verlängert sich die Ablauffrist des Vertragsverhältnisses abweichend von § 815 Abs. 1 der Reichsversicherungsordnung auf 12 Monate. Die Versicherungs-träger sollen geeignete Angestellte, die infolge der Neuordnung bei einer Krankenkasse entbehrlich werden, bei Annahme von Hilfskräften möglichst berücksichtigen.“

Aus der Partei.

Die Gründung einer tschechischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich.

Vor einer Woche tagte in Brünn der konstituierende Parteitag der tschechischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich. 131 Delegierte vertraten 4000 männliche, 866 weibliche Parteimitglieder und 600 organisierte Jugendliche. Die neue Partei ist beständig hervorgegangen aus der Ausschließung vieler Genossen und ganzer Organisationen aus der alten tschechischen Sozialdemokratie wegen Eintretens für die einheitliche und internationale Gewerkschaftsorganisation. Auf dem Parteitag, der inmitten des Wahlkampfes des geeinten Bürgerturns gegen die Arbeiterklasse eine noch nicht dagewesene Erhebung ist, wurde eine Prinzipienklärung beschlossen, die das Festhalten an der internationalen Gewerkschaftsorganisation energisch betont, die österreichischen Gesamtparteitage als die höchste Instanz anerkennt, die nationale Frage im heutigen Staat in erster Reihe als eine Verwaltungsfrage erklärt, an deren Lösung vor allem die bestehenden Klassen interessiert sind, und die Regelung der Frage der nationalen Kinderheilschulen gemäß einem Antrag der sozialdemokratischen Reichsratsabgeordneten durch Unterstützung privater Kinderheilschulen aus einem staatlichen Fonds verlangt. Der Parteitag beschloß, in einer großen Anzahl tschechischer Wahlbezirke eigene Kandidaten aufzustellen. Das bedeutet, daß in diesen Kreisen Sozialdemokraten gegeneinander kämpfen werden, denn wenn sich auch die alte tschechische Sozialdemokratie zweifellos zu einer nationalistischen Partei gewandelt hat, so gehört sie doch noch der österreichischen und der gesamten internationalen an.

Aus der Partei ausgeschlossen wurde in Baihingen (Württemberg) der Schreinermeister Karl Megger. Megger ließ sich im Dezember 1910 von dem Sozialdemokratischen Verein als Kandidat zur Bürgerausschuhwahl aufstellen und wählen; im April 1911 aber wechselte er seine politische Überzeugung, wie man das dem Bürgerbund, bei.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Eine Verhöhnung des Vorstandes der Leipziger Ortskrankenkasse bezogte ein Inserat in den „Leipziger Neuesten Nachrichten“. Darnin wurde auf die im Juni d. J. bemängelte Feuerungszulage für die Bonniten angepielt, die aber erst im Januar d. J. ausgezahlt werden sollte. Es wurde ein Bankausweis gefordert, das die 35 000 M. betraffen wolle. Wegen dieses Inserates war es zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen dem Organ des gelben Beamtenvereins und dem Organ des Verbandes der Bureauangestellten Deutschlands gekommen, in deren Verlauf das Bureauangestellten-Organ die intellektuelle Urheberschaft für das Inserat den Vorstandmitgliedern des gelben Verbandes zuschrieb. Diese klagten hierauf wegen Verleumdung und erzielten die Verurteilung des Redakteurs des Blattes „Der Bureauangestellte“, H. Lehmann-Perlin, zu 200 M. Geldstrafe. Der Urheber des Inserats ist leider nicht zu ermitteln gewesen.

Aus Industrie und Handel.

Auch eine agrarische Fürsorgeanstalt.

Als staatliche Darlehnskasse ist in Baden die Landes-Kredit-Abteilung der Rhein-Kreditbank eingerichtet. Seit 18 Jahren stieg die Zahl der Verleihen von 653 auf 2122 und der Betrag der Kreditsumme zur Jahreswende von 4 auf 10 Millionen. Die politischen und kirchlichen Gemeinden, die seit dem Verleihen der Rassen in wachsender Zahl (von 145 auf 333) an dieser staatlich beaufsichtigten Darlehnsquelle sich einfinden, haben ihren Empfang in diesen 18 Jahren von 2 1/2 auf 11 Millionen erhöht. Nimmt man sämtliche Verleihen zusammen — auch die zur Pfandbriefdeckung verwendeten Gemeindepfandbriefdarlehen mit hypothekarischen Verfaß —, so ergibt sich für die Jahreswende folgendes Bild:

1898 für 1000 Kredite 8 637 476 Mark
1910 „ 2455 „ 21 417 410

Der Zinssatz war möglich, er betrug z. B. im Jahre 1906 zeitweise nur 3% Prozent und stieg 1909 auf 4.1 Prozent (ohne Beitrag zu den Kosten des Pfandbriefgeschäftes), während z. B. die hessische Landeshypothekendarlehenbank 4.25 Prozent nicht einprozentigem Geschäftskostenzuschuß forderte.

Es wird in dem soeben erschienenen Geschäftsbericht für 1910 behauptet, daß infolge dieses entgegenkommenden Verhaltens der agrarischen Landes-Kreditbank auch die anderen Klassen des Landes genötigt gewesen seien, in der Zinsberechnung Konzessionen zu machen, wenn sie ihre Hypothekenschulden nicht verkleinern wollten. Bei den im Jahre 1910 ausbezogenen Amortisations-Darlehen betrug die Höhe der jährlichen Annuität 4% bis 10 Prozent. Zwischen der ländlichen Kreditbank und der Raabruher Lebensversicherung a. B. besteht eine Verbindung zwecks Abschluß der Lebensversicherungen solcher Darlehnschuldner, welche die Tilgung ihrer Hypotheken ganz oder teilweise gegen die Folgen eines frühen Todes sicher stellen wollen.

Es ist insbesondere der kleine und mittlere Grundbesitz, der von diesen Vorteilen eines staatlich subventionierten Darlehnswesens Gebrauch macht. Unter ländlichen Darlehen verfaßt das Ministerium solche, bei denen mindestens zwei Drittel des Verfaßes aus fruchttragenden Grundstücken besteht; die Rest bewilligte aber auch solche, die zwei Drittel nicht erreichen, wenn der Wiedererwerb durch Gebäulichkeiten ausgeglichen werden konnte. In 25 Fällen erfolgte eine Befreiung über 50 Prozent der Zins.

Auch dieser Bankbericht beweist wieder die Nützlichkeit der Behauptung, daß die größte Fürsorge des Staates auf die Unterstützung des agrarischen Teiles der Bevölkerung gerichtet ist. Land-

werfer und Arbeiter können neidisch auf diese häuerliche Darlehnsfürsorge blicken.

Massenentlassungen in der westfälischen Tabakindustrie. Die Firma Engelhardt u. Biermann-Bremen entläßt für die gesamten Fabriken dieser Firma rund 1000 Arbeiter. Die Firma hat schon seit einigen Monaten die Produktion um 20 Prozent eingeschränkt.

Soziales.

Der vorsichtige christliche Verwaltungsdirektor.

Der Krankenkassenrentant Meyer in Essen, der sich von seinem Vorstand eine Sicherung von 32 000 M. spendieren ließ für den Fall, daß sein außerordentlich günstiger, lebenslänglicher Vertrag infolge der Reichsversicherungsordnung revidiert würde, gehörte zu jener Kommission von bürgerlichen Krankenkassenbeamten, die seinerzeit von der Regierung zur Ausschreibung über die Anstellungsbedingungen der Krankenkassenbeamten zugezogen wurden. Der Herr lernte bei dieser Gelegenheit die Gefahr kennen, die seinem Vertrag eventuell drohte. Daß er dann auf eine Abfindung in der Höhe von 32 000 M. drängte, zeigt, wie gewissenhaft dieser Herr seinen Vorteil wahrnahm. Die Affäre zeigt weiter in bengalischer Beleuchtung die in der Essener Ortskrankenkasse dominierenden Christlichen, die in Abwesenheit des erkrankten freigeberisch-Christlich organisierten Vorstandsmitgliedes diesen ungeheuerlichen Beschluß faßten. Und es zeigt sich, wie — weithersig die christlichen Arbeitervertreter im Reichstage sein können.

Das stimmt nicht.

Wir erhalten folgende Berichtigung: In Ihrer Nummer 109 vom Donnerstag, den 11. Mai 1911 bringen Sie in der zweiten Beilage des „Vorwärts“, 1. Seite 3. Spalte unten rechts einen Artikel unter der Ueberschrift „Wozu katholische Krankenschwestern gut genug sind“, der unwahre Behauptungen über die christlichen Gewerkschaften enthält. Ich fordere Sie daher auf, unter Berufung auf § 11 des Preßgesetzes, nachfolgende Berichtigung zu bringen: „Die christlichen Gewerkschaften in Selsenkirchen besitzen bis heute noch kein eigenes Gewerkschaftshaus, können deshalb auch keine katholischen Krankenschwestern in ihren Dienst stellen. Alle in dem betreffenden Artikel aufgestellten Behauptungen fallen somit in sich zusammen.“

Ludwig Nid

Kartellsekretär des christlichen Gewerkschaftskartells für Selsenkirchen und Umgebung.

In dieser Berichtigung ist die Betonung wohl auf „eigenes“ zu legen. Uebrigens haben wir von einem „Gesellschaftshaus“ geschrieben. Unter welcher juristisch-rechtlichen Firma das Ding segelt, ist ganz nebensächlich. Die Hauptsache sind die katholischen Krankenschwestern in einer frommen Festgesellschaft.

Aus der Frauenbewegung.

Die schlauen Innungsbräuer.

Handwerksmeister fordern die Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts in den Innungen! Das ist jedenfalls erzwungenermaßen. Der Deutsche Handwerks- und Gewerbeamtler in Hannover hat dem Reichstag eine Petition überreicht, in der er die volle Gleichberechtigung der weiblichen Innungsmitglieder fordert. Diese sollen nicht bloß das aktive Wahlrecht haben, auch das passive wird für sie verlangt. Da erkennt man doch den modernen Zug der Zeit — werden unsere Frauen nicht denken. Nicht so heilig! Bei näherem Zusehen zeigt sich, daß die an sich fortschrittliche Forderung in Wirklichkeit recht reaktionären Zwecken dienen soll. Man will die materielle Grundlage der Innungen ausbessern. Das ist das Pupels Kern! Die Feldermeisterinnen und andere mehr oder weniger selbständige Schneiderinnen sollen für die Zwangsinnungen gelockert werden. Die Mittelständler haben bisher mit solchem Liebeswerben noch nicht viel Glück gehabt. Sie mühen sogar den Schmerz erleben, daß Befreiungen, die Schneiderinnen zwangsweise der Zwangsinnungspflicht zu unterwerfen, nicht das gewünschte Verständnis der Behörden fanden. Die Petition stellt darüber unter anderem folgendes mit:

Der Regierungspräsident von Biegnitz hatte eine Entscheidung erlassen, nach der die Schneiderinnen einer bestehenden Zwangsinnung für das Schneiderhandwerk nicht ohne weiteres angehören haben, weil sie bei der Gründung nicht befragt worden seien. Diese Entscheidung veranlaßt eine ganze Reihe von Schneiderinnen in Frankfurt a. M., sich von der dort bestehenden Zwangsinnung loszusagen und ihre Freistellung zu fordern. Die zur Sache gehörige Handwerkskammer zu Wiesbaden hatte einen anderen Standpunkt eingenommen als der Regierungspräsident zu Biegnitz. Die genannte Kammer führte folgendes aus: Der Zwangsinnung haben anzugehören alle diejenigen, welche selbständig und handwerksmäßig das betreffende Gewerbe innerhalb des Innungsbezirks betreiben. Das Geschlecht macht dabei keinen Unterschied. Folglich gehören auch die Schneiderinnen, sofern sie das Gewerbe selbständig und handwerksmäßig betreiben, ohne weiteres der Zwangsinnung für das Schneiderhandwerk an.

Der Magistrat zu Frankfurt a. M. hat sich dieser Auffassung der Handwerkskammer Wiesbaden angeschlossen und die Anträge auf Befreiung von der Innung abgelehnt. . . . Im prinzipiellen Gegensatz zu den hier im letzten Absatz ausgeführten Gründen, betr. die Anhörung der Damenschneiderinnen bei der Gründung der Innung, steht dagegen eine Verfügung des preussischen Obern Ministers für Handel und Gewerbe vom 28. September 1910. Es heißt hierin:

„Ich kann daher dem Herrn Regierungspräsidenten daselbst nur beistimmen, daß die Einbeziehung der Damenschneiderinnen in die dort bestehende Schneiderzwangsinnung nur im Wege eines weiteren Abstimmungsverfahrens erfolgen kann.“

Wollen nun die weiblichen Handwerker, weil ihnen Schwierigkeiten wie die eben erwähnten, den bestehenden Zwangsinnungen beizutreten, genacht werden, eigene Innungen gründen — wie das aus vielen Kammerbezirken gemeldet wird —, so stehen dem die §§ 3a Abs. 2 und 3a Abs. 2 entgegen. Erwähnt sei hierzu die veruchte Gründung einer Damenschneiderinnung in Rempten im Allgäu, deren Statut die königliche Kreisregierung und dann auch auf erfolgten Refus das königlich bayerische Staatsministerium die Genehmigung verweigerte.

Es wird nun, wie bemerkt, für die weiblichen Innungsmitglieder die volle Gleichberechtigung verlangt. Der Zweck ist durchsichtig! Man hofft, indem man die Reichstagsdeputierten als Heilame benutz, die Schneiderinnen für die Innungen zu begeistern. Wegen der Gleichberechtigung an sich haben wir selbstverständlich nichts einzuwenden. Aber eine praktische Bedeutung messen wir ihr in diesem Falle nicht bei, denn die Schneiderinnen werden nicht so leicht sein, sich mit den Innungsmitgliedern fangen zu lassen. Die Innungen sind für sie vollständig wertlos. Sie nützen dem Handwerkerstand überhaupt nicht; sie sind eine kostspielige Einrichtung, die keinerlei wirtschaftspolitische Bedeutung hat, höchstens dadurch, daß sie im konservativen Fahrwasser segelt und die Interessen der produzierenden Stände damit schädigt. Die Schneiderinnen finden die beste Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen im Verbande der Schneider- und Schneidbühnen.

Gewerkschaftliches.

Koalitionsfreiheit in Dresdener städtischen Betrieben.

Der Dresdener Stadtrat hat in seiner übrigens schon oft niedriger gehängten Arbeitsordnung einen § 17, der bei Strafe der Entlassung jede Agitation usw. verbietet. In letzter Zeit wurden nun in fast allen Vauubuden und Bauplägen usw. der städtischen Arbeiter große Plakate des sächsischen Militärvereinsbundes aufgehängt, in denen zum Beitritt aufgefordert wird. Da das nach landläufigen Begriffen „Agitation treiben“ heißt, so ersuchte die Gauleitung des Gemeindearbeiterverbandes den Rat um die Genehmigung zum Aushang der Plakate des Gemeindearbeiterverbandes, um die städtischen Arbeiter, ebenso wie das der Militärvereinsbund getan hatte, auf die Einrichtungen hinzuweisen. Das Gesuch wurde aber vom Räte abgelehnt. Ein deutliches Beispiel, wie mit zweierlei Maß gemessen wird.

Ziel nützen wird ja dem Rat das nicht, denn die Organisation wächst unter den städtischen Arbeitern trotzdem und der Militärvereinsbund leidet an Mitgliederschwind.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Klemmer! Durch den Streik der Kaufmänner ist auch der Bau der Firma Siemens-Schuckert in Mitleidenschaft gezogen. Die Firma sucht nun selbst Klemmer einzustellen und beschäftigt diese dann auf ihrem Bau.

Wir sind deshalb genötigt, die gesamten Betriebe dieser Firma für die Dauer der Lohnbewegung für sämtliche Klemmer zu sperren.

Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Der Streik in den Eisenkonstruktionsbetrieben.

Die zweite Streikversammlung fand am Sonnabendvormittag im „Gewerkschaftshaus“ statt. Die Maus als Streikführer bekannt, rüht die Arbeit in allen zehn Betrieben vollständig. Mehr als 2000 Personen stehen im Streik. Den bedrängten Unternehmern hat sich sofort der belagerte Kaczmarek, der Bankier, 33 ein Bureau unterhält, zur Hilfeleistung angeboten und er hat auch bereits verschiedene Transporte von Arbeitswilligen abgeliefert. Einige Firmen haben ihre Werkstätten zu Logierhäusern für die zu erwartenden und die schon eingetrossenen Gäste umgewandelt, sie zahlen den Arbeitswilligen auch einen höheren Stundenlohn. Trotzdem rücken viele wieder aus, und von den übrigen sind die wenigsten brauchbare Kräfte. Bei Steffens u. Rölle, einer der größten Firmen, haben auch einige Kolonnenführer sich den Streikenden angeschlossen. Von den Staatsbetrieben in Spandau wurden den Firmen Dellischau und Druckenmüller Leute zum Brückenbau zur Verfügung gestellt, aber die Monteure haben sich geweigert, die Kontrolle über die Arbeiten dieser Leute zu führen und die Verantwortung zu übernehmen. Von Veltter und Schneebogel wurden Arbeiten nach den Werkstätten der Gasanstalt Tegel gefandt; aber die Schlosser und andere Arbeiter dieser Werkstätten waren nicht damit einverstanden, daß sie Streikarbeit leisten sollten. Von allen Firmen kamen Nachrichten, die zeigten, daß überall die Verlegenheit groß ist, daß die Arbeit drängt und viele Aufträge der Erledigung harren. Zugleich legte auch das Verhalten der Arbeiter in anderen Bezirken und Betrieben Zeugnis dafür ab, daß die Solidarität unter den Arbeitern kein leeres Wort ist. Manchem, der sich für eine Arbeit für die Firmen anwerben ließ, war von dem Streik nichts bekannt, es kommt den Streikenden nun aber sehr viel darauf an, daß die Bauarbeiter über die Sachlage sich unterrichten, damit auf den zahlreichen in Betracht kommenden Bauten von den Bauarbeitern keine Streikarbeit übernommen wird.

Die Streikleitung richtete an die Streikenden die Aufforderung, die bisherige musterhafte Ruhe und Ordnung in diesem Kampfe aufrechtzuerhalten und sich auf keinerlei Abmachungen mit den Unternehmern einzulassen. Werden Verhandlungen gewünscht, so sind dieselben mit den Vertretern der Organisation zu führen. Ferner sollten sich die Arbeiter nicht durch Drohungen mit der Entlassung furchen lassen.

Die Firma Thyssen u. Co. sandte an die streikenden Arbeiter Postkarten mit folgendem Inhalt: „Wir ersuchen Sie hierdurch, die Arbeit bei uns bis morgen, Sonnabend, den 20. d. M., mittags 1 Uhr, wieder aufzunehmen, anderenfalls Sie sich als entlassen zu betrachten und Ihre Papiere nebst Restlohn . . . abzuholen haben. Wir behalten uns jedoch auch eine Entlassung für den Fall vor, daß eine zur Durchführung des Betriebes geeignete Anzahl die Arbeit nicht aufnimmt.“

Die Firma Steffens u. Rölle schrieb ihren Arbeitern folgendes: „Wir teilen Ihnen hierdurch mit, daß Sie entlassen sind, wenn Sie die Arbeit nicht spätestens am Freitag, den 19. d. M., wieder aufnehmen.“

Zu einer anderen Firma kamen Arbeiter, um sich ihren Lohn und ihre Papiere zu holen, weil diese Arbeiter Berlin verlassen wollten. Da wehrte die Firma die Arbeiter ab und sagte ihnen: „Lassen Sie nur, die Geschichte kann ja nicht lange dauern, dann jagen Sie wieder an, wir entlassen Sie nicht.“ Die Unternehmer hielten eine Sitzung ab, um die Sachlage zu beraten; sie sind sich darin einig, daß sie zu der gegenwärtigen Zeit 2000 tüchtige, eingearbeitete Leute nicht entbehren und auch nicht ersetzen können, am wenigsten durch die Arbeitskräfte, die Agenten wie Kaczmarek liefern. Man will aber erst mal abwarten, wie fest die Arbeiter zusammenstehen werden.

Fleischergesellen! Die Wahlen zum Gesellenauschuss finden am Dienstag, den 23. Mai, abends 10 Uhr, in der „Neuen Philharmonie“, Köpenicker Straße 96/97, statt. Die Berliner Fleischergesellen haben entgegen dem üblichen Modus die Wahl recht frühzeitig angefangen, wohl in der Hoffnung, dadurch einem großen Teil der Gesellen das Wahlrecht zu nehmen bzw. dieselben von der Wahl fernzuhalten.

Wir ersuchen alle unsere Mitglieder, möglichst frühzeitig zu erscheinen und die nötigen Legitimationen mitzubringen. An die Parteigenossen richten wir ebenfalls die Bitte, überall, wo sie mit Fleischergesellen zusammenkommen, diese auf die Wahl aufmerksam zu machen. Zentralverband der Fleischer.

Die Gelben und Herr Rahardt.

Wie wir gestern mitteilten, haben die Innungen mit den Gelben und einem Teil der Gesellenauschüsse einen Tarif vereinbart, der in materieller Hinsicht hinter den Bestimmungen des Schiedsspruches zurückbleibt und die grundsätzlichen, also die wesentlichsten Punkte des Schiedsspruches völlig beseitigt. An die Stelle des paritätischen Arbeitsnachweises setzt der Tarif den Innungsarbeitsnachweis, der im Hause der Innung eingerichtet wird, dessen Sprecher der Innung ernannt und in dessen Kuratorium keine Gewerkschaftsangehörigen gewählt werden dürfen. Anstatt der im Schiedsspruch vorgesehenen gänzlichen Beseitigung von Kost und Logis läßt der Tarif Ausnahmen zu, „wenn die Gesellen es wünschen“. Der Ruhetag ist aus dem Tarif völlig beseitigt, weil sich die „Arbeitervertreter“ mit der Verheißung begnügten, es werde in nächster Zeit eine Polizeiverordnung erlassen werden, welche die 24stündige Sonntagsruhe einführt. Nachdem Obermeister Schmidt die Verheißung ausgesprochen hatte, äußerten selbst zwei Meistervertreter Zweifel über die Möglichkeit einer solchen Verordnung. Der „Arbeitervertreter“ Wischnowski aber er-

klärte, nach Einführung der Sonntagsruhe würden die Gesellen natürlich am Montag vormittag von 6 bis 12 Uhr arbeiten. Es soll also bei 7 Arbeitsschichten bleiben.

Nun haben die Innungen also einen Tarif, wie sie ihn sich wünschen, und dieser Tarif ist zustande gekommen in vollem Einverständnis mit den allewege meistertreuen Gesellen. Es fragt sich nur, welche Bedeutung dies Ding für die gegenwärtige Bewegung und für das Bädergewerbe überhaupt hat. Wer die Verhältnisse kennt, wird ohne weiteres antworten:

Dieser Tarif hat gar keine Bedeutung.

Er ist nichts als eine Komödie, bestimmt, den Repräsentanten der öffentlichen Meinung, soweit sie die Verhältnisse nicht kennen, Sand in die Augen zu streuen. — Wer sind denn die Tarifkontrahenten auf der Arbeiterseite. Der Bund der Gelben, der nur eine Handvoll Mitglieder hat, und die Gesellenauschüsse der kleineren Vorortinnungen, wo der Bäderverband noch keinen Einfluß hat. Die von Verbandsmitgliedern besetzten Gesellenauschüsse der beiden Berliner Innungen und der Rigdorfer Innung haben die Komödie nicht mitgemacht. Von den weitaus stärksten Innungen Groß-Berlins waren also gar keine Arbeitervertreter zugegen. Diese Innungen können demnach nicht sagen, daß sie mit den Arbeitern einen Tarifvertrag abgeschlossen hätten. Ja, kann man denn überhaupt von einem Tarifvertrage reden, wenn keine Arbeiterorganisation hinter demselben steht?

Dieser Vertragsabschluss ist und bleibt demnach ein Ränkeverbot, womit die Oeffentlichkeit über die wirkliche Situation der Bäderbewegung getäuscht werden soll. Das eigenartigste an dieser Erscheinung ist der Umstand, daß ein Mitglied des Einigungsamtes an dieser Komödie — wir wollen nicht behaupten, daß er sie als solche erkannt hat — mitwirken konnte. Herr Rahardt hat als

Arbeitervertreter im Einigungsamt dem Schiedsspruch zugestimmt.

Das konnte er als gewissenhafter Schiedsrichter doch nur in der Ueberzeugung tun, daß die Bädermeister die Bedingungen des Schiedsspruches zu erfüllen in der Lage sind und daß der Schiedsspruch die Grundlage bildet, auf der eine friedliche Vereinbarung geschlossen werden kann. Nach den Verhandlungen des Einigungsamtes mit dem Bäderverband hat ein etwas anders zusammengesetztes Einigungsamt, dem aber auch Herr Rahardt angehört, mit den Gelben verhandelt und hier denselben Schiedsspruch gefällt, der das Ergebnis der Verhandlungen mit dem Verbandsamt war. Als dann die Meister und auch die Gelben den Schiedsspruch abgelehnt hatten, wandten sie sich an Herrn Rahardt und dieser hielt es mit seiner Pflicht als Schiedsrichter nicht für unvereinbar, mitzuwirken bei der Schaffung eines Tarifes, der den von ihm mitbeschlossenen Schiedsspruch umstößt. Herr Rahardt scheint auch selber empfunden zu haben, daß er sich in eine heikle Situation begab, als er die Rolle des „Unparteiischen“ bei den Verhandlungen am Freitag übernahm. Eine Aeußerung, die er am Schlusse der Verhandlung machte, läßt darauf schließen. Aber Herr Rahardt glaubt sein Verhalten damit rechtfertigen zu können, daß er sagte, er habe seine Mitwirkung im Interesse des Friedens nicht versagen wollen. — Das ist denn doch eine Verschönerung der tatsächlichen Verhältnisse. Im Interesse des Friedens ist der Spruch des Einigungsamtes des Gewerbegerichts unter Mitwirkung des Herrn Rahardt zustande gekommen. Im Interesse des Friedens hat der Bäderverband trotz schwerwiegender Bedenken dem Schiedsspruch zugestimmt. Als Störer des Friedens haben sich die Meister und die Gelben erwiesen, welche den Schiedsspruch ablehnten. Nun kommt der Schiedsrichter Rahardt her und bietet den freundschaftlichen Elementen die Hand zur Herstellung der unter seiner Mitwirkung vom Einigungsamt geschaffenen Friedensbedingungen. Jeder Schiedsrichter müßte doch bestrebt sein, für die Anerkennung des von ihm nach bestem Ermessen gefällten Spruches zu wirken. Herr Rahardt aber hat den Bädermeistern in der Situation, die sie durch Ablehnung des Spruches schufen, hilfreiche Hand geleistet und sie dadurch — vielleicht unbewußt — im Widerstande gegen den Spruch des Einigungsamtes unterstützt und bestärkt. Wahrscheinlich

eine sonderbare Rolle für einen Schiedsrichter.

Sollten die Bädermeister auf die Komödie des Tarifabschlusses mit den Gelben wirklich Hoffnungen setzen, so haben sie sich bitter getäuscht. Durch dies Ränkeverbot werden die Gegner des Schiedsspruches nicht zum Ziel kommen. Das erkennen auch die einsichtigen Elemente unter den Bädermeistern. Seit einigen Tagen gehen dem Bäderverbande fortgesetzt Anerbietungen von Meistern zu, welche sich bereit erklären, Verträge auf Grund der ursprünglichen, über den Schiedsspruch hinausgehenden Forderungen des Verbandes abzuschließen. Unter diesen Umständen wird wohl Herr Obermeister Schmidt vergebens darauf warten können, daß sich der Verband zu Verhandlungen nach Art der Gelben herbeilassen sollte.

Gestern haben die Vorstände der freien Vereinigungen der Bädermeister von Berlin und Rigdorf das Einigungsamt angerufen. Diese Vereinigungen waren an den ersten Verhandlungen beim Einigungsamt nicht beteiligt.

Abgewiesen!

Am Freitag fand eine Vertrauensmännerkonferenz der Angestellten mit der Direktion der Großen Berliner Straßenbahn im Direktionsgebäude Leipziger Platz statt. In vorangegangenen Lohnhofversammlungen waren die Wünsche der Fahrer und Schaffner durch die Vertrauensmänner entgegengenommen, formuliert und, soweit die organisierten Vertrauensmänner in Frage kommen, durch ein Begleitschreiben an die Direktion gesandt. Man forderte für Schaffner einen Anfangslohn von 105 M. pro Monat, jedes Jahr steigend um 5 M., bis zum Höchstlohn von 150 M. pro Monat. — Für Fahrer Anfangslohn 125 M. pro Monat, in derselben Weise steigend bis zum Höchstlohn von 170 M. pro Monat. Das Kilometergeld fällt fort. — Von seiten des Ersahpersonals wurden folgende Wünsche zum Ausdruck gebracht: 1. In den ersten 6 Monaten Lohn pro Tag 4 M. und zwei bezahlte freie Tage im Monat. 2. Anstellung nach sechsmonatlichem Erfahrungslohn. 3. Ueberstunden sind mit 50 Pf. zu bezahlen. 4. Lohnzettel. 5. Wahlrecht zur Wahl der Vertrauensmänner. Ferner wird die Regelung des Urlaubes wie folgt gewünscht: Nach einjähriger Tätigkeit 5 Tage, steigend jedes Jahr um einen Tag bis zu dem im vorigen Jahre festgelegten Endtag. — Die Schaffner wünschen, daß die Höchstleistung 11 Stunden nicht überschreiten soll. — Das Personal wünscht außerdem die bereits zugesagte Veröffentlichung der zurzeit bestehenden Dienstverträge in den „Amtlichen Mitteilungen“. — Die Direktion ließ über diese Wünsche gar nicht diskutieren, sondern erklärte, daß es „unmöglich“ sei, diese zu erfüllen, weil die Angestellten erst im Januar 1910 eine Aufbesserung erhalten hätten. Recht eigentümlich, daß, was den Herren nicht in den Kram paßt, wird ausgeschaltet, darüber wird eben nicht gesprochen und damit basta. Aber obgleich die Betriebsleitung die Wünsche ihrer Angestellten als „unerfüllbar“ bezeichnen, wird sie doch nicht behaupten, daß die für das jüngere Personal bezahlten Löhne von

täglich 3,20 M. als ausreichend für die bestehenden Verhältnisse bezeichnet werden können. Die Erwartung ist bescheiden, daß wenigstens der ortsübliche Tagelohn gezahlt werde.

Militärkattler! Der Streik bei der Firma Carl Willep in Spandau, Charlottenstraße 20, dauert unabändert fort, da Herr Willep sich noch immer weigert, den Tarifvertrag für die Militärbranche anzuerkennen. Der Versuch, mit Herrn Willep vor dem Einigungsamt des Spandauer Gewerbegerichts eine Verständigung herbeizuführen, scheiterte an der Starrköpfigkeit des Herrn. Um nur die allerdingendsten Aufträge fertigzustellen, müssen die „Arbeitswilligen“ täglich 11 Stunden arbeiten. Da diese Arbeitszeit aber anscheinend auch noch nicht genügt, so nehmen diese „Hausreißer“ noch ganz beträchtliche Porten Arbeit mit nach Hause, um ihren Verdienst durch Nacharbeit noch etwas aufzubessern. Da toll annehmen, daß auch Herr Willep der Kgl. Artillerie-Werkstatt gegenüber verpflichtet ist, seine Arbeit zu ortsüblichen Bedingungen anzufertigen zu lassen, so sind wir recht begierig, zu erfahren, ob die Direktion der Kgl. Werkstatt die Willepschen Arbeitsverhältnisse als ortsübliche betrachtet. Wir sind jedenfalls anderer Meinung. An die Kollegenchaft richten wir die Bitte, jeden Zugang von der Willepschen Werkstatt auch in Zukunft fernzuhalten.

Die Ortsverwaltung Berlin des Verbandes der Sattler und Portefeuillier.

Deutsches Reich.

Zum Streik der Breslauer Bäcker ist zu melden, daß der Streik am Freitag in vollem Umfange ausgebrochen ist. Von den etwa 550 Gesellen haben 357 die Arbeit niedergelegt, 55 arbeiten bereits zu den neuen Bedingungen in 27 Betrieben. Neue Bewilligungen folgen formwährend. Die Bäder-Zwangsgewinnung, der alle Bädermeister angehören müssen, hat ihren Mitgliedern bei 20 M. Strafe für jeden einzelnen Fall verboten, die Bewilligungsplakate in ihren Läden auszuhängen.

Zum Streik auf der Schichau-Werft in Danzig.

Die Ermittlungsfragen der Werft auf Räumung der Wohnungen in der „Wohlfahrts“-Schichau-Kolonie hatten zunächst das Ergebnis, daß vier Streikende verurteilt wurden, Montag mittags 12 Uhr die Wohnungen zu räumen. 76 Streikende sind verurteilt, am 1. Juni die Wohnungen zu verlassen. Der Rest, 105 Ausgeperrte, ist bisher noch nicht verurteilt. Die Streikenden hatten Rechtsanwalt Rosenbaum in Danzig zum Anwalt bestellt, der auf einen Vergleich nach der Richtung hinarbeitete, daß die Wohnungen erst zu räumen seien, wenn andere Wohnungen für die Beklagten beschafft sind. Dieses Verlangen veranlaßte den Anwalt der klagenden Firma, Rechtsanwalt Hunrath, zu dem überaus bezeichnenden Ausdruck, daß die Errichtung der Arbeiterwohnhäuser doch nicht im Interesse der Arbeiter geschehen sei, sondern im Interesse der Firma Schichau. Für uns rennt der Herr mit dieser Unwissenheit offene Türen ein, aber den Danziger Arbeitern wird es doch verschämlichlich neu sein.

Die Streikleitung blieb natürlich nicht untätig. Für die ersten vier Familien, die ausziehen müssen, sind Wohnungen vorhanden. Sodann hat sich ein Komitee gebildet, das leere Wohnungen ausfindig macht und vermittelt. Auch wurde bei der „Reichskolonie“ wegen Wohnungen angefragt. Das ist eine „Wohlfahrts-Einrichtung“ für die Danziger Staatsarbeiter (Kaiserliche Werft, Gewerkschaft usw.). In dieser Kolonie stehen 12 bis 15 Wohnungen leer. Aber der Herr Korvettenkapitän Simon will diese Wohnungen nicht für die streikenden Schichau-Arbeiter geben.

Das Wohnungskomitee wandte sich auch an den Herrn Oberbürgermeister Scholz. Dieser versprach, wegen der „Reichskolonie“ mit den Herren von der Kaiserlichen Werft nochmals zu sprechen und auch sonst sein Bestes zu tun.

Zur Beilegung des Streiks werden von außenstehenden Personen vielfach Versuche gemacht. In Einwendungen an die Danziger Lokalpresse verlangen die Geschäftsleute, daß das Gewerbegericht eingreifen soll. Nach Danziger Verhältnissen ist das freilich ein ganz aussichtsloses Beginnen. Der Herr Direktor Carlson erscheint vor keinem Gewerbegericht oder verhandelt nicht, wenn er erscheinen muß. Die Arbeiter haben keine Veranlassung, das Gewerbegericht anzurufen. Die Sache steht so günstig wie nur möglich. Es ist bisher in den ganzen sechs Wochen noch nicht ein einziger Streikbrecher zu verzeichnen.

Auch in der Stadtverordnetenversammlung wurde Oberbürgermeister Scholz von bürgerlicher Seite über den Streik interpelliert. (Die Sozialdemokratie hat noch keinen Vertreter.) Der Oberbürgermeister versprach zu tun, was möglich sei. Bei der Hartnäckigkeit der Firma ist aber auf keinen Erfolg seiner Vermittlungsbemühungen zu rechnen.

Ausperrung der Textilarbeiter im Münsterlande.

Da es heute noch nicht zu einer Einigung zwischen der Firma Kolb und den streikenden Arbeitern gekommen ist, so tritt mit dem heutigen Tage die seitens der Arbeitgeber der Textilindustrie des Münsterlandes androhte Ausperrung in Kraft. Von der Ausperrung werden etwa 8000 Arbeiter betroffen; darunter befinden sich 5000 christlich-organisierte. Die von anderer Seite verbreitete Meldung, daß 12 000—13 000 Arbeiter in Frage kommen, ist unzutreffend.

Letzte Nachrichten.

In Marokko gefallene Deutsche.

Paris, 20. Mai. (B. Z. B.) Unter den am 15. Mai in dem Kampf bei Aluana Gefallenen, die alle dem ersten Regiment der Fremdenlegion angehörten, befinden sich acht aus Deutschland stammende Soldaten, von denen zwei Elsch-Losfringer sind. Von den Verwundeten stammen gleichfalls drei aus Deutschland.

Glücklich davongekommen.

Augsburg, 20. Mai. (B. Z. B.) Der Flieger Ingenieur Schwandt aus München, der aus Anlaß einer häßlichen Feier mit einem Eindecker um sechs Uhr abends aufgestiegen war, stürzte bei dem Rundflug um die Stadt aus vierzig Meter Höhe ab, blieb aber unverletzt. Das Flugzeug wurde fast beschädigt.

Ueberschwemmungen in Tirol.

Innsbruck, 20. Mai. (B. Z. B.) Meldungen aus Nord- und Westtirol berichten über neue Unwetterschäden. Infolge andauernder Regengüsse sind alle Flüsse hoch angeschwollen und teilweise aus den Ufern getreten. Viele Brücken wurden weggerissen und viele Strohen überflutet. Das regnerische Wetter dauert an.

Nach Sibirien Verbannte auf der Flucht.

Berm, 20. Mai. (B. Z. B.) Zwischen Tjumen und Kamschatka überflogen 29 auf dem Transport befindliche Arrestanten in einem Eisenbahnwagen die aus neuem Stamm bestehende Begleitmannschaft, von der acht Mann verwundet wurden. Auch mehrere Arrestanten wurden verwundet. Elf Gefangene sind entflohen.

Die Altersrente der Arbeiter vor dem Reichstag.

(Theorie und Praxis bei dem Entrechtungsblod.)

Zu Beginn der laufenden Legislaturperiode, als der Reichstag nach den Wahlen wieder zu seinen Arbeiten zusammentrat, gingen ihm diese Anträge zu:

Drucksache 50:

Der Reichstag wolle beschließen:

Die Zeitgrenze, von welcher ab die Altersrente gewährt wird, von 70 auf 65 Jahre herabzusetzen und zur Deckung der dadurch erforderlichen Mehraufträge in erster Reihe die durch die Vereinfachung der Reichsversicherungsgeetze zu erzielenden Ersparnisse an Verwaltungskosten zu verwenden.

Berlin, den 21. Februar 1907.

Dr. Arendt-Mansfeld, Bauermeister, Dr. Brunstermann, Dr. Dieffen, Doerksen, Dr. Hoessel, Dr. Kellbe, v. Liebert, Ding, Löcher, Raud, v. Derken, Pauli (Oberbarnim), Scherre, Schüller, Schmidt-Altenburg, Schulz, Stubbenorff, Dr. Varenhorst, v. d. Benze, Witt-Marientwerder.

Drucksache 55:

Der Reichstag wolle beschließen:

Die Verbündeten Regierungen zu ersuchen, spätestens bei Gelegenheit der in Aussicht gestellten Vorlage, betreffend die Vereinfachung und organische Verbindung der sozialpolitischen Versicherungsgeetze, die Gewährung der Altersrente gemäß § 15 Abs. 3 des Invalidenversicherungsgesetzes schon bei Vollendung des 65. Lebensjahres in die Gesetzgebung einzuführen.

Berlin, den 21. Februar 1907.

Dietrich, Mastewitz, Arnold, Beuchelt, Rogalla v. Bieberstein, Böning, v. Brockhausen, v. Dorn, Graf v. Carmer-Osten, Graf v. Carmer-Ziesert, Dr. Dröcher, v. Etern, Euen, Feldmann, v. Gerdsdorff, Dr. Giese, Güter, Henning, Hilpert, Hufnagel, v. Kappengit, v. Kallhan, Freiherr zu Wartenberg und Penzlin, Renz, Rehbel, Rihler, v. Romann, v. Oldenburg, Pauli, Polzdam, Hans Eder Herr zu Kutlitz, v. Kautler, Freiherr v. Richtofen-Damtdorf, Dr. Roefide, Rupp, Siebenbürger, Sielermann, v. Staubb, Freiherr v. Steinaeder, v. Treuenfels, Dr. Wagner (Sachsen), Wildens, Will-Stolp.

Die Versicherungsordnung bot die einfachste und beste Gelegenheit, diesen beiden konservativen Anträgen zu praktischer Wirksamkeit zu verhelfen. In der zweiten Lesung der Versicherungsordnung beantragte die sozialdemokratische Fraktion (Drucksache 1000):

In § 1242, ter nach der Vorlage lautet:

„Altersrenten erhält der Versicherte vom vollendeten 70. Lebensjahre an, auch wenn er nicht invalide ist, statt vom vollendeten siebenzigsten, zu sehen vom vollendeten fünfundsiebzehnten Lebensjahre an.“

Dieser Antrag wurde am 19. Mai 1909 in namentlicher Abstimmung mit 160 gegen 146 Stimmen abgelehnt. Vier Abgeordnete enthielten sich der Abstimmung.

Wegen die Herabsetzung des Rentenbezugsalters vom 70. auf das 65. Lebensjahr stimmten:

- 1. Sämtliche anwesende Mitglieder der konservativen Fraktion — dieselben, die 1907 den Antrag auf Drucksache 55 unterzeichneten.
2. Sämtliche anwesende Mitglieder der Reichspartei — dieselben, die 1907 den Antrag auf Drucksache 50 unterzeichneten.
Nur der Abg. Varenhorst enthielt sich der Abstimmung; dagegen stimmten die Hospitanten Vangerfeld und Raud gegen die Herabsetzung des Rentenalters.

Kleines feuilleton.

Die Augenärzte über die Frage der Lateinschrift. Der Streit um die deutsche oder lateinische Schrift hat in der letzten Zeit einen erbitterten Kampf der Meinungen herbeigeführt, in dem sich Pädagogen, Historiker, Künstler und andere Beteiligte aller Art von ihrem Standpunkt aus zu der Frage geäußert haben. Eine maßgebende Frage ist aber dabei ganz zurückgetreten, nämlich die der hygienischen Wertung beider Schriftarten. (Im „Vorwärts“ wurde gerad auch diese Seite der Frage behandelt. Die Red.) Die „Allschau“ hat sich daher an 22 der hervorragendsten Augenärzte Deutschlands, Oesterreichs und der Schweiz gewandt, um von ihnen Auskunft zu erhalten, welche Schrift dem Auge zuträglich ist. Von den 17 bisher eingelaufenen Antworten treten 15 für die Einführung der lateinischen Schrift ein, während zwei sich als Anhänger der deutschen Schrift bekennen. Unbedingt für die Einführung der Lateinschrift erklärt sich der Freiburger Professor Arenfeld. „Aus schulhygienischen Gründen“, schreibt er, „müß gefördert werden, daß die Belastung mit den doppelten Alphabeten, die eine große Zahl von Schulstunden in Anspruch nimmt, beseitigt werde. Zweifellos ist die Erlernung der geschriebenen spitzen Frakturschrift anstrengender als die der Altfraktur (lateinischen); auch in der Frakturdruckschrift sind manche Typen schwieriger zu unterscheiden als in der lateinischen...“ Für die lateinische Schrift tritt auch der Münchener Professor Schlocher mit Entschiedenheit ein: „Sie ist in Druck und Schrift der deutschen vorzuziehen, denn ihre Formen sind einfacher und klarer, und es ist sicherlich bei gleich schlechter Schrift das Lesen der lateinischen weniger ermüdend für die Augen als das der deutschen.“ In der Abschaffung der deutschen Schrift würde der Direktor der Kieler Universitäts-Augenklinik, Prof. Heine, ein Glück für die Schulkinder sehen. „Da die Kurzsichtigkeit notorisch in der Schulzeit entsteht, so würde die allmähliche Beseitigung der „deutschen“ Schrift — zunächst der Schreibschrift, denn die Druckschrift ist wohl erst mit der Zeit abzuschaffen — eine dringend erwünschte Entlastung der Augen bedeuten.“

Im Gegensatz dazu sind einige andere Augenärzte von der besonderen Schädlichkeit der deutschen Schrift durchaus nicht überzeugt. „Bei gutem Druck und deutlicher guter Schrift“, schreibt der Leipziger Prof. Sattler, „dürfte in bezug auf die Zuträglichkeit für das Auge kein Unterschied bestehen. Bei schlechterem Druck oder Papier scheint mir die lateinische zuträglich.“ Der Berliner Professor für Augenheilkunde Michel erklärt: „Die Fragestellung, ob deutsche oder lateinische Schrift für das menschliche Auge zuträglich sei, ist insofern eine ganz müßige, als der Beweis nicht zu führen ist, daß die eine oder andere Schrift vorzuziehen ist.“ Aus sozialen Gründen aber ist Michel für die lateinische Schrift. Für die deutsche Schrift treten der Leipziger Professor Schoen und der Direktor der Frankfurter Städtischen Augenklinik, Schnaudigel, ein. (Die Anhänger der „deutschen“ Schrift scheinen gar nicht zu wissen, daß über die Verdaulichkeit der beiden Schriften exakte experimentelle Untersuchungen vorliegen. Die Red.)

4 Reichsparteiler und 2 Hospitanten fehlten.
8. Sämtliche anwesende Mitglieder der Zentrumspartei — darunter die sogenannten Arbeitervertreter Feder (Arnberg), Fleischer, Giesberts, Pieper, Schiffer, Schirmer und Wieberg.
24 Zentrumskleute fehlten.
Die Abgg. Müller-Fulda, Oppersdorf und Sittard werden als „fehlend“ bezeichnet; sie befanden sich aber im Hause, drückten sich nur von der namentlichen Abstimmung.
4. Von Antisemiten und Wirtschaftlicher Vereinigung der Antisemit Gabel (7. sächsischer Kreis); der Abstimmung enthielten sich die Abgeordneten Graf, Kalle und Vogt (Trautheim).
5. Die Praktikanten: Danneberg (Welfe), Hilpert (Bauernbündler), Lehmann-Jena (Wund der Landwirte) und der Reichstagspräsident Graf Schwerin-Aöwih.
6. Die Nationalliberalen: Verwinkel, Volk, Fehlhauer, Görde (Brandenburg), Hagemann, Hagen, Hausmann (Hannover), Seinge, Horn (Meuß), Keuner, Ortel, Rimpau, Semler, Wehel, Womelsdorf und die beiden Hospitanten Schubert und Wölzel. Acht Nationalliberale fehlten.
Die Haltung der Nationalliberalen war um so jammervoller, als der nationalliberale Abg. Stresemann — wie jetzt klar ist, nur aus machtpolitischen Gründen — zweimal lebhaft für eine Herabsetzung des Rentenalters auf 65 Jahre eintrat. Hätten die Nationalliberalen gestimmt, wie ihr Vertreter Stresemann redete, wäre die Altersherabsetzung mit 163 gegen 143 Stimmen angenommen worden.

Aber: Theorie und Praxis!

Reichstag.

180. Sitzung. Sonnabend, den 20. Mai, vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratstisch: Dr. Delbrück.

Die Beratung der

Reichsversicherungsordnung

wird fortgesetzt beim Abschnitt

Bezüge der Hinterbliebenen.

§ 1243 bestimmt, daß Witwenrente erhält die „dauernd invalide“ Witwe.

Ein Antrag Albrecht (Soz.) will die Worte „dauernd invalide“ streichen, eventuell die Worte hinzufügen: „oder über 70 Jahre alte“. Außerdem will der Antrag Albrecht die weiteren Abzüge des Paragraphen streichen, in denen die Invalidity näher bestimmt ist. Ein Antrag Alblach (Sp.) will jeder Witwe, die das 65. Jahr überschritten hat, Witwenrente zubilligen.

Abg. Leber (Soz.):

In der Kommission ist unser Antrag abgelehnt mit der Begründung, er würde zu viel Kosten verursachen, das Reich müsse seine Ausgaben in Einklang mit den Einnahmen bringen. Beim Militärretat hat man diesen Grundsatz niemals festgehalten. (Lebhafte Zustimmung links.) Wenn Sie wirklich eine Witwenrente bewilligen wollen, müssen Sie sie jeder Witwe zubilligen und nicht nur einer invaliden Witwe. (Dravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Posthoff (Sp.): 1902 hat das Zentrum die Hinterbliebenenversicherung versprochen, um den unzialen Jollart dem Volke schmackhaft zu machen. Verzögert wurde sie dann wegen des großen Reformwertes der Reichsversicherung, die den Räder bildete für die Entrechtung der Arbeiter in den Krankenkassen und andere unoziale Bestimmungen. Vielleicht soll sie noch ein drittes Mal als Räder dienen, damit das Zentrum einer Verschlechterung des Wahlrechts zustimmt. Die Hinterbliebenenversicherung nach den Beschlüssen der Kommission ist gar zu dürftig; eine völlig invalide Witwe mit zwei kleinen Kindern erhält nach zehnjähriger Versicherung 135 Mark jährlich oder 11 M. monatlich, ist sie halbinvalide, so bekommt sie 63 Mark jährlich, ganze 5 M. monatlich. Ich bitte

Münchener Theater. Die Hofoper brachte des in München lebenden böhmischen Komponisten Viktor Luth lyrisch-romantische Oper „Platorog“ in einem Vorspiel und zwei Akten mit äußerlich sehr starkem Erfolg zur ersten Aufführung. Luth kommt von Wagner her und hat vor Jahren mit dem ebenfalls hier gespielten Russtdrama „Horand und Hilde“ auf Tristan-Älteren ebenso erfolglos wie alle pathetischen Wagner-Wiederläufer geoffert. In „Platorog“, der die von R. Waumbach in süßliche Wupenscheiden-Verse gegossene märchenhafte Volkssage vom „Alpenkönig und Menschenfeind“ (Kaimunds Zauberober, neuerdings von Leo Flech komponiert) behandelt, befinnt er sich auf die Wurzeln seiner Kraft und greift auf die Reime aller lyrischen Musik: das Volkslied, den Tanz, die nationale Weise, zurück. Nicht in den sentimentalen Liebesszenen, nicht in den Liedertafel-Chören, aber in den mit reifem Kunstverständnis in die Partitur gefügten Kirchwählstücken, Volksliedern und Rundgesängen liegt „Platorog“ Wert, ein schlichter, in der Zeit des musikalischen Snobismus fast reaktionärer Wert, der aber doch der anspruchslosen, ohne Orchesterlärm zartinnig instrumentierenden Oper den Weg überall da öffnen sollte, wo man noch Sinn hat für gesunde, ursprüngliche Melodie. Die Münchener Aufführung unter Motils liebevoller Leitung war in allen Teilen sehr gut.

Die Anklagen gegen den Spargel. Jedes Nahrungsmittel, das durch einen besonders eigentümlichen und stark hervortretenden Geruch und Geschmack ausgezeichnet ist, hat seine beneideten Verehrer und seine ebenso leidenschaftlichen Gegner. Das beste Beispiel dafür sind solche Pflanzenstoffe, wie Sellerie und Dill. Kommt dann noch hinzu, daß die Wissenschaft einen für sich allein nicht ganz unbedenklichen Bestandteil in einer solchen Pflanze entdeckt, so haben die Verächter gewonnenes Spiel. So zerrt der Parteien Haß und Günst auch an einem Gewächs, das im Frühjahr in großen Mengen auf den Markt kommt, am Spargel. Der deutlich ausgeprochene Geruch und Geschmack dieser merkwürdigen Pflanze ist so eigenartig, daß die Verdächtigung, es könnten damit gesundheitschädliche Wirkungen verbunden sein, immer aufs neue ausgeföhrt wird. Insbesondere stimmt der bekannte Geruch, den die Ausscheidung der Nieren nach dem Genuß von Spargel annimmt, die Leute nachdenklich. Die Chemie hat gelehrt, daß seine Entstehung auf der Bildung einer organischen Schwefelverbindung beruht, die während der Verdauung im Darm erzeugt wird. Ein Mitarbeiter des „Lancet“ wendet sich gegen die Behauptung, daß dieser Stoff und die Vorgänge im Körper, die seiner Entwicklung vorausgehen, irgendwie schädlich sein können. Es ist sogar nachgewiesen worden, daß der Genuß von Spargel, wenn er jung und hart ist, auch für Kranke durchaus bekommlich ist. Viel Nährstoff enthält der Spargel freilich nicht, aber er ist reichlich ebenso wertvoller Bestandteil einer Mahlzeit, wie andere Gemüse, indem er Abwechslung und Gleichgewicht in die Speisefolge hineinbringt, ein Vorzug, der nicht gering zu veranschlagen ist. Das Asparagin, das den eigentlichen Geruch und Geschmack des Spargels hervorbringt und nach ihm auch benannt worden ist, besitzt einen sehr hohen Stickstoffgehalt. Es ist übrigens auch in anderen Gemüsen, wie namentlich in der Kartoffel vorhanden, wenn auch in geringeren Mengen. Die Befürchtung, daß der Spargel

Sie, die Verbesserungsanträge, die von den Sozialdemokraten und uns gestellt sind, anzunehmen, es ist wirklich das Beschreibende, was man verlangen kann. (Zustimmung links.)
§ 1243 wird unter Ablehnung der gestellten Anträge in der Kommissionsfassung angenommen.
Zu § 1244 begründet

Abg. Mollenhuth (Soz.)

den Antrag, auch den unehelichen Kindern Waisenrente zu gewähren, wenn der Verstorbene ihnen nach gesetzlicher Pflicht Unterhalt gewährt hat. Diese Gleichartigkeit zwischen ehelichen und unehelichen Kindern, die ihren Ernährer verlieren, muß hergestellt werden; es ist nicht einzusehen, weshalb die unehelichen Kinder hinter den ehelichen zurückstehen sollen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag wird abgelehnt.
Der Präsident teilt mit, daß zu einem späteren Paragraphen (§ 1241) ein Antrag auf namentliche Abstimmung vorliegt. Sie würde wohl gegen 1/2 Uhr stattfinden. Sollten nach 1 Uhr noch Anträge auf namentliche Abstimmungen einlaufen, so werde er vorschlagen, sie erst am Montag vorzunehmen.

Abg. Dr. Mugdan (Sp.) (zur Geschäftsordnung): Dem können wir nur zustimmen, wenn hier spätestens um 5 Uhr Schluß gemacht wird, damit die Herren, die nicht fortfahren, nicht gezwungen sind, bis 8 Uhr oder länger hier zu sitzen.

Abg. Becker-Arnberg (Sp.) (zur Geschäftsordnung): Der Wunsch nach Verschiebung der eventuellen namentlichen Abstimmungen ist ja von der Linken ausgegangen.

Abg. Dr. Müller-Reinigen (Sp.) (zur Geschäftsordnung): Wir glauben, Ihnen damit entgegen zu kommen.

Abg. Hoch (Soz.) (zur Geschäftsordnung): Wir haben einen solchen Wunsch nicht geäußert.

Präsident Graf Schwerin: Ich wiederhole, wenn nach 1 Uhr Anträge auf namentliche Abstimmung kommen, werde ich dem Hause die Verschiebung der Abstimmung vorschlagen, das Haus hat dann ja darüber zu entscheiden.

Zu § 1252a, der die Ansprüche der Hinterbliebenen eines Ausländers auf die Hälfte beschränkt, befragt

Abg. Schmidt-Berlin (Soz.)

einen Antrag, diese Beschränkung fallen zu lassen.

Der Antrag wird abgelehnt.

Zu § 1253 (Heilverfahren) begründet

Abg. Haber (Soz.)

den Antrag, die Versicherungsanstalt zur Einleitung eines Heilverfahrens zu nötigen, wenn es zur Anwendung einer infolge einer Erkrankung drohenden Invalidity erforderlich erscheint.

Abg. Stolle (Soz.)

unterstützt den Antrag, der im Interesse der Volkswohlfahrt und Volksgesundheit dringend nötig sei.

Der Antrag wird abgelehnt.

Zu § 1255 begründet

Abg. Binder (Soz.)

den Antrag, die Bezüge der Angehörigen des Versicherten während des Heilverfahrens etwas zu erhöhen. Der Antrag gibt dem Zentrum Gelegenheit, seine theoretischen Ausführungen über die Notwendigkeit der sozialen Fürsorge in die Tat umzusetzen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag wird abgelehnt.

§ 1257a bindet die Aufwendung von Mitteln zur vorbeugenden Krankensfürsorge seitens der Versicherungsanstalten an die Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

Ein Antrag Alblach (Sp.) will die Genehmigung der Aufsichtsbehörde streichen.

Abg. Dr. Mugdan (Sp.) (bleibt bei der Urrede, die auf der Rechten und im Zentrum herrscht, zunächst ganz unberührt. Wenn die Herren bei der Beratung dieser wichtigen Angelegenheit sich nicht beteiligen wollen, mögen sie spazieren gehen, hier aber nicht durch andauernden Lärm den Redner stören. (Lebhafte Zustimmung links.)

Vizepräsident Dr. Spahn: Das Geräusch war jetzt nicht stärker wie in der ganzen Zeit. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.)

Abg. Dr. Mugdan (Sp.): Ja wohl, sehr richtig! In der ganzen Zeit verursachen die Herren ein solches Geräusch und stören die Redner; sie sollten dann eben lieber spazieren gehen. (Zustimmung links.) Die Genehmigung der Aufsichtsbehörde

gichtige und rheumatische Leute unzutraglich sei, kann gleichfalls als unbegründet betrachtet werden. Die leicht anregende Wirkung des Spargelgenusses auf die Nieren ist sogar als ein Vorzug auch in dieser Hinsicht zu schätzen.

Humor und Satire.

Lied des preukischen Fortbildungsschülers.

Lassen wir uns noch so gründlich bilden
In der preukischen Fortbildungsschul',
Ach, wie leicht wird man zu einem wilden
Burschen und versinkt im Sündenfaß!
Diese „Bildung“ ist ja nur ein starrer
Geistesdrill, der ohne Seelenschlag.
Eine Schule aber ohne Pfarrer
Ist und war von jeher für die Kat'!
Denn war dieses Uebel zu entfernen
Auf der Schwärzen und der Junker Zwang,
Und wir müssen „Religion“ erlernen
Jeweils eine halbe Stunde lang.
Denn der Unterricht ist wenig labend
Und fällt manchem unterwilen schwer.
Doch wir werden sicherlich pro Abend
1-2 Prozente frömmerer!!
Zweifelst ja nicht dran! Denn in der Schule
Sagt sich jeder Jüngling: Gut, ich muß!
Und erzwung'ne heilige Gemüße
Waren immer noch ein Hochgenuß!
Seh'n wir einst der Freiheit Tage glänzen,
Und wir sind vom frommen Vernein' klag;
Et, wie wollen wir die Kirche — schwänzen,
Denn wir haben — „Religion“ genug!
(Reba in der „Jugend“.)

Notizen.

- Theaterchronik. Das Märkische Wandertheater geht im kommenden Herbst wieder mit zwei Truppen auf seine Kunsttours. Es hat in den Spielplan u. a. „Sophokles“, „Elektra“, „Sappho“, „Die Räuber“, „Der Prinz von Homburg“, „Glaube und Heimat“, „Was ihr wollt“, „Der Weizige“, „Rosa“, „Friedensfest“, „Rosa Vern“, „Der Wissenschaftsraum“, „Liebele“, „Helden“ von Cham, „Ueber die Kraft“, „Don Carlos“, „Maria Stuart“ aufgenommen.
- Im Kunstgewerbemuseum wurde eine Ausstellung für „Neue Deutsche Buchkunst“ eröffnet, die die neue kunstgewerbliche Entwicklung der Buchausstattung (im weitesten Sinne) in charakteristischen Beispielen veranschaulicht.
- Der menschliche Körper radioaktiv! Im Heidelberger Institut für Krebsforschung unternommene Untersuchungen haben eine Radioaktivität menschlicher Organe ergeben, die nie mit Radium in Verbindung genommen waren. Es ist eine Substanz darin vorhanden, die die Luft für Elektrizität leitend macht. Einige Organe üben auch eine Beeinflussung der photographischen Platte aus. Die radioaktive Substanz kann aus der Luft oder durch die flüssige, feste Nahrung in den Körper gelangt sein.

Kann sehr wohl entbehrt werden; wir können volles Vertrauen zu den Landesversicherungsanstalten haben. (Sehr richtig! bei der Volkspartei.)

Ministerialdirektor Caspar hält die Genehmigung der Aufsichtsbehörde für unbedenklich.

Abg. Dr. Wetthoff (Sp.): Der Zweck der Bestimmung ist lediglich die vorbeugende Krankenfürsorge einzuschränken. Ministerialdirektor Caspar bestreitet das.

Abg. Hoch (Soz.):

Dieser Behauptung gegenüber muß ich doch die Sache richtig stellen. Man hat in der Kommission gesagt, die Versicherungsanstalten geben zu viel aus für die Heilbehandlung, der Ministerialdirektor Caspar sagte sogar, die Leiter der Versicherungsanstalten lassen sich nicht aus sachlichen Gründen leiten, sondern wollen eine Rolle spielen und mit den Ausgaben für die Heilbehandlung prunken. (Lebhaftes Hört! hört! links.) Deshalb wurde in § 1841 auf Betreiben der Konservativen, hinter denen die Regierung sich versteckt, die Bestimmung angenommen, daß die Versicherungsanstalten nur 7 Prozent der Einnahmen für die Heilbehandlung ausgeben dürfen, bei Ueberschreitung bedürfen sie der Genehmigung. Und bei dieser skandalösen Bestimmung, welche die Versicherungsanstalten

unter Polizeiaufsicht

stellen sollte, hat das Zentrum mitgewirkt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Da diese Bestimmung sehr viel Unwillen erregte, wurde sie schließlich fallen gelassen, dafür aber bestimmt, daß die Aufsichtsbehörde den Voranschlag beanstandet, wenn er die Leistungsfähigkeit der Versicherungsanstalt zur Erfüllung der ihr obliegenden gesetzlichen Verpflichtungen gefährdet. Mit dieser Bestimmung will man eben auch wieder mustergemäß geleitete Anstalten unter Polizeiaufsicht stellen und auf das Niveau herabdrücken, das die unter dem Einfluß der Junker stehenden ostpreussischen Anstalten haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ministerialdirektor Caspar: Das Beanstandungsrecht, das im § 1841 schließlich angenommen ist, ist doch etwas anderes, als das Genehmigungsrecht, um das es sich hier bei § 1257a handelt.

Abg. Dr. Mugdan (Sp.): Hier handelt es sich um vorübergehende Krankenfürsorge, um Errichtung von Lungenheilstätten, Genußheimen usw., und da ist die Genehmigung der Aufsichtsbehörde überflüssig.

Abg. Hoch (Soz.):

Das Recht der Beanstandung ist so gut wie Genehmigungsrecht, denn die beanstandeten Summen werden nicht genehmigt und dürfen nicht ausgegeben werden.

Abg. Wiesberts (Z.): Das Zentrum hat seine Hand nicht geboten zu einer Einschränkung des Heilverfahrens, es handelt sich auch nicht um eine solche, sondern lediglich um eine gesetzliche Regelung derselben. (Rufen links.)

Abg. Hoch (Soz.):

Herr Wiesberts wird uns nicht einreden können, daß es sich um eine unschuldige Regelung handelt; denn den Anlaß gaben die Mienen der Herren von der Rechten, daß für die Heilbehandlung zu viel ausgegeben werde, und als der Antrag kam, es dürften nur 7 Proz. der Einnahmen für die Heilbehandlung ausgegeben werden, hat das Zentrum dafür den Ausschlag gegeben. (Hört! hört! links, Widerspruch im Zentrum.)

Abg. Wiesberts (Z.) sucht die Haltung des Zentrums in der Kommission zu rechtfertigen.

Abg. Dr. Mugdan (Sp.): Der § 1841, welcher der Aufsichtsbehörde das Beanstandungsrecht des Voranschlags der Versicherung gibt, wird wohl bestehen bleiben. Um so überflüssiger ist das Genehmigungsrecht der Aufsichtsbehörde in § 1257a. (Sehr richtig! bei der Volkspartei.)

Abg. Dr. Dige (Z.): Auch der schließlich fallen gelassene Antrag zu § 1841 sagte nicht, daß nur 7 Prozent für die Heilbehandlung ausgegeben werden dürfen, sondern nur das Mehr war an eine Genehmigung gebunden.

Abg. Hoch (Soz.):

Auch die Ausführungen des Vorredners haben den Vorwurf, den wir gegen die Haltung des Zentrums gerichtet haben, nicht entkräften können. Wir zweifeln durchaus nicht an den guten Willen der einzelnen Kollegen, etwa der Kollegen Dige und Wiesberts; aber nicht auf diesen guten Willen kommt es an, sondern auf den Wortlaut der Vorlage. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Becker-Arnsherg (Z.) sucht seine Haltung in der Kommission zu verteidigen. Er habe sich bemüht, statt 7 Proz. 10 Proz. zu setzen; dann habe er allerdings für die 7 Proz. gestimmt. Aber in dritter Lesung seien dann wesentlich auf sein Drängen hin die 7 Proz. fallen gelassen.

Abg. Dr. Mugdan (Sp.) weist auf den hohen Wert hin, den Dr. Bödiker stets auf den Ausbau des Heilverfahrens gelegt habe. Dr. Bödiker hat u. a. gesagt, was heute als Luxus bezeichnet wird, wird vielleicht in einem Jahrzehnt als Bedürfnis bezeichnet. Im Reichsamt des Innern oder hat sich eine Mitbestimmung gegen den wichtigen Zweig des Heilverfahrens, von dem hier die Rede ist, herausgebildet. Da das Reichsversicherungsamt vom Reichsamt des Innern abhängt, ist dieses schließlich die obere Aufsichtsbehörde und zu ihr haben wir allerdings kein unumschränktes Vertrauen. (Sehr richtig! links.)

Abg. Hegner (Sp.) wendet sich gegen den Abgeordneten Dige und hebt die Abneigung hervor, die in weiten Kreisen des Großgrundbesitzes gegen soziale Lasten herrsche.

Die Diskussion schließt. Persönlich bemerkt Abg. Behrens (Wirtsch. Gg.), er sei nicht, wie in der Diskussion behauptet worden sei, für den Kommissionsbeschluß zweiter Lesung eingetreten.

Abg. Hoch (persönlich): Aber er hat dafür gestimmt. Der Antrag ist abgelehnt. Zu § 1209 begründet

Abg. Gähre (Soz.)

einen Antrag, durch welchen für die der Zwangsversicherung Unterliegenden die Anwartschaft auf die Leistungen unter erleichterten Bedingungen (nach 200 Beitragsmarken statt 1000) wieder auflebt. Für die älteren Leute ist die Bestimmung der Vorlage sehr hart.

Abg. Dr. Wetthoff (Sp.) unterstützt den Antrag.

Der Antrag wird abgelehnt. § 1271 bestimmt den Reichszuschuß zu 50 M. für jede Alters-, Invaliden- und Witwenrente, zu 25 M. für jede Waisenrente, zu einmalig 50 M. für jedes Witwengeld und 10%, M. für jede Waisen-aussteuer.

Ein Antrag Albrecht (Soz.) will statt 50 sehen 80, statt 25 40 und statt 10%, 20.

Abg. Wollensbühr (Soz.):

Unser Antrag ist um so mehr gerechtfertigt, als sie nur der invaliden Witwe Rente zugebilligt haben. Jetzt hat die Witwe Anspruch auf Ersatz der Hälfte der Markten, die der Verstorbene gekostet hat, das wird im Durchschnitt 100 M. sein, zuweilen steigt es bis 190 Mark, das nehmen Sie der Witwe, angeblich um ihr eine Rente zu bezahlen; tatsächlich gewähren Sie aber die Rente

nur der ganz hilflosen invaliden Witwe.

Die von uns für den Reichszuschuß beantragten Sätze sind die 1902 und 1903 vom Zentrum verprochenen; diese muß das Zentrum annehmen, wenn es nicht vorübergehend werden will. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag wird abgelehnt. In § 1274 und den folgenden bis 1278 will ein Antrag Albrecht (Soz.) den Grundbetrag der Invalidenrente auf 80 M. festlegen, und die Leistungen der Versicherungsanstalten in den einzelnen Lohnklassen durchgängig gegenüber der Vorlage erhöhen.

Abg. Wollensbühr (Soz.):

Um zu Renten zu kommen, die einigermaßen erträglich sind, schlagen wir das System vor, das bis 1900 in Geltung war, einen

festen Grundbetrag von achtzig Mark, statt den nach 500 Beitragswochen berechneten und dann höhere Steigerungssätze, die wir nicht etwa aus der Luft gegriffen haben, sondern bei denen wir uns an das alte Gesetz angeschlossen haben. Natürlich muß denn auch eine Beitragserhöhung erfolgen, aber wir wollen in allen Lohnklassen für je 100 Mark Einkommen den gleichen Beitrag erheben. Gewisse Abminderungen haben wir vorgenommen, und deshalb kann hier und da auch die Zahl etwas anders gestaltet werden, aber es kommt und darauf an, daß in allen Klassen 100 M. Einkommen als das gleiche Versicherungsobjekt betrachtet werden. Hätte man die Versicherung in solcher Weise leistungsfähig von vornherein ausgebaut, so würde wahrscheinlich das Streben nach Sonderversicherungsanstalten gar nicht so stark hervortreten. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Wetthoff (Sp.) schließt sich den Ausführungen Wollensbührs an und befürwortet einen freisinnigen Antrag, die Kinderrente etwas zu erhöhen.

Abg. Wollensbühr (Soz.):

Die nächste Steuervorlage, die wahrscheinlich sehr bald kommen wird, wird wohl damit begründet werden, daß wegen des Reichszuschusses Geld für die Witwen- und Waisen da sein muß. Da muß man sich doch das einmal ansehen, was die Witwen und Waisen bekommen. Im Höchstfall bekommt eine Witwe 88,45 M.

und für das erste Kind 34,25 und für jedes weitere 5 M. Dabei spricht man von einer Witwen- und Waisenfürsorge. (Hört! hört!) Jede Armenverwaltung hält die zehnfachen Beträge für unbedingt notwendig.

(Sehr richtig!) Die sozialdemokratischen und der freisinnige Antrag werden abgelehnt.

Die §§ 1907, 1908 und 1909 berechtigen die Fabrik-, Seemanns-, Knappschichtklassen usw. die Invaliden-, Alters- und Hinterbliebenenunterstützungen, die sie ihren reichsgesetzlich versicherten Mitgliedern gewähren, um höchstens den Wert der reichsgesetzlichen Bezüge zu ermäßigen.

Abg. Schmidt-Verein (Soz.):

Wir beantragen prinzipiell die Streichung dieser Paragraphen; eventuell aber beantragen wir — wie die Kommission es ursprünglich beschlossen hatte (Hört! hört!) — nur den Wert der reichsgesetzlichen Bezüge abzüglich des Reichszuschusses in Abzug zu bringen. Wir bringen mit dieser unserer Forderung einen einstimmigen Wunsch der Bergarbeiter zum Ausdruck. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Die Anträge werden abgelehnt. § 1841 gibt der Aufsichtsbehörde das Recht, den Voranschlag der Versicherungsanstalt zu beanstanden, wenn er gegen Gesetz oder Satzung verstößt oder die Leistungsfähigkeit der Versicherungsanstalt zur Erfüllung der ihr obliegenden gesetzlichen Verpflichtungen gefährdet. Diese letztere Einschränkung ist erst von der Kommission beschlossen worden.

Abg. Wächner (Soz.):

Wir beantragen die Wiederherstellung der Regierungsvorlage. Die von der Kommission beschlossene Einschränkung gefährdet das erfreulicherweise weit ausgeübte Heilverfahren der Versicherungsanstalten. Dieses Heilverfahren würde die Aufsichtsbehörde natürlich beanstanden, weil es angeblich die Leistungsfähigkeit gefährdet. Dabei hat das Reichsversicherungsamt selbst anerkannt, daß das Heilverfahren nur dort zur Anwendung gekommen ist, wo es unbedingt notwendig war. Eine solche Bestimmung aber würde jedes Heilverfahren unmöglich machen. Gerade aber wegen der durch die Zollpolitik der Reichstagsmehrheit herbeigeführten

Unterernährung des Volkes

ist dieses Heilverfahren notwendig, um Rot und Glend von Tausenden von Familien fernzuhalten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) In einer Zeitschrift hat jüngst das Reichsversicherungsamt das Heilverfahren der Versicherungsanstalten ein

Ruhmesblatt deutscher Sozialpolitik

genannt. Und nun will man dieses Ruhmesblatt beseitigen! Herr Wächner legte gestern den größten Wert auf eine gute Heilbehandlung. Dann mag er für unseren Antrag stimmen, mit dem auch die Arbeitgeber in den Versicherungsanstalten sich einverstanden erklärt haben. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Wetthoff (Sp.): Die Kommission war bürokratischer als die Bureaucratie, die eine so weitgehende Einschränkung der Selbstverwaltung der Versicherungsanstalten nicht für notwendig gehalten hatte. Der Reichstag hat keine Veranlassung, der Aufsichtsbehörde mehr Befugnisse aufzuzwingen, als sie selbst haben wollte. Es ist nicht der Hauptzweck unserer Invalidenversicherung, Invalidenrenten zu zahlen. Diejenige Versicherungsanstalt ist die beste, die durch ein großzügiges Heilverfahren die Invaliditätsziffer möglichst vermindert.

Die namentliche Abstimmung wird bis Montag, 5 Uhr, ausgesetzt.

In den § 1842 beantragen die Sozialdemokraten die Förderung des Arbeiterwohnwesens ausdrücklich in das Arbeitsgebiet der Versicherungsanstalten aufzunehmen und die vorgeschriebene Genehmigung der Aufsichtsbehörde zur Verwendung von Mitteln hierfür zu streichen.

Abg. Brähne (Soz.)

begründet den Antrag unter Hinweis auf das herrschende Wohnungselend.

Der Antrag wird abgelehnt. § 1945 gibt dem Bundesrat die Befugnis, auf Antrag der zuständigen Stelle zu bestimmen, welche Anstalten des Reichs, eines Bundesstaates oder eines Gemeindeverbandes als Sonderanstalten zugelassen werden und von welchem Zeitpunkt an.

Abg. Wollensbühr (Soz.):

Diese Fassung schließt nicht aus, daß auch neue Sonderanstalten zugelassen werden. Wir beantragen, Sonderanstalten, wo sie bestehen, bestehen zu lassen, aber neuen Sonderanstalten die Genehmigung zu versagen.

Der Antrag wird abgelehnt. § 1458 handelt von der freiwilligen Zusatzversicherung. Wer eine Zusatzmarke kauft, erwidert den Anspruch auf Zusatzrente, aber nur wenn er invalide wird.

Abg. Dr. Mugdan (Sp.): Also nur, wer das Glück hat, invalide zu werden, bekommt die Zusatzrente. Das kann doch nicht die Absicht des Gesetzgebers sein. Wir beantragen daher, die Zusatzrente auch den Personen zu gewähren, die in den Besitz der Altersrente gelangt sind. Sonst stehen sich ja die Leute, die dieses Geld auf die Sparkasse tragen, besser als die Zusatzversicherten, denn sie bekommen ihr Geld mit Zinsen jederzeit wieder, auch wenn sie gesund bleiben. Ich halte von der ganzen Zusatzversicherung nichts. Aber nehmen Sie wenigstens unseren Verbesserungsantrag an.

Abg. Wollensbühr (Soz.):

Von der Zusatzmarke wird ja praktisch so gut wie gar kein Gebrauch gemacht werden. Die Zusatzversicherung hat nur dann einen Zweck, wenn früh mit Ableben angefangen wird. Gerade in der Jugend aber kann nur selten gespart werden. Die Regierung sieht in der Zusatzversicherung wohl nur eine gute Einkommensquelle. Wenn man den Arbeitern wirklich nützen will, muß die höhere Rente in allen Bezügen, nicht nur in der Invalidenrente, in die Erscheinung treten. So wird die Zusatzversicherung lediglich auf dem Papier stehen bleiben.

Der Antrag wird abgelehnt. Das 4. Buch (Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung) ist damit erledigt. Es folgt das 5. Buch:

Beziehungen der Versicherungsträger zu einander und zu anderen Verpflichteten.

Die Kommission hat einen neuen § 1401 a beschlossen, der der Kasse das Recht gibt, daß bei einer Krankheit, die die Folge eines Unfalles ist, Krankengeld nur soweit zu gewähren ist, als es den Betrag der Unfallrente übersteigt.

Abg. Schmidt-Verein (Soz.):

Wir beantragen, diese Verschlechterung zu streichen. Der Begriff der Erwerbsfähigkeit in der Unfallversicherung bezieht sich auf den gleichen Begriff in der Krankenversicherung. Es würde also zu Ungleichheiten und unbilligen Härten bei der Aufrechnung der Renten kommen. Das 5. Buch, das gerade die Härte und beste Fassung ist, würde durch diesen Antrag nur kompliziert. Der Paragraph verdient seine Entziehung dem Grafen Westarp, der ängstlich darüber wacht, daß nur ja der Arbeiter eine möglichst niedrige Rente bekommt. Der Kranke hat für beide Versicherungszweige seine Beiträge bezahlt. Wenn er das Geld hat, umfolge eines Unfalles zu erkranken, dann hat er erhöhte Aufwendungen zu machen und kann die künftigen Renten gut brauchen. Streichen Sie den reaktionären Paragraphen. (Waboi! bei den Sozialdemokraten.)

Die Streichung wird abgelehnt. Der Rest des 5. Buches wird debattelos erledigt. Auf Antrag Bebel (Soz.) tritt Vertagung ein. Nächste Sitzung: Montag, 12 Uhr. (Fortsetzung. Handelsvertrag mit Schweden, kleinere Vorlagen.) Schluß 4 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

81. Sitzung vom 20. Mai, vormittags 10 Uhr. Am Ministerische: v. Dallwitz, v. Schorlemer.

Die gestern abgeleiteten Abstimmungen über das Feuerbestattungsgesetz

werden zunächst vorgenommen. Der Antrag Müllers-Hobenz (Z.) zum § 3 (Zweitritt) Mehrheit der Gemeindeförperschaften bei Genehmigung der Feuerbestattung wird mit den Stimmen des Zentrums, der Polen und der Mehrheit der Konservativen angenommen. Der so abgeänderte § 3 wird angenommen.

Präs. v. Krosigk: Wir mühten jetzt eine kleine Pause zur Verteilung der Beschlüsse machen, wenn nicht allseitig auf die Verteilung verzichtet wird.

Abg. Hoffmann (Soz.): Wir verzichten nicht auf die Verteilung. (Heiterkeit.)

Zur Gesamtabstimmung zieht Abg. Borck (Z.) seinen Antrag auf namentliche Abstimmung zurück. Abg. Fischbed (Sp.) nimmt den Antrag wieder auf.

In namentlicher Abstimmung wird die Vorlage mit 156 gegen 155 Stimmen angenommen. Gegen die Vorlage stimmen das Zentrum, die Polen, der größte Teil der Konservativen und einige Freikonservative.

Das Ergebnis der Abstimmung wird von der Linken mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Die Unruhe legt sich erst nach wiederholten Mahnungen des Präsidenten v. Krosigk zur Ruhe.

Die Beratung der Denkschrift über die Ausführung des Ansiedelungsgesetzes

wird fortgesetzt. Abg. v. Wenkel (Z.) polemisiert gegen die Ausführungen des Abg. v. Traumpetzki. Der preussische Staat würde sich selbst aufgeben, wenn er die von dem polnischen Redner gestellten Bedingungen erfüllen wollte. An die deutschen Besitzer werden für Arbeiteranstellungen von den Behörden sehr hohe Anforderungen gestellt. Trotzdem geschieht hier noch zu wenig. Wir mühten dahin kommen, daß prinzipiell nur deutsche Arbeiter beschäftigt werden; aber alle diese Maßregeln werden nur dann von Erfolg sein, wenn es der Landwirtschaft gut geht. Dessen Sie uns, den polnischen Boykott zu brechen. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. v. Dewitz (H.): Die Kolonisierung der Arbeiter muß im großen betrieblichen werden. Mindestens 50 Arbeiter sollten immer auf einem Hektar angesiedelt werden. Auch großstädtische Arbeiter würden gern zur Ostmark gehen, wenn sie dort nur Beschäftigung erhielten. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Friedberg (natl.): Die scharfe persönliche Kritik, die sich der Minister gegen meinen Freund Wenzel wandte, beweist, daß er während seiner kurzen Ministerialtätigkeit schon gelernt hat, daß hier die Rechte anders behandelt wird als die Linke, denn Abgeordneter v. Heydebrand hat doch auch recht scharfe Wendungen gebraucht, ohne daß ihm so entgegengetreten wurde. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Herr v. Heydebrand hat in den Ausführungen des Ministers ebenso den warmen Ton vermehrt wie wir. Wir haben den Eindruck, daß der Minister sich in der Rolle eines Mannes befindet, der die ihm übertragene Arbeit zwar pflichtgemäß erledigt, aber doch mit innerem Widerstreben. Wir hätten auch gewünscht, daß bei der Erörterung der so wichtigen Verhandlung in der Polenpolitik der Ministerpräsident anwesend ist. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Minister v. Schorlemer: Wenn auch der Vorredner wieder von einer Verhandlung in der Polenpolitik gesprochen und im Anschluß daran die Abwesenheit des Ministerpräsidenten bebauert hat, so kann ich ihn beruhigen. Der Ministerpräsident ist lediglich deshalb nicht erschienen, weil er der Ansicht war, daß bei dem festhalten am alten Kurse es auch völlig genügt, wenn der zunächst beteiligte Ressortminister die Denkschrift hier im Hause vertritt. Was meine Bemerkung über die Beamtenmitglieder des Ostmarkenvereins betrifft, so bin ich der letzte, der den Beamten die Freiheit ihrer politischen Tätigkeit nehmen möchte; aber ich gehe von der Voraussetzung aus, daß in der preussischen Beamtenenschaft ein Geist herrscht, der es unangenehm empfindet, wenn die den Beamten vorgelegte Behörde in unschöner und verleumderischer Weise angegriffen wird. Man kann der Regierung nicht ein Anweichen von dem bewährten Kurse des Fürsten Bismarck vorwerfen. Die „Leipz. Neuesten Nachrichten“ haben sich in letzter Zeit als Organ des Ostmarkenvereins aufgespielt und sich Ueber-treibungen geleistet, denen gegenüber man wieder auf die realen Tatsachen verweisen mußte. In meinen Ausführungen ist der warme Ton vermehrt worden. Wenn ich sachlicher sprach als sonst, so war ich dazu veranlaßt, weil ich aus den vielen Ueberschreibungen und Zuschriften sah, daß der Vorschlag vielfach auf 42 heraufgegangen war. Da wollte ich ihn durch fähige, sachliche Ausführungen wieder auf 37,5 herabsetzen. (Beifall.)

Ein Antrag v. Pappenheim (L.) auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen wird die Denkschrift durch Kenntnisnahme erledigt.

Es folgt die Beratung des Antrages der Budgetkommission, betz. die Lage der staatlichen Bergwerke.

Abg. Girsch-Essen (natl.) empfiehlt als Berichterstatter namens der Kommission die Annahme einer Entschädigung, in der die Regierung erkrankt wird, Maßnahmen zu treffen, um den Mangel in den Verhältnissen der höheren und mittleren Beamten und der Arbeiter abzuwehren. Hierbei soll besonders geprüft werden, ob bis von der Bergverwaltung im Saarrevier befolgte Lohnpolitik aufrechterhalten werden kann, ob eine Betriebsverbilligung durch Herabsetzung der Materialkosten und Hebung der durchschnittlichen Förderleistungen herbeigeführt werden kann und ob die Staatsbergwerke sich am Rheinisch-Westfälischen Kohlen-syndikat beteiligen können. Ferner soll die Regierung für eine überstichtliche Aufstellung des Staats Bergwerks getragen und dem Landtag jeweils einen Einblick in die Lage des staatlichen Bergbaues ermöglichen.

Abg. v. Pappenheim (L.): Die Denkschrift ist eine fleißige Arbeit, unsere Vorschläge wollen nur die Finanzen auf gesunde

Grundlage stellen. Die Volkswirtschaftlichen und sozialpolitischen Aufgaben haben die Betriebsverhältnisse der staatlichen Bergwerke wesentlich herabgesetzt. Auch die Privatindustrie hat für die sozialpolitischen Zwecke weit über ihre gesetzlichen Aufgaben hinaus gegeben gemacht und Einrichtungen getroffen. Aber all das begründet nicht das Herabgeben der Entlohnung. Die Einzelleistung geht herunter. (Hört! rechts.) An den Umständen ist das hohe Haus selbst mitschuldig. (Sehr richtig!) Wir haben zu viele Beamtenstellen geschaffen, zu viele nur vertragsmäßig beschäftigte mittlere Beamte dauernd angestellt. Wir haben auch manchmal zu sehr die Regierung in Arbeiterfragen gedrängt, namentlich zur Gleichmachelei von Löhnen ohne Rücksicht auf Leistungen im Saarrevier. (Hört! hört!) Wir müssen von der Privatindustrie lernen, und nicht von theoretischen oder gar übertriebenen humanitären Rücksichten

leiten zu lassen. So werden wir zu der nötigen Ruhe kommen. (Zuruf des Abg. Hoffmann (Soz.): Ruhe?) Natürlich, Sie leben ja von der Unruhe! (Beifall rechts. — Zurufe der Soz.: Und Sie von der Kirchhofsrue!) Sie wollen nicht das Wohl des Staates, sondern den Umsturz, Sie wollen nicht Ruhe, sondern Unruhe, von der Sie leben. (Sehr gut! rechts. Lachen v. d. Soz.) Wir erhalten eine Erneuerung des Kohlenhandikats für sehr wünschenswert. (Beifall rechts.)

Minister Erdow: Die Resolution verlangt eine stetige Preispolitik der staatlichen Bergwerke, die sich den jeweiligen Verhältnissen anpaßt. Damit bin ich einverstanden; nach diesem Grundsatze ist auch bisher verfahren worden. In Oberschlesien hat der Preis der Kohlenkonvention sich angegeschlossen mit dem Vorbehalt, daß er austreten könne, wenn er mit der Preispolitik der Konvention nicht mehr übereinstimme. Im Saarrevier hat der Preis schon früher ausgetreten, um sich einer Konvention anzuschließen. Es ist nicht gelungen, zur Liebe kann man niemand zwingen. Im Ruhrrevier bestand schon das Kohlenhandikat; der Preis mußte zunächst freie Hand haben, um sich ein Abgabegbiet zu schaffen. Ueber die Frage des Anschlusses der staatlichen Werke an das Kohlenhandikat habe ich mit dem Finanzminister erst Rücksprache genommen, und ich kann nun im Auftrage des Staatsministers folgende Erklärung abgeben: Das Rheinisch-Westfälische Kohlenhandikat, dessen Erneuerung von 1915 ab in Frage steht, ist seinerzeit geschaffen worden, um den schlimmsten Umständen ein Ende zu bereiten, die sich Ende der siebziger und achtziger Jahre ergeben haben. Es steht zu befürchten, daß ein Zusammenbruch des Kohlenhandikats einen Kampf aller gegen alle herbeiführt und dadurch Verhältnisse schafft, die nicht nur die Wirtschaftlichkeit der Werke, sondern auch die Lohn- und Beschäftigungsverhältnisse der Arbeiter nachteilig beeinflussen und zu schweren wirtschaftlichen und sozialen Erschütterungen führen würde. Die Regierung muß aus diesen Gründen die Erneuerung des Handikats im allgemeinen-wirtschaftlichen Interesse für wünschenswert erachten, doch nur mit der Maßgabe, daß dabei die Verbraucher gegen eine zu starke Ausnutzung der einer so starken Organisation beizuhaltenden Macht geschützt werden. Sollte der Regierung von den Beteiligten der Wunsch unterbreitet werden, mit ihren wirtschaftlichen Forderungen sich dem Handikat anzuschließen, so wird sie bereit sein, dem näher zu treten. Dabei wird von Bedeutung sein, ob das Handikat gewillt und in der Lage ist, dem Staat nicht nur angemessene Bedingungen für seine Beteiligung zu gewähren, sondern ihm auch eine Gewähr für eine hinreichende Sicherstellung der Interessen der Allgemeinheit zu bieten. (Beifall.)

Oberbergshauptmann v. Böhlen sucht in längeren Darlegungen nachzuweisen, daß der Rückgang der Ueberschüsse nicht zurückzuführen sei auf die Beamten- und Arbeiterverhältnisse, sondern in der natürlichen allgemeinen Entwicklung der Verhältnisse im Bergbau begründet sei. Die Gleichmachelei der Löhne könne man am allermeisten für die Entwicklung der Verhältnisse verantwortlich machen; eher sei eine Aufbesserung der Löhne und Gehälter am Platze. Unter Berücksichtigung der tatsächlich bestehenden Verhältnisse könne man die Erträge der Staatsbergwerke im Ruhrrevier nicht so ungünstig beurteilen. (Beifall.)

Abg. Bruh (S.): Aus dem Resultat der Kommissionsverhandlungen geht für den Kenner der Verhältnisse hervor, daß ein gewisser Kampf von den Vertretern des Privatbergbaues gegen die Staatsbergwerke geführt worden ist, in dem die Bergvernochtung sich allerdings tüchtig zur Wehr gesetzt hat und vielfach auch mit gutem Erfolge. Die Resolution der Kommission ist sehr allgemein gehalten, sie geht aber von der Voraussetzung aus, daß der Rückgang der Ueberschüsse auf die Arbeiter- und Beamtenverhältnisse zurückzuführen sei. Der Oberbergshauptmann hat nun jedoch überzeugend nachgewiesen, daß diese Voraussetzung nicht zutrifft. Aus seinen Ausführungen geht nicht hervor, daß er den Wünschen der Kommission Rechnung tragen und wieder die vertragliche Anstellung der mittleren Beamten einführen will. Ich hege aber noch den mit aus dem Saarrevier gewonnenen Mittelungen die Befürchtung, daß dort dennoch die Absicht besteht, solche Maßnahmen zu ergreifen. Ramens meiner politischen Freunde muß ich erklären, daß wir ein solches Vorgehen der Bergverwaltung nicht billigen würden. Wir sind damit einverstanden, daß die höheren Grubenbeamten durch Gratifikationen mehr an den Betrieb gefesselt werden, wir müssen aber verlangen, daß diese Beamten auch ihre ganze Arbeitskraft nur den Staatsbergwerken widmen und nicht, wie das jetzt oft geschieht, auf die

Ausarbeitung von Gutachten für Privatbergwerke und auf andere Privatarbeiten sehr viel Zeit verwenden. Wir wünschen auch, daß nicht mehr höhere Grubenbeamte angestellt werden als nötig sind. Es sollte auch für ein besseres Verhältnis zwischen den höheren und mittleren Beamten gesorgt werden. Der sogenannte Assessorat ist bei den heutigen Verhältnissen im Bergbau nicht mehr am Platze. (Sehr richtig!) Es ist nicht angebracht, wenn ein alter mittlerer Bergbeamter vor einem jungen Assessor die Hacken zusammenlagern muß. Nirgends mehr als im Bergbau ist ein kameradschaftliches Zusammenarbeiten der höheren mit den mittleren Beamten und Arbeitern notwendig. (Beifall.) Hinsichtlich der Preispolitik schließe ich mich der Resolution an. Wenn die Kommission den Beitritt zum Kohlenhandikat eventuell empfiehlt, so unterstützen wir diesen Wunsch mit dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß die Interessen der Allgemeinheit dabei ausreichend gewahrt werden. (Beifall im Zentrum.) Das Haus vertagt sich.

Präsident v. Arden: Die Berechnung der heutigen Abstimmung über das Feuerbestattungsgesetz hat der rechnerischen Nachprüfung nicht standgehalten. (Bewegung.) Es wurden abgegeben 155 Stimmen gegen und 157 (nicht 156) Stimmen für das Gesetz. Die Mehrheit für das Gesetz hat sich also um 100 Proz. vermehrt. (Große Beifall.)

Zur Geschäftsordnung empfiehlt Abg. Freih. v. Zedlitz (N.) im Namen der Mehrheit, mit Rücksicht auf den Arbeitsplan des Herrenhauses den Dienstag für die Kommissionen freizulassen und für den Fall, daß die Sekundärbahnvorlage an einem Tage erledigt wird, die Ferien in die Zeit vom 31. Mai bis 16. Juni zu legen.

Präsident v. Arden erklärt sich damit einverstanden. Nächste Sitzung: Montag, 11 Uhr. (Fortsetzung der Beratung über die Lage im Bergbau. Erste Lesung des Außenhaltungsgesetzes.)

Schluß der Sitzung: 4 1/2 Uhr.

Gerichts-Zeitung.

Sittlichkeitsverbrechen auf dem Bornstedter Feld.

Vor der Potsdamer Strafkammer wurde sich gestern der am 20. Januar 1891 geborene Photograph Bild Giesbacht aus Potsdam wegen Sittlichkeitsverbrechen verantworten. G. hielt sich im März und April in der Nähe des Bornstedter Feldes auf. Spielende Knaben lockte er durch Süßigkeiten an sich heran. Er entleerte dann die Kinder und verging sich an ihnen im strafrechtlichen Sinn der §§ 175 und 176. Die Anklage legt ihm drei Fälle an 6 bis 8 Jahre alten Knaben zur Last. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. In der Beweisaufnahme konnten durch das Geständnis des Angeklagten nur 2 Fälle für erwiesen erachtet werden. G. wurde wegen Vergehens gegen §§ 175 und 176 III zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt. Vier Wochen wurden als Verbüßt auf die Untersuchungshaft angerechnet.

Der seltene Fall einer Wiederaufnahme des Verfahrens in einer Privatklage.

Beschäftigte das Schöffengericht Berlin-Schöneberg. Der Magistratebeamte S. in Charlottenburg und dessen Ehefrau hatten den Stadtreisenden Leo Granth wegen Verleumdung verklagt. Der Angeklagte, der mit dem häßlichen Ehepaar bekannt war, hat in der Wohnung des Klägers wiederholt Besuche abgestattet zu einer Zeit, wo er wußte, daß der Kläger im Bureau war. Die Klägerin komplimentierte ihn immer mit dem unternehmenden Ausdruck ihres Mißbehagens hinaus, und der Ehemann nahm schließlich Veranlassung, dem S. in aller Form solche Besuche in seiner Abwesenheit zu untersagen. Nun trieb sich der Angeklagte fast täglich auf den Treppen des Hauses herum und wartete auf einen günstigen Augenblick, wo er vielleicht die Gestalt der von ihm offenbar verehrten Frau erblicken könnte. Einmal schlich er sich, als die Klägerin mit Reimigen ihrer Turteltaube beschäftigt war, in die Wohnung, betourte der Frau seine Liebe, wurde aber energisch hinausgewiesen. Nun schrieb der Angeklagte an die Klägerin einen Brief, der diese schwer beleidigte, da er behauptete, daß sie geschlechtlich mit ihm verkehrt habe. Die darauf angestregte Verleumdungsklage endete mit einem Vergleich, da der Angeklagte seine beleidigende Behauptung als unwahr juridisch, förmlich Abbitte leistete und versprach, sich in der Folge aller Verleumdungen zu enthalten. Trotzdem richtete der Angeklagte bald wieder einen von Verleumdungen strotzenden Brief an die Klägerin, die von einer Strafverfolgung aber absehen, da Kosten von dem Beschuldigten nicht beizutreiben sind. Als aber dann noch ein Brief mit höchst beleidigenden Behauptungen über das Leben und Treiben der Ehefrau eintraf und dem Ehemann gedroht wurde, daß seiner vorgelegten Behörde entsprechende Mitteilungen gemacht werden würden, erhoben die Ehen Eheleute abermals die Privatklage. Der Angeklagte wurde dem Schöffengericht zu 3 Monaten Gefängnis rechtskräftig verurteilt. Dem Verurteilten wurde alsdann zweimal Strafausschub wegen Erkrankung bewilligt. Das ganze ungewöhnliche Verhalten des Angeklagten gab inzwischen dem Rechtsanwalt Dr. Werthauer Veranlassung, den Spezialrat Dr. Abraham in Charlottenburg zu ersuchen, sich mit dem Geisteszustand des Angeklagten zu beschäftigen, da dieser zweifellos zur Zeit, als er die beleidigenden Briefe schrieb, sich in einem Zustande der Geistesgestörttheit befunden haben müsse. Die Untersuchung des

Arztes ergab dann, daß er infolge sexueller Triebe von einer fixen Idee beherrscht war und all sein Denken und Handeln, welches mit dieser Sache in Verbindung steht, von einer krankhaften Wahnidee beeinflusst war. Auf Grund des Gutachtens des Dr. Abraham beantragte Rechtsanwalt Dr. Werthauer die Wiederaufnahme des Verfahrens, und diesem Antrage wurde auch stattgegeben. In der neuen Verhandlung gab Dr. Abraham sein Gutachten dahin ab, daß bei dem Angeklagten zur Zeit der infrimierten Handlungen eine krankhafte Störung der Geistestätigkeit im Sinne des § 51 des Strafgesetzbuches bestanden habe. Rechtsanwält Dr. Hoffmann hatte Zweifel daran, ob man dies feststellen könne. — Das Gericht sprach den Angeklagten unter Anwendung des § 51 des Strafgesetzbuches frei.

Die für Automobilisten wichtige Frage der Geschwindigkeits-Schätzung durch Polizeibeamte

wurde in einer Verhandlung vor der 8. Strafkammer des Landgerichts I in einer recht eigenartigen Weise beleuchtet. Angeklagt war ein Kaufmann Pollak wegen Uebertretung der Verordnung betreffend den Verkehr mit Kraftfahrzeugen. Gegen den Angeklagten war von der Polizei ein Strafmandat über 30 Mark erlassen worden, weil er eines Tages in der Straße Mi-Moabit mit seinem Automobil übermäßig schnell gefahren sein soll. Dies wurde in der ersten Verhandlung vor dem Schöffengericht von zwei Schuppleuten unter dem Zeugeneid bestritten. Die beiden Beamten hatten sich in einer Entfernung von 200 Metern aufgestellt und mit ihren Stoppuhren nach ihren Angaben festgestellt, daß der Angeklagte ein Tempo von 31 Kilometern pro Stunde gefahren war. Der Widerspruch gegen das Strafmandat wurde deshalb vom Schöffengericht verworfen. Gegen dieses Urteil legte B. Berufung ein. Vor der Strafkammer blieben die beiden Schuppleute dabei, daß der Angeklagte ein Tempo von 31 Kilometern gefahren war. Eine kleine Ueberschätzung gab es jedoch, als der vom Rechtsanwalt Freh Loewe geladene gerichtliche Sachverständige erklärte, daß der von dem Angeklagten benutzte neun Jahre alte Clement-Bayard-Wagen allerhöchstens ein Stunden tempo von 19 bis 21 Kilometern zu laufen imstande sei. Es sei völlig ausgeschlossen, daß dieser Wagen ein Tempo von 31 Kilometern laufen könne. — Das Gericht kam auf Grund dieses Gutachtens zu der Uebersetzung, daß auf Seiten der Schuppleute ein grober Irrtum vorliegen müsse. Der Angeklagte wurde deshalb auf Kosten der Staatskasse freigesprochen.

Die Millionenwechsel des Prinzen von Braganza.

Das Reichsgericht hat die Revision des Bergwerksdirektors Leslie-Clarke verworfen, der am 7. Februar vom Landgericht I Berlin wegen Betrugsverruchs zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden war, weil er versucht hatte, die wertlosen Millionenwechsel des Prinzen von Braganza unterzubringen.

Sophilitropfen hatte der Drogist Arthur Herrmann in Berlin in Flaschen zu 8 M. verkauft und dabei den Gläubigern erwidert, sie könnten die Sophilis heilen. Die Tropfen bestanden nur aus verdünntem Wacholderbeerfahst, der in den Apotheken nur etwa 2/70 Mark kostet. Die Tropfen wirkten nur barm- und schweißtreibend, also blutreinigend, und können nicht als Heilmittel, sondern nur als Lindermittel angesehen werden. Herrmann ist am 2. März vom Landgericht I in Berlin wegen unlauteren Wettbewerbs und Betruges zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Seine Revision wurde vom Reichsgerichte verworfen.

Aus der Frauenbewegung. Lesabende.

- Erster Kreis. Montag, den 22. Mai, bei Weidmann, Grünstr. 21. Vortrag: „Militarismus“.
- Pankow. Montag, den 22. Mai, 8 1/2 Uhr, bei Großfurt Nachfolger, Berliner Straße 27. Vortrag des Genossen Hermann Besser. Rezitationen und Erläuterungen aus der neuen Gedichtsammlung: „Von unten auf“.
- Niederschöneweide. Dienstag, den 23. Mai, beim Genossen Bengisch, Briper Straße 17.
- Stralau. Der Lesabend im Mai fällt umständehalber aus; im Monat Juni spricht Genosse Dr. Moses über „Fritz Reuter“.
- Treptow. Montag, den 22. Mai, 8 1/2 Uhr, bei Karl Kaiser, Gröbstr. 28. Baumshulenburg. Montag, den 22. Mai, abends 7 1/2 Uhr, Ernststraße 22, Stfl. p. Vortrag des Genossen Jahn über „Die Frauen und der Militarismus“.
- Triebenau. Montag, den 22. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Redelle, Handwerkerstr. 60/61. Diskussion über den Vortrag der Genossin Wöhm-Schuch über „Sexuelle Aufklärung“. Die Wöfchüre von Luise Fiebig: „Mutter und Säuglingsfürsorge“ gelangt zur Verteilung.
- Friedrichshagen. Montag, den 22. Mai, 8 1/2 Uhr, im Jugendheim, Wilhelmstr. 74, Hof v. rechts. Vortrag des Gen. A. Baumeister.
- Reinickendorf-Bsch. Dienstag, den 23. Mai, 8 1/2 Uhr, bei Felschom, Schillingstraße. Vortrag der Genossin Fiebig.
- Weißensee. Montag, den 22. Mai, 9 Uhr, im Lokal des Genossen Feufert, Berliner Allee 251.



Leiser

Zentrale und Versand: Oranienstraße 34
 Tauentzienstraße 20 Oranienstraße 34
 Königstraße 31 Rixdorf, Bergstr. 7-8
 Oranienstraße 47a Müllerstraße 3a
 Bedeutend vergrößert: Leipziger Straße 65

Hervorragende Eigenschaften

unserer Schuhwaren sind:
Feinster Geschmack — Vorzügliche Paßform — Größte Preiswürdigkeit

Tonangebende Halbschuhe und Stiefel-Modelle für Damen

in braun, beige, grau sowie Lack-Chevreau- und Sämisch-Leder
 in den verschiedenartigsten Kombinationen.

Elegante Herren-Halbschuhe und Promenaden-Stiefel

letzte Formen und Farben

Jagd-, Reit- und Bergstiefel

erstklassige Fabrikate

Leinen-Schuhe und -Stiefel

für Herren, Damen und Kinder, in braun, beige, grau, weiß, außerordentlich preiswert.

Neuheiten in Kinderstiefeln

in großer Auswahl zu überraschend billigen Preisen

Lasting-Schuhe und Stiefel

Sandalen, vorschrittsmäßige Turnschuhe sowie Sportschuhe jeder Art.

Unübertroffene Leistungsfähigkeit für modernste Herren- und Damenstiefel in schwarz und farbig
 in den Preislagen:

7.90 10.50 12.50 15.50



A. WERTHEIM



G. M. B. H.

LEIPZIGER STR. 132-37 am Leipziger Platz

ROSENTHALER STR.

ORANIEN-STRASSE

Montag Dienstag **Extra-Preise** Montag Dienstag

Damen-Konfektion

Voile-Blusen mit Seide, halsfrei und mit Kragen, gefüttert 9.75
 Alpaka-Blusen gestreift, mit Passe, gefüttert 3.90, 4.90
 Jabot-Blusen aus gepunktem Mull 7.75
 Point lace-Blusen 2.90, 3.50, 4.25

ca. 12000 Waschblusen
 Kimonofasson, in den neuesten Ausführungen
 Serie I 3.90 Serie II 4.75 Serie III 5.90

Seid. Kimonoblusen in einfarbigen und gestreiften Stoffen . . . 5.50, 6.75
 Wasch-Voile-Blusen farbig, mit weiss-schwarzer Garnierung, elegante Form 13.50
 Jabot-Bluse aus Voile, mit farbigem Paspel und Krawatte . . . 13.50

Jacken-Kleid aus Halbleinen, mit gestreifter oder einfacher Garnitur 10.50
 Jacken-Kleid aus Halbleinen, mit Spitze od. Foulard garniert 15.00
 Matinee aus bedrucktem Baumwoll-Musselin, Geishaform, mit einfarbigen Blenden und Paspel 2.50

Stickerei-Kleid mit Sämnchen-Passe und mit Einsätzen oder merzerisiertem Batist und Einsätzen
 Ser. I 16.00 Ser. II 22.00

Stickerei-Kleid mit weissem Batist und Einsatz oder merzerisiertem Batist . . . 11.00
 Kleid aus bedrucktem Woll-Musselin, mit Rips und Seide garniert 25.00
 Morgenrock aus bedrucktem Satin, mod. Sackform, mit einfarbigen Blenden und Knöpfen 9.50

Kleiderstoffe

Seidenstoffe

Waschstoffe

Pekinstreifen weiss-schwarz, 100 cm breit 1.35
 Wollbatist moderne Farben, 110 cm breit 1.60
 Wollbatist zweifarbig, gestreift und kariert 1.75
 Crêpons französisch, in leuchtenden Farben, 110 cm breit 2.40
 Voile weiss-schwarz gestreift, 110 cm breit 2.75

Lyoner Japons bedruckt, ca. 60 cm breit 1.00
 Chines. Schantung-Seide 1.25
 Einfarbige Rips-Messaline 1.75
 Bedruckte Foulards 2.25
 Lyoner Twill und Peau de sole ca. 110 cm breit 2.75

Gestreifte Blusen-Zephrs Mtr. 35 Pf.
 Orig. Wiener Zephrs ca. 80 cm breit . Mtr. 70 Pf.
 Japan. Wasch-Krepons Mtr. 80 Pf.
 Foulardine bedruckt, Seiden-Imitation Mtr. 85 Pf.
 Bedruckte engl. Voiles Mtr. 90 Pf.

Einfarbige engl. Kleider-Ripse 85 Pf., 1.25
 mit seidenartigem Glanz, in den neuesten Farben, ca. 70 bis 80 cm breit Mtr.

Reichtum

ist Macht, aber Schönheit noch mehr, letztere verleiht ein zartes, reines Gesicht, rosiges, jugendfrisches Aussehen und blendend schöner Teint. Alles dies erzeugt die allein echte

Steckenpferd-Littemilch-Seife

von Bergmann & Co., Madedeuf, à St. 50 Pf. Ferner macht der Cream „Daba“ (Littemilch-Cream) rote u. spröde Haut in einer Nacht weiß u. sammetweich. Tube 50 Pf

Die Harnleiden ihre Gefahren, Verhütung und Beseitigung von
Dr. med. Schaper,
 BERLIN — Preis 1 Mark.
 7100 Tausend.
 Verlag Max Richter Frankfurt, Oder Buschmühlweg.

Mahlsdorf,
 Cu. R. von 8 W. an. 20 W. -Jahrt.
 J. Rieger, Gontardstr. 5.

Gardinenhaus
 Bernhard
 Schwarz

Gardinen-
 Fabrik

Wallstr. 13.
 Gardinen, Portieren
 Lüllbedecken u.

Teppiche
 von seltener Schönheit
 u. Preiswürdigkeit.

Felle, Läuferstoffe, Diwan-,
 Tisch- u. Steppdecken,
 Gobelin u. u.

Artikel für
Kinder-, Sommer- und Vereinsteste!
 Zoglaternen, Stocklaternen etc.
 Ballonlaternen, Girlanden etc.
 Artikel f. Tombola, Artikel f. Laubkolonien.
 Verlangen Sie Sommerkatalog 1911.
 Billigste Bezugsquelle! Riesenauswahl!
Versandhaus M. Liemann
 Berlin C. 25, Pronzauer Straße 46 V.

Reinigt Euer Blut im Frühjahr!
 Viele Krankheiten haben ihren Ursprung im unreinen Blut, deshalb reinige man sein Blut mit **Reichels Wacholder-Extrakt „Medico“**
 einem vielseitig anerkannten, natürlichen Blutreinigungsmittel von speziell harntreibenden, Unreinigkeiten ausschließenden Eigenschaften. Er wirkt, die Natur unterstützend, nach vielen Richtungen hin auf die inneren Organe in wohltätiger, erleichternder Weise ein und überzeugt man sich selbst durch einen Versuch von der vielseitigen Wirkung. Niemals ausgetwogen, garantiert rein und frisch, und nur in Originalpackungen mit Marke „Medico“ à R. 0.75, 1.50 und 2.50. In den meisten Drogerien, auch Apotheken erhältlich, wo nicht, zu beziehen durch
Otto Reichel, Eisenbahnstr. 4, F-Anschlüsse
 Berlin 43, IV 4751, 4752, 4753.
 Man verlange aber ausdrücklich Marke „Medico“ und nehme feineschüssig andere Füllungen.

W. Kube's Festsäle früher Feuerstein

Alte Jakobstr. 75. Fernsprecher Amt 1 No. 867.
 Empfehle meine Säle zu Versammlungen und Festlichkeiten. Braut-
 nocker Garten mit Bühne zu Sommerfesten. Einige Sonnabende und
 Sonntage noch frei.

„Iduna“

Lebens-, Pensions- u. Leibrenten-Versicherungsgesellschaft A.-G.
 zu Halle a. S.

— Gegründet 1854 —

— Gegründet 1854 —

Geschäftsstand Mai 1911:

321 Millionen Versicherungsbestand. 113 Mill. Vermögen.
 121 „ ausgezahlte Beträge. 97 „ Prämienreserve.
 Ueberschuß des Geschäftsjahres 1910 . . . 3 038 737.
 Ueber 13 Millionen angesammelte überschüssige Fonds.

Hieraus werden gewährt:

1910: 23 %

1911: 23 %

Dividende der vollen tarifmäßigen Jahresprämie.

Die Gesellschaft bietet weitestgehende Versicherungsmöglichkeiten:

Kapitalversicherungen mit und ohne ärztliche Untersuchung in jeder Höhe mit unverkürztem Anspruch auf Dividenden.
 Militärdienst- und Aussteuer-Versicherungen in den verschiedensten Kombinationen.
 Rentenversicherungen jeder Art zu den billigsten Sätzen, mit und ohne Anspruch auf Dividende.
 Sterbekassen- und Kinder-Versicherungen mit wöchentlicher und monatlicher Prämienzahlung.

USW. USW.

MANOLI

Cigarettes

Beliebte Specialmarken

Abbas Dandy Gibson Girl

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Berlin, 20. Mai 1911.

Falsche Propheten. — Praxis der Behörden. — Patrioten. — Bestimmte Stimmung. — Die Lage am Baumarkt. — Eisenwerke und Weltmarkt. — Preishausse im Ledergerber.

Vor einem Vierteljahr signalisierte der Herr Staatssekretär Delbrück von der Tribüne des Reichstages den Anfang einer neuen Hochkonjunkturperiode. Das Morgenrot davon sah er schon. Heute mühten wir die Strahlen der hochgestiegenen Konjunktursonne verspüren, wäre der Staatssekretär ein richtiggebender Wetterprophet. Leider ist dem nicht so; im Wirtschaftsleben sieht es teilweise recht frohlich aus. Aber Herr Delbrück mag sich trösten, sein Widersacher, Herr v. Gwinner, der Stratege der Deutschen Bank, hat auch am Wirtschaftsbarometer falsch gelesen. Allerdings, sein Verstum hatte eine erklärliche Ursache. Er forderte von der Eisenbahnverwaltung beschleunigte und umfangreiche Bestellungen, damit ihr und den Werken nicht die Wellen der Hochkonjunktur über dem Kopf zusammenzuschlagen. Solche Vorsicht muß man loben!

Im Prinzip sind wir auch mit der geforderten Praxis einverstanden. Staat und Gemeinden sollen die Zeit der wirtschaftlichen Ruhe dazu benutzen, ihre Bedürfnisse in gewissem Umfang im voraus zu decken. Bisher befolgte die Eisenbahnverwaltung leider die entgegengesetzte Geschäftspolitik. Sie gab ihre Aufträge für lange Zeit gerade dann heraus, wenn die Preise auf dem Zenit standen. Das war für die Leute vom Kohlenyndikat und vom Stahlwerksverband sehr angenehm, aber dem Volke kostete diese Praxis viele Millionen. Jetzt liegen die Verhältnisse so, daß umfangreiche Bestellungen der Eisenbahnverwaltung für die Werke gute Konjunktur machen würden. Die Preise könnten hinauf geföhrt werden. Die innige Verbindung zwischen Banken und Großindustrie erklärt der ersteren Sorge für der letzteren Wohlergehen.

Das Kohlenyndikat benutzte die gute Konjunktur vor 12 Jahren dazu, bestehende Verträge mit ihren Abnehmern zu brechen, diese zu zwingen, höhere Preise auf lange Zeit hinaus zu bewilligen, heimlich Verfahren die Verbände mit der Eisenbahnverwaltung. Dieser die gleiche Praxis zu empfehlen liegt uns fern. Mit den Verbände- und Syndikatspatrioten ist nicht gut Kirzchen essen. Hörte man doch kürzlich aus diesen Kreisen die Drohung, man werde das Vaterland im Falle eines Krieges in Stich lassen, wenn der Staat ihr Portemonnaieinteresse durch den Import billiger Kohlen aus England schädige. In Stich lassen würde man das Vaterland allerdings nicht, wenn es in einen Krieg verwickelt würde, aber sicher nützen diese Patrioten die Gelegenheit, sich durch mildes Hinausschrauben der Preise für den „Schaden“ doppelt und dreifach schadlos zu halten. Die Profitgucht ist ja das Motiv ihres Handelns. Aus vernunftgemäßem Eigeninteresse sollten sie dem Staate als dem größten Abnehmer die allerschärfsten Bedingungen stellen, dann könnte er in der Zeit der wirtschaftlichen Blüte große Aufträge herausgeben und mit seinen Anforderungen juristrieren, wenn der Begehr der übrigen Kundenschaft die Leistungsfähigkeit der Werke genügend in Anspruch nimmt.

Auf größere Staatsaufträge liegt ein Bedürfnis der Werke jetzt jedenfalls vor. Die Hoffnungen, die der Herren Delbrück und Gwinner Weissagungen erweckt haben, mußten zum großen Teile in den Sarg der Enttäuschungen vergraben werden. Das mit allen Mitteln der Börsen- und Stimmungsmache errichtete Kurzgebäude wackelt bedenklich; Unsicherheit und Unklarheit geben der Lage am Wirtschaftsmarkt das Gepräge.

Am wenigsten hat der Baumarkt die auf ihm gesetzten Erwartungen entprochen. Von einem Stürmen und Drängen in der Bautätigkeit ist nichts zu spüren; das Leben in den verschiedenen Baugewerben ist matt und träge. Zum Teil mag das auf die Gesamtlage zurückzuführen sein, denn am gewerblichen Arbeitsmarkt hat im allgemeinen nicht die enorme Nachfrage sich bemerkbar gemacht, die einen starken Zug nach den Städten und einen genügend großen Begehr nach neuen Wohnungen hervorgerufen konnte, um die Unternehmungslust so anzureizen, daß sie alle Hemmungen überwinden konnte. In gewissem Umfang sind diese in den Weltmarktverhältnissen begründet. Von größerer Bedeutung ist die Preisüberspannung am Terrainmarkt. Die Terraingesellschaften, hinter denen wiederum die Banken stehen, haben den Bodenpreis überall derart in die Höhe getrieben, daß spekulativen Bauunternehmern zu wenig Spielraum für Gewinnchancen bleibt, um sie zu großen Unternehmen anzufeuern. Die Bodenpreise sind heute so hoch, daß es schwer hält, mit Neubauten noch große Konkurrenz zu machen. Das Fehlen dieses Stachel läßt. Man mag anerkennen, daß die Terraingesellschaften in gewisser Beziehung Pionierarbeit geleistet haben, heute bilden sie ein Hindernis der Entwicklung. Sie sind zu sehr das Objekt von Finanztransaktionen geworden; bei den Gründungen werden Millionen „verdient“, die dann den Boden und natürlich auch den Wohnungsbau belasten.

Eigenartig haben die Verhältnisse am Eisen- und Stahlmarkt sich gestaltet. Aus der Eisenindustrie mehren sich die Klagen über Mangel an Beschäftigung, die Hochofen- und Stahlwerke aber warten mit Rekordproduktionsziffern auf. Für die deutsche Hoheisenzeugung ergeben sich die folgenden Mengen (in 1000 Tonnen):

Table with 5 columns: Year (1907, 1908, 1909, 1910, 1911) and two rows of production data (April, Januar/April).

Also sowohl in der Monatsleistung, als auch in dem Ergebnis der Periode Januar bis April ragt das Jahr 1911 mit der größten Ziffer hervor. Das Rekordjahr 1907 ist jetzt weit überholt. Und auch der Stahlwerksverband hat den Versand bedeutend gesteigert. Für die Produkte A zeigt das diese Aufstellung. Es betrug der Absatz in 1000 Tonnen:

Table with 5 columns: Year (1907, 1908, 1909, 1910, 1911) and two rows of production data (April, Januar/April).

Zwar ist hier das Resultat des Jahres 1907 noch nicht wieder erreicht worden; es muß dabei jedoch berücksichtigt werden, daß der Versand der als B-Produkte klassifizierten Erzeugnisse ebenfalls stark zugenommen hat. Da gerade im April besonders hohe Leistungen erzielt worden sind, erscheinen die Klagen aus der Eisenindustrie eigentlich der Berechtigung zu entbehren. Zu einem anderen Urteil kann die Außenhandelsstatistik veranlassen. Sie läßt bemerkenswerte Tatsachen konstatieren. Erstens ist die Einfuhr von Brennmaterialien zurückgegangen, bei gleichzeitiger Steigerung der Ausfuhr. Im Vergleich mit demselben Monat des Vorjahres ist im April 1911 die Einfuhr von Braunkohlen von 645 219 Tonnen auf 586 355 Tonnen gesunken; dagegen schnellte die Ausfuhr von Steinkohlen von 1 880 680 Tonnen auf 2 010 201 Tonnen in die Höhe. Das läßt auf eine verschärfte Konkurrenz auf dem Außenmarkt, auf eine Ueberfüllung desselben, sowie schließlich auch auf eine relative Verminderung des inländischen Verbrauches schließen. Dabei spielt die Eisenindustrie eine Rolle. Das beweist die Zunahme bei der Hoheisenausfuhr. Während z. B. für die ersten vier Monate des laufenden Jahres im Vergleich mit

der gleichen Periode des Vorjahres eine Verminderung der Ausfuhr von 253 031 Tonnen auf 219 187 Tonnen sich ergibt, brachte der Monat April allein eine Zunahme von 62 012 auf 63 793 Tonnen. Die Differenz ist absolut nicht groß; sie läßt aber erkennen, daß die Aufnahmefähigkeit der deutschen Weiterverarbeitung nachgelassen hat. Und da liegt auch die Befürchtung nahe, daß es sich bei dem starken Abstoß nach dem Auslande nur um Verschleuderungen handelt. Jedenfalls versagte der Außenmarkt als Abnehmer der weiterverarbeiteten Produkte. Das zeigt die folgende Gegenüberstellung. Es wurden im April ausgeführt:

Table with 4 columns: Halbzeug, Träger, Eisenbahnschienen, Eisenwaren insgesamt. Rows for 1910, 1911, and in 1911 weniger.

Der Rückgang ist ganz beträchtlich. Ob es sich dabei um eine entscheidende Wendung, um eine gründliche Ueberfüllung des Auslandsmarktes handelt, das kann man natürlich noch nicht sagen. Wahrscheinlich bildet aber die Verstopfung dieses Abzugskanals eine der schwerwiegendsten Ursachen der verschlechterten Stimmung am deutschen Eisenmarkt.

Eine recht unerfreuliche Entwicklung vollzieht sich am Ledermarkt. Die Zahl der Schlachtungen ist wie in Deutschland, so auch teilweise im Auslande zurückgegangen. Dazu steigerte die Automobilindustrie, die moderne Wohnungsausstattung und die Ausdehnung des Sports auf verschiedenen Gebieten den Verbrauch von Leder und daher auch die Nachfrage. Schließlich wird auch noch über mangelndes Angebot von Wildhäuten geklagt. Diese Verhältnisse bleiben nicht ohne Einfluß auf die Preisgestaltung. Und wie das immer so geht: eine Preissteigerung zieht die andere nach sich. Mit dem Steigen der Häutepreise zogen die Preise für Leder an, und es wurden auch die Preise für Ledererzeugnisse hinaufgeschoben. Für die Preissteigerung am Rohmaterialmarkt wird der Konsument mehrfach geschunden. Daß die Lederfabriken ihr Schicksal zu sichern verstanden, das beweisen die Geschäftsergebnisse der Aktiengesellschaften. 15 Gesellschaften nämlich, die ihre Bilanzen bis Ende März im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht hatten, erzielten für das letzte Geschäftsjahr eine durchschnittliche Dividende von 18,6 Proz. gegen „nur“ 17,4 Proz. im Vorjahre. Trotzdem wird über unzureichende Preise geklagt, und die Vorgänge am Häute- und Ledermarkt dienen als Vorwand für ein erneutes Anziehen der Preisschraube. Auch die Schuhfabriken scheinen auf der Suche nach höheren Preisen zu sein. Kürzlich waren die Fabrikanten zusammen, um über Maßnahmen gegen das Jubel an Fasans zu beraten. Angeblich werden Fabrikanten und Händler durch einen allzu häufigen Rodenwechsel geschädigt. Wer macht denn den Wechsel? Die Fabrikanten schiden doch die neuen, neuesten und allerneuesten Formen hinaus. Der Wetlauf um die Kundenschaft veranlaßt sie dazu. Daß die Produktionskosten durch den Rodenwechsel etwas erhöht werden, mag schon richtig sein, aber für die Fabrikanten dürfte doch wohl ein anderer Umhand zu ihrem Antimodenvorstoß den Anlaß gegeben haben. Die Fasansverschiedenheiten und der von den Fabrikanten gemachte Rodenwechsel ist ein starkes Hindernis für Preisvereinbarungen. Glück es den maßgebenden Fabriken, die kleineren Konkurrenten für ihren Plan zu gewinnen, dann wird die Reform in der Hauptsache wohl in ein einheitliches Hinauffeben der Preise bestehen. Wie gefogt: Der Konsument ist immer der leidende Teil; auf seine Kosten müßten sich Händler und Fabrikanten.

Knaben-Moden

Dauer vom 18.-25. Mai

Dauer vom 18.-25. Mai

ca. 20 000 Wasch-Anzüge, Blusen, Hosen usw.

Ungewöhnlich billige Preise

- List of clothing items and prices: Serie 1 Wasch-Anzüge (1.10), Serie 2 Blusen-Anzüge (2.50), Serie 3 Blusen-Anzüge (3.75), Serie 4 Kieler Anzüge (3.50), Serie 5 Kieler Anzüge (5.25), Serie 6 Schul-Anzüge (3.50), Serie 7 Blusen (50 Pf.), Serie 8 Kittel-Anzüge (4.75), Serie 9 Hosen aus Resten (60 Pf.), Serie 10 Lüster-Anzüge (8.-)

Knab.-Strohhüte 50 Pf., Lod.-Pelerinen 6.-, Sport-Hemden 1.75

Advertisement for Spielhosen (shorts) with an illustration of a boy and text: Serie 11 Spielhosen, Viele Farben, Praktischer Ersatz für Kinder-Spielanzug, M. 2.50 1.25, 95 Pf.

BaerSohn

Kleider-Werke Deutschlands größte Fabrik dieser Art, Chausseestraße 29-30, Gr. Frankfurter Straße 20, 11 Brückenstraße 11, Schöneberg, Hauptstr. 10

Advertisement for Wiederverkäufer (resellers) with text: An Wiederverkäufer werden die obigen Artikel während der Knaben-Woche nicht abgegeben! Zur Vorbeugung des großen Andranges bitten wir mögl. die Vormittagsstunden zum Einkauf zu benutzen

Theater und Vergnügungen

(Siehe Wochen-Spielplan.)

Freie Volksbühne:
Sonntag, den 21. Mai,
nachmittags 3 Uhr.

Thalia-Theater: 6/7. Abteilung
(Gruppe 26-30): Moral.
Neues Schauspielhaus: 12. Abteilung
(Gruppe 51-54): Agnes Bernauer.
Herrnfeld-Theater: 4/5. Abteilung
(Gruppe 17-20): An des Reiches
Porten.

Montag, den 22. Mai,
abends 8 Uhr:
Neues Schauspielhaus: 16. (III.) Abt.-
abteilung: Eine Million.

Neue Freie Volksbühne.
Sonntag, den 21. Mai,
nachm. 2 1/2 Uhr:

Deutsches Theater: Simson und
Della.

Kammerstücke: Gawan.
Nachm. 3 Uhr:

Neues Volks-Theater: Der Viel-
geprüfte.

Schiller-Theater O.: Die Ehre.
Schiller-Theater Charlottenburg:
Japanstreich.

Metropol-Theater: Ramsell Ritouche.
Kleines Theater: Nur ein Traum.

Neues Operetten-Theater: Der
Blindenspiel.

Neues Theater: Tartuff. — Die Ge-
schlechter.

Abends 8 1/2 Uhr:
Neues Volks-Theater: Sonntag,
Dienstag, Mittwoch, Donnerstag,
Sonntag: Der Vielgeprüfte.

Montag, Freitag: Roter Lampe.

Schiller-Theater O. Wallner-
Theater.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Die Ehre.

Sonntag, abends 8 Uhr:
Husarenfieber.

Montag, abends 8 Uhr:
Liebele. Hieraus: Literatur.

Dienstag, abends 8 Uhr:
Im Klubsessel.

Schiller-Theater Charlotten-
burg.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Zapfenstreich.

Sonntag, abends 8 Uhr:
Ein idealer Gatte.

Montag, abends 8 Uhr:
König Heinrich.

Dienstag, abends 8 Uhr:
Der große Name.

Berliner Theater.
Abends 8 Uhr:
Bummelstudenten.

Morgen: Bummelstudenten.

Neues Theater.
Zum 100. Male:
Mein erlauchter Ahnherr.

Anfang 8 Uhr.
Montag und folgende Tage: Die
selbe Vorstellung.

Theater des Westens.
Heute 8 Uhr: Die lustige Witwe.
Sonntag 3 1/2 Uhr: Die lustigen
Nidelungen.

Friedrich-Wilhelmstädtisches
Schauspielhaus.

Sonntag den 21. Mai, 8 Uhr:

Kasernenluft.
Montag und folg. Tage: Kasernenluft.

Luisen-Theater.
Nachm. 3 Uhr: Aus erster Ehe.
Abends 8 Uhr:

Ohne Mutter.
Preisgekröntes Sensations-Schauspiel
in 5 Akten von Benjamin Depaire.

Montag, Mittwoch und Donnerstag
8 Uhr: Ohne Mutter.

Lustspielhaus.
Nachm. 3 Uhr: Der Herr Senator.
Abends 8 Uhr:
Der Feldherrnhügel.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Nachmittags 3 Uhr:
Des Mädchens Lebensweg.

Ab. 8 Uhr: Der fremde Blick.
Vorher: Die Verlobung im Bett.

Montag u. folg. Tage: Der fremde Blick.
Auf der Garischöhne täglich:
Der Trompeter von Säckingen.

Konzert. Spezialitäten. Anf. 8 Uhr.

Metropol-Theater.
Nachm. 3 Uhr: Ramsell Ritouche.
Abends 8 Uhr: Rauchen gestattet.

Hohheit amüsiert sich!
Operette in 3 Akten von J. Freund.
Musik von Rudolf Kellon.

In Szene gesetzt vom Dir. A. Schulz.

Apollo Theater
8 1/2 Uhr: Das neue Programm der
Attraktionen.
9 1/2 Uhr:
Berlins Sensation:
Am ein Weib.
Großes amerikanisches Lustspiel-
Sensationsstück in acht Akten.
Die gezeichnete Effekte.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Sonntag und Montag 8 Uhr:
Lebende Tierbilder
von nah und fern.

REISE



Ausstellung
AM ZOO
Geöffnet: 10-8 Uhr / Eintr. in
Ausstellungsloose à 1 M.

ZOO

LOGISCHER GARTEN
Heute Sonntag 50 Pf.
Eintritt ...
Kinder unter 10 Jahren
die Hälfte.
Ab nachmittags 4 Uhr:
Gr. Militärkonzert.
Morgen sowie täglich:
Großes Konzert.

Passage-Panoptikum

Lebend!
Hede Kosch
das Mädchen aus Steinzeit!
Das Urbild der Mensch-
werdung, und die anderen
Schauspielattraktionen.
Ohne Extra-Entree!

Passage-Theater.

Heute 2 Vorstellungen!
Nachm. 3-7 Uhr kl. Preise.
Abends 8 Uhr.
Kammerspiele der Hunde.
Ota Gygi,
Violinvirtuose.
Alt-Bonner Studenten
und das große
Mai-Programm!

Trianon-Theater.

Heute und folgende Tage:
Das Prinzen.
Liebesroman! in 3 Akten v. R. Wisk.
Anfang 8 1/2 Uhr.

una-Park



Sensationelle
Attraktionen!
Ben Ali Bey
Klassische Zauberkunst
des Orients.

Tanagra-Theater. Lachhaus.
Berg- u. Talbahn. Wasserrutschbahn.
Translatour- und
Militär-Konzerte.
Eintrittspreis 50 Pfennig.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger.
Britton als
Mische im Hosenrod.
Anfang
wochentags
8 Uhr,
Sonntags
7 Uhr.

Neue Welt.

Amerikanischer Vergnügungspark, Hasenheide.
Große Spezialitäten-Vorstellung
„Die gute alte Zeit“
Komische Ballettpantom. v. Alfred Appolino, kgl. Ballettmeister a. D.

Großes Promenaden-Konzert.

Wasserrutschbahn — Liebesmühle — Lachkabinett,
Gebirgsbahn, Cake walk u. a. — Heute Eintrittspreis 25 Pf.

Voigt-Theater

Gefundbrunnen, Badstraße 58.
Sonntag, den 21. Mai 1911,
bei gänztlicher Witterung im Garten:
Der Postillon v. Wundberg
Volksstück mit Gesang und Tanz in
3 Akten (5 Bildern).
Kasseneröffnung 6, Anfang 7 Uhr.
Billettdirekt. 10-1 Uhr Theaterkasse.

Berliner Prater-Theater

Kastanien-Allee 7-9.
Während der Vorsaison jeden Sonntag:
**Theater und Spezialitäten-
Vorstellung.**
Konzert und Ball.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.

Schwarzer Adler

Richard Arnhold. Frankfurter
Chaussee 5.
Sonntag, den 14. Mai:
Promenaden-Freikonzert.
Großer Ball.

Schloß Weißensee

früher Sternecker.
Sonntag, den 21. Mai:
Großes Militär-Konzert
der Kapelle des 2. Garde-Drag.-Regts. Obermusikmeister Paschke.

Abends 7 Uhr:
Auftreten des Wasserkönigs.
Theater und Spezialitäten-Vorstellung.

Entree 30 Pf. inkl. Spezialitäten-Vorstellung. Kinder frei!
Dieses Inserat wird an der Kasse mit 10 Pf. in Zahlung genommen.

Phönix Brauerei

Akt. Ges.
Berlin N 20, Kochstr. 21-24
Ringfreie
Biere nach
Pilsener - Münchener Art
in Fässern und Flaschen.
Täglich
Große Frei-Konzerte.

Vergnügungspark Jungfernheide

Tegeler Weg 74/75. 6000 Sitzplätze.
Schönstes und größtes Vergnügungs-Etablissement Charlottenburgs.

Heute sowie jeden Sonntag: **Militär-Konzert, Feuerwerk, Gr. Ball.**

Im Sommer-Theater: **Die Spree-Athener.** Max Zorner.
Anfang 4 Uhr. Entree 10 Pf., Kinder frei.

Kaffeeküche, Volksbelustigungen.
Vereinen, Gewerkschaften, Fabriken usw. zur Abhaltung von
Sommerfesten, Kinderfesten usw. bestens empfohlen.

Moerners Blumengarten

Oberspree-Dampferstation „Stern“.
Täglich: **Gr. Konzert.**

Sonntag und Donnerstag: „**Grand Ball**“.

Avis! Empfehle meine großen Festsäle Koppenstr. 29 vorm.
Keller zu Festlichkeiten jeder Art.

Wirtshaus Schloß Woltersdorf

bei Erkner, Bahweg.
empfiehlt sich den geehrten Vereinen, Fabriken usw., Gewerkschaften zur
diesjährigen Dampfer- resp. Landpartie (bei größeren Gesellschaften Raffer-
lofen 0,80).
Ebenso empfehle ich meine Personendampfer, Abfahrt Stralauer Tor,
Dachbahnstation, Stadtbahn, Städtische Strahlenbahn, Barickauer Brücke.
Bestellungen am Dampfer auch dort
Friedrich Saewert. Schloßhofsstr. 11. 7. 729 u. 11565.

Excelsior-Lichtspielhaus, Rixdorf, Passage, Bergstr. 151-152.

Bei 28 großen Veranda-Türen
bieten unsere Vorstellungen auch im Sommer einen erstklassigen Genuß.
Ab 15. Mai 1911 neubesetztes Orchester, Dirigent: Herr Hans Barisch.

Aus dem Programm vom 20. bis 26. Mai hervorzuheben:
Dramen: **Ein schweres Opfer.** **Der Skandal.**
Das Brot der kleinen Vögel. Ein Bild aus dem alltäglichen Leben.

Humoristisch: **Anatols Kriegslist!**
Müller als Dapeschenbote.

Ausstellung für Kleinhausbau und Eigenwohnung

19-25. Mai
Kliems Festsäle, Hasenheide 13.
Eintritt 10 Pf. — Führer durch
die Ausstellung gratis.

WINTERGARTEN

Neues Programm!
LA TORTAJADA.
The suri Bathers
eine Idylle am Moosrogastade.

De Dio
in ihren neuesten Schöpfungen
von Phantasietänzen
und der von
Publikum und Presse
glänzend beurteilte
Mai-Spielplan.
Rauchen gestattet

Admiralspalast

Am Bahnhof Friedrichstraße
Eis-Arena.
Geöffnet ununterbrochen von
10 Uhr vormittags.
Heute
2 Aufführungen 2
Nachmittags und abends
Das feenhaft ausgest. Einballott

Montreal

Die Stadt auf Schlittschuhen
Mittags: Korso bei Musik.
Nachmitt.: Militär-Konzert.
Abends: Einödshofer-Konzert.
Zahlreiche Kunstlaufproduktionen
Bis 7 Uhr und von 10 1/2 Uhr
abends: halbe Kassenspreise.
Unterricht im Schlittschuh- und
Kunstlaufen wird erteilt.

Königstadt-Kasino.

Goldmarkstr. 72.
Sensationeller Erfolg:
Flachhaar als Erzieher.
The 3 Luissets. Otto Bayer.
Duett Hengrich. Anita Ravera u. a.
Anfang 1/2, 5 Uhr, Sonntags 1/2, 5 Uhr.

Folies Caprice.

Täglich 8 1/2 Uhr:
Wertheim
wird plätzen!
Bunter Solo-Teil.
III. Klasse.

Herrnfeld Theater

Das Scheidungs-Souper.
Ein Verlobungs-Geschäft.
Die Bar-Schwester.
Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.

Stadt-Theater Moabit

Alt-Moabit 47/48.
Sonntag, den 21. Mai 1911:
Auf allgemeinem Wunsch wiederholt!
Vater und Sohn.
Anf. 8 Uhr. Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr.
Nach der Vorstellung:
Tanz.

Casino-Theater

Lothringers-Str. 77. Täglich 8 Uhr.
Letzter Spielmonat vor den Ferien.
Gästesp. d. berühmten Theatertruppe:
Leben und Treiben im Kantab.
Dazu d. gr. Lacherfolg in dieser Saison
„Zwei Wappen“.
Sonntag 3 1/2 Uhr: „Marianne“.

Schluss der Saison am 30. Mai!

Zirkus Busch

Vorletzter Sonntag, d. 21. Mai 1911
2 große Gala-Vorstellungen 2
nachmittags 3 1/2 Uhr und
abends 8 Uhr.

Um 3 1/2 Uhr hat jeder Er-
wachsene ein angehöriges
Kind unter zehn Jahren
auf allen Sitzplätzen frei, weitere
Kinder unter 10 Jahren halbe
Preise. Galerie volle Preise.
In beiden Vorstellungen:
**Ein Jagdfest am
Hofe Ludwig XIV.**

Ormaloo, der Reiter tatarischer
Reitertruppen. Die berühmte Reiter-
familie Reebdoni. Der ukrainische
Jansky-Jansen mit seinen dreihert.
Tieren. Vorführer u. Reiter der
besten Schul-, Freizeits- und
Springertruppe. Sämtliche Clowns.
In beiden Vorstellungen:
Groß-Gala-Programm.

Noacks Theater.

Direktion: Robert Dill. Brunnenstr. 16.
Die Liebe auf den ersten Blick.
Vorher: Der Weg durchs Fenster.
Entree 30 Pf. bis 1 Mark.

Anfang 8 Uhr. Bei schönem Wetter:
Vorstellung im Garten.
Morgen: Diefelde Vorstellung.

Max Kliems Sommer-Theater

Rudolf Krüger, Hasenheide 13-15.
Täglich: **Erstklassige Theater-
und Spezialitäten-Vorstellungen.**
Zeitbedauer Theatergarten, bei un-
günstiger Witterung Schutz bietend.
Donnerstag: **Eilttag.**

Nibles Fest-Säle

Dennewitzstraße 13.
Jeden Sonntag:
Tanzkränzchen.
19075 C. NIBLE.

Burgtheater.

Festsäle und Kinematograph
vorm. Groterjan, Inhab.: Rud. Mertz,
Schönhäuser Allee 129. Tel. 3, 9353.
Festhalle für Versammlungen, Hoch-
zeiten u. Vereine. 4 hochelegante Kegel-
bahnen. Mittagstisch zu billig. Preisen.
Lebende Photographien.
Eintritt 30 und 40 Pf., Kinder 10 Pf.
Anfang 7 Uhr, Sonntags 4 Uhr.

Diez' Seeterrasse

Lichtenberg, Röhderstr. 11-13,
zwischen Landsh. Allee u. Röhderplatz.
Heute sowie jeden Sonntag
ob schön! ob Regen!
Gr. Konzert. Wiederankommen
der besten Turnfest-Rünstler der
Welt: The Viperito mit neuen
Tricks. Erstl. Spezialitäten-Vor-
stellung. Neues Programm Berlins.

Großer Ball.

Riesen-Kaffeehäuser. 15 Ruderboote.
Volksbelustigungen.
Bei ungünstigem Wetter Schutz für
6000 Personen.
Anfang 3 Uhr. Entree einchl. Theater
nur 20 Pf.
Kinder unter 10 Jahren frei!

Markgrafen-Säle

34, Markgrafen-Damm 34.
An der Stralauer Allee.
Jeden Sonntag: **Großer Ball.**
Im Restaurant täglich musikalische
Unterhaltung. Vorzügliche Küche,
fl. Biere u. Weine, Billard u. Kegelbahn

Alhambra

Wallner-Theaterstraße 15.
Jeden **Großer Ball**
Sonntag:
Großes Orchester. Anfang Sonntags
5 Uhr. A. Zamiatat.

Mila-Säle

Schönhäuser Allee 130.
Jeden Donnerstag und Sonntag:
Cavalier-Ball.
Entree, Garderobe u. Tanz 20 Pf.
Anf. 8 Uhr. Carl Elsner.

Anton Boekers Festsäle

Weberstr. 17. Tel.: Amt 7, 13 411.
Empfehle meine Säle zu Versammlun-
gen und Festlichkeiten jeder Art.
Niemals und große Säle, großer Garten
mit feststehender Theaterbühne sowie
große Vereinszimmer stehen den
geehrten Gewerkschaften und Vereinen
jederzeit zur Verfügung. Ergebnis
Anton Boeker, Weberstraße 17.

Wandlitz!

Gesellschaftshaus Georg Bahm.
Erstes freies Lokal der Umgegend.
Großer Saal und Garten. Kegel-
bahn und Freudenloge. 17285

Für den Inhalt der Inserate
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

Jandorf's Spitzen-u. Gardinen-Woche

Spittelmarkt Belle-Alliancestrasse Grosse Frankfurterstrasse Brunnenstrasse Kottbuser Damm
Soweit Vorrat

2000 Fenster Tüll-Gardinen weiss oder creme.....Fenster	2.25, 2.95, 3.45, 4.85
5000 Meter Gardinen-Mull ca. 125 cm breit, hübsche Muster..... Meter	85, 1.15, 1.35
1000 Tüll-Stores weiss oder creme	1.85, 2.95, 3.50, 4.75
800 Erbstüll-Stores mit Volant	4.25, 5.75, 6.95, 8.50
1000 Erbstüll-Bettdecken mit Volant, für 1 Bett	5.85, 7.75 für 2 Betten 8.75, 12.50
1000 Tüll-Bettdecken weiss oder cremefür 1 Bett	1.85, 2.75, 3.95 für 2 Betten 3.90, 5.25, 6.95

Ein grosser Posten **Stickereistoffe** aparte, moderne Muster, Meter 75, 95, 1.25 bis 3.50

Waschgürtel in vielen hübschen Mustern..... 40 Pf.
Jabots moderne, einseitige Fassons, elegant garniert..... 35, 48, 75, 95 Pf.
Spachtel-Blusenkragen 45, 65, 95 Pf.
Brüsseler Spitzen-Jabots, Kragen o. Passen handgenäht durchweg 48 Pf.



Stickerei-Hut
mit Seidenband-Rosette in vielen Farben 4.50

Linoleum-Teppiche ca. 200x300 in hübschen Dessins... 12.50

Charlotte-Hut
aus gepunktetem Mull mit Stickerei-Rand, farbiger Seiden- o. Blumen-Garnit. 3.75



Gelegenheitskauf

10.000 Damen-Hüte 95 Pf.

neueste Formen und Farben, verschiedenste Geflechte, zum Aussuchen Stück

Coburger Geld-Lotterie

Ziehung 26-31 Mai.
Gewinne M. 360 000,
100 000, 50 000, 10 000,
5 000, 2 000, 3x 1000 usw.
Lose a M. 3.30,
5 Lose M. 16.-
Porto u. Liste 30 Pf. extra
versendet

Peter Linden,
Fortuna-Glücks-Bank,
Bonn.



Eine Mark

wöchentlich Teilzahlung
elegante
Herren-Moden
fertig und nach Mass,
feinste Verarbeitung.

S. Boltuch
Herren-Schneiderei
nur

Frankf. A. Lee 75, 1.
Eingang Thilster Str.

MIT EINEM AUGE



erkennt Sie die unberechenbaren Vorteile, welche Ihnen beim Einkauf von Garderobe auf Credit

in dem seit über 30 Jahren bestehenden und in allen Kreisen als streng reell und überaus kulant anerkanntesten Credithaus

Julius Glogau

geboren werden.

Anzahlung von **3** Mark an **Neueste Moden** in Herren-Anzügen, Ulstern, Paletots Damen-Kostümen, Blusen Häcken, Kleidern, Paletots **1** Mark an **Möbel-Einrichtungen**

Achten Sie aber im eigenen Interesse auf die alte Firma:

Julius Glogau

G. m. b. H.

Im Süden: **Oranien-Str. 145-146** am Moritzplatz
Im Osten: **Gr. Frankfurter Str. 137** zwischen Frucht- u. Koppenstr.

Wertvolle Gratis-Zugaben

Ohne Anzahlung!

Möbelauf Kredit

bei Zahlung einer Monatsrate laut Vereinbarung und bequemer Abzahlung
Komplette Wohnungseinrichtungen
sowie einzelne Möbelstücke, Polsterwaren, farbige Küchen, Portieren, Teppiche, Gardinen, Leib- und Bettwäsche, Steppdecken, Betten, Kronen, Kinderwagen etc. in modernster Ausführung. Ferner

Garderobe f. Herren, Damen, Kinder

neueste Fassons, grösste Auswahl.
Wochenrate von 1 Mark an.

S. DORN, Alte Schönhauser Str. 3 Ecke Linienstrasse.

Kadda



SCHUTZ-MARKE.
Spezialmarke: Kadda Gold, beste 2 Pfg.-Cigarette
Cigarettenfabrik „Kadda“
Berlin N. 37.

Es regnet Goldfische auf uns mit Jakob! Ein bunter Regen von allen Seiten über uns!

Siebente Generalversammlung des Verbandes Deutscher Buchdrucker.

Hannover, 19. Mai 1911.

Fünfter Verhandlungstag.

Die Sitzung beginnt mit der Beratung der Statutenanträge.

Döblin schlägt vor, von der Beratung der nur unwesentlichen statutarischen Anträge abzusehen, da der Vorstand ohnehin bereits den Auftrag erhielt, eine Revision der Bestimmungen und damit auch des Statuts vorzunehmen.

Döblin wandte sich gegen diese Anträge und ersuchte, sie alle abzulehnen. Die Redner aus den Reihen der Delegierten sind darüber geteilter Meinung. Ein Teil argumentiert, wenn die Prinzipalmittelglieder sich gegen die Interessen des Verbandes verhalten, dann habe man Mittel und Wege genug, sie aus dem Verbande auszuschließen.

Ein Antrag Braunschweig lautet: „Die Gau-, Bezirks- und größeren Ortsvereine sind mit Zustimmung des Vorstandes berechtigt, zur Unterstützung anderer Gewerkschaften bei Ausperrungen und Streiks oder zu sonstigen allgemeinen gewerkschaftlichen Zwecken Extrabeiträge zu erheben.“

Von Berlin lagen eine Reihe Anträge vor, bei der Wahl des Vorstandes die einzelnen Sparten zu berücksichtigen, ferner, den einzelnen Sparten eine besondere Vertretung auf den Gauskonferenzen und Generalversammlungen zu geben.

Sieherkonferenz sich damit befassen soll. Danach wird dann der Vorstand Vorschläge machen. Weiter wurde dem Vorstand als Material überwiesen, eine Broschüre herauszugeben, welche kurz gefaßt Gründung, Geschichte, Zweck und Ziele des Verbandes behandelt. Diese Broschüre soll an die jeweils zu Ostern oder Michaeli Auslernenden bezw. Eintretenden verteilt werden.

Hof-Karlsruhe begründet einen von Karlsruhe gestellten Antrag auf Einsetzung einer Beschwerdekommision, die zugleich als Prekominmission fungiert.

Eine längere Debatte riefen die Anträge hervor, das Verbandsvermögen statt in Staatspapieren oder kapitalistischen

Werten in genossenschaftlichen Betrieben anzulegen, wobei in erster Linie die dem Zentralverband und der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine angeschlossenen Genossenschaften in Betracht kommen.

Darauf werden noch zwei beantragte, nicht sehr wesentliche Änderungen an der Handhabung der Arbeitslosen- und der Invalidenunterstützung durch eine Erklärung Döblins als erledigt bezeichnet.

Damit war dieser Teil der Tagesordnung erledigt. Dann gelangen noch die internationalen Beziehungen und der nächste Gewerkschaftskongress zur Besprechung.

Verbandstag des Verbandes der Brandenburger Konsumvereine.

Der 47. Verbandstag des Verbandes der Konsumvereine der Provinz Brandenburg und der angrenzenden Provinzen und Staaten wurde am 14. und 15. Mai in Elbing abgehalten.

Die Zahl der dem Verbands angeschlossenen Vereine ist im letzten Jahre von 99 auf 107, die Mitgliederzahl von 98 190 auf 122 849 gestiegen.

Der Gesamtumsatz dieser 107 Genossenschaften betrug über 25 Millionen Mark, die Beteiligung an genossenschaftlichen Großeinkäufen 8,5 Millionen Mark.

Gegründet 1867



Die alte Stiller-Firma

eröffnet Dienstag, nachm. 4 Uhr, im eigenen Hause ihre 10. Verkaufsstelle Wilmersdorfer Str. 45, Ecke Schillerstr. in Charlottenburg.

Zentrale und Versand:

Jerusalemmer Strasse 38-39 am Dönhofsplatz

- Friedrich-Straße 75, Ecke Jäger-Straße
König-Straße 25-26, Ecke Kloster-Straße
Schöneberg, Haupt-Straße 146
Potsdamer Straße 2, neben Rheingold
Tauentzien-Str. 19a, nahe Wittenbergplatz
Rixdorf, Berg-Strasse 25 und 26
Neu eröffnet: Rosenthaler Straße 5

1250 Spezial-Verkauf: Tauentzien-Straße 7b

Haupt-Preislisten für moderne Herren- und Damen-Stiefel

8 75 10 50 12 50 15 50 18 00

Um Irrtümer und Verwechslungen zu vermeiden, bitten wir um die genaue Beachtung nebenstehender Strassennamen u. Hausnummern

Der reichillustrierte Haupt-Katalog wird auf Wunsch gratis u. franko zugesandt

Versand - Abteilung: Jerusalemmer Str. 38-39

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Dienstag, den 23. Mai, abends 6 1/4 Uhr
(gleich nach Feierabend):

Fünf große Versammlungen.

Schöneberg: Neue Rathausgasse, Weininger Straße. Referent: Gergas-Wagdeburg.
Rixdorf: Hoppes Festhalle, Hermannstr. 49. Referent: Schleifer-Stuttgart.
Lichtenberg, Friedrichsfelde und Rummelsburg: Schwarzer Adler, Frankfurter Chaussee 5/6. Referent: Helmreich-Scamerhofen.
Weißensee: Prälaten, Ledderstr. 122. Referent: Richard Werner-Brandenburg a. N.
Wedding und Moabit: Raabes Festhalle, Kolberger Str. 23. Referent: Reumann-Groh-München.

Tages-Ordnung:

1. Die neuere Entwicklung der Arbeitsverhältnisse und der Lohnbewegungen im Holzgewerbe. 2. Diskussion.
Die Kollegen sämtlicher Branchen müssen in diesen Versammlungen erscheinen.

Freitag, den 26. Mai, von 6 1/2 bis 8 1/2 Uhr abends:

Wahl eines Delegierten zum Gewerkschaftskongress in sechs Wahllokalen.

Montag, den 29. Mai:

Mitglieder-Versammlungen

in sämtlichen Bezirken und Branchen.
Beratung der Anträge für die Generalversammlung.

Donnerstag, den 1. Juni:

Ordentliche Generalversammlung.

Anträge, die nach dem Statut in der Generalversammlung zu erledigen sind, müssen bis Donnerstag, den 25. Mai, ans Bureau eingeleitet werden.

Achtung! Werkstatt-Vertrauensleute! Achtung!
Die Zahlstelle 19 ist von Fürstenwalder Str. 17 nach Gr. Frankfurter Str. 16 verlegt worden.

Bezirk Westen und Südwesten.

Samstag, den 21. Mai:

Besuch der Arbeiter-Wohlfahrtsausstellung
in Charlottenburg, Frankfurterstr. 11/12.
Treffpunkt: U-Bahnstation Amie, pünktlich um 12 1/2 Uhr.

Risten- und Koffermacher!

Montag, 22. Mai, abends 8 1/2 Uhr, in den „Andreas-Festhale“, Andraastr. 21:

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Stellungnahme zur Kündigung des Tarifvertrages. 3. Die Lohnbewegung der Koffermacher. 4. Verhandlungsangelegenheiten.

Haarschmuck-Arbeiter und -Arbeiterinnen.

Montag, den 22. Mai, abends pünktlich 8 Uhr:

Branchen-Versammlung

aller in der
Celluloid-Haarschmuckbranche beschäftigten Arbeiter u. Arbeiterinnen
im Gewerkschaftshause (Arbeitslosen-Saal), Engelsufer 14.

Tages-Ordnung:
1. Alte und neue Formen im Lohnkampf. Referent: Kollege König. 2. Diskussion. 3. Bericht von der Generalversammlung. 4. Verbands- und Branchenangelegenheiten.

Korbmacher.

Montag, den 22. Mai, abends 8 1/2 Uhr, bei Wollschläger, Adalbertstr. 21:

Branchen-Versammlung.

Vergolder.

Dienstag, den 23. Mai, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause (großer Saal):

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht von der Branchenversammlung. 2. Verbandsangelegenheiten.

Jalousiearbeiter.

Mittwoch, den 24. Mai, abds. 8 1/2 Uhr, bei Voetel, Webersstr. 17:

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Bernau über: Ferdinand Kallke. Branchenangelegenheiten.

Bodenleger.

Mittwoch, den 24. Mai, abends 6 Uhr (gleich nach Feierabend), im Gewerkschaftshause, Engelsufer 14/15, Saal 3:

Branchen-Versammlung.

Stellmacher.

Mittwoch, den 24. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Rosenthaler Hof, Rosenthalerstr. 11/12:

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Unsere Lohnbewegungen und welche Lehre ziehen wir daraus. 2. Verhandlungsangelegenheiten.

Bürsten- und Pinselmacher.

Mittwoch, den 24. Mai, abds. 8 1/2 Uhr, bei Brenh, Ostmarkstr. 65:

Allgemeine Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag. Referent: Reichstagsabgeordneter Georg Schöppke. 2. Branchenangelegenheiten. 10/15

Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- und Zementbranche.

Mittwoch, den 24. Mai, abds. 8 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Geschäftsbericht vom 1. Quartal. 2. Bericht von der Warenaussperrung. 3. Stellungnahme zur Wiederaufnahme von Mitgliedern, welche 1910 ausgeschieden sind. 4. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert. 188/189

Zahlreichen Besuch erwartet

Der Sektionsvorstand.

Zu der am Donnerstag, den 25. Mai (Simmelfahrtstag), von dem Gesangsverein der Pauer arrangierten Fuchspartie ist Treffpunkt vormittags 9 Uhr in Friedrichshagen, Friedrichstr. 61 (Sängerhalle).

Alle Mitglieder der Pauer-Sektion sind hierzu freundlichst eingeladen.

Die örtliche Verwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Arbeitsnachweis: Verwaltungshalle Berlin. Hauptbureau: Col I, Amt 3, 1239. Charitestraße 3. Col III, Amt 3, 1087

Montag, den 22. Mai 1911:

Bezirks-Versammlungen für die gesamte Verwaltungsstelle Berlin

in folgenden Lokalen:

Norden: Pharus-Säle, Mütterstraße 142, abends 8 1/2 Uhr.
Norden: Obligos Festhalle, Schwedter Straße 23, abends 8 1/2 Uhr.
Norden: Frankes Festhalle, Badstr. 19, abends 8 1/2 Uhr: Sonntag.
Tegel: Wohlfahrts Festhalle, Reinickendorf-West, Eichhornstraße 18, abends 8 Uhr. Wahl des 1. Bezirksleiters.
Moabit: Prachtsäle Nord-West, Dicksstr. 24, abends 8 1/2 Uhr.
Westen und Schöneberg: Oeffs Festhalle, Schöneberg, Hauptstr. 5, abends 8 1/2 Uhr.
Osten und Lichtenberg: Littins Festhalle, Memeler Straße 67, abends 8 1/2 Uhr.
Stralau u. Rummelsburg: Blume, Alt-Bohdagen 56, abends 8 1/2 Uhr.
Südenbezirke: Gewerkschaftshaus, Engel. Ufer 15, Saal 4, abends 8 1/2 Uhr.
Weißensee: Peukerts Restaurant, Berliner Allee 251, abends 8 1/2 Uhr.
Rixdorf: Hoppes Festhalle, Hermannstr. 49, abends 8 1/2 Uhr.
Charlottenburg: Volkshaus, Kottbusstr. 3, abends 8 1/2 Uhr.
Steglitz: Restaurant Wahrensdorf, Gr. Lichtenberg, Bätestraße 22, abends 8 1/2 Uhr. Vortrag des Kollegen Horn.
Köpenick u. Friedrichshagen: Sopenia, Friedrichstr. 6, abends 8 1/2 Uhr.
Ober-Schöneweide: Restaurant Hasselwerder, Hasselwerderstr. 16, abends 8 1/2 Uhr.
Spandau: Restaurant Böhle, Gabelstr. 20, abends 8 1/2 Uhr.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

Bericht von der Generalversammlung.

Mitgliedsbuch legitimiert. 117/11

Dienstag, den 23. Mai 1911, abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung

in Eisengiebereien beschäftigten Pauer und Schleifer

in den Borussia-Sälen, Adorfstraße 6/7.

Tages-Ordnung:

1. Verhandlungsangelegenheiten. — 2. Verschiedenes.
Pünktliches und zahlreiches Erscheinen erwartet

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Buchhändler-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Kontobuchbranche!

Dienstag, den 23. Mai, abends 6 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 58/59:

Branchen-Versammlung

aller in den Berliner Geschäftsbücher-, Schreibst., Zeichen-, Kalender- und Kassenbloßfabriken, sowie in Linieranstalten beschäftigten Personen.

Tages-Ordnung:
1. Stellungnahme zu den einzureichenden Forderungen und zur Kündigung des Tarifvertrages. 24/1
2. Branchenangelegenheiten.
Zahlreichen Besuch erwartet

Die Tarifkommission und Ortsverwaltung.

Verband der Staker Groß-Berlins.

Dienstag, den 23. Mai 1911, abends 8 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

in „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27e.

Tages-Ordnung:

1. Die Bedeutung des Zusammenhanges der Branchen in großen Verbänden. Referent: Genosse A. Körsten. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten. 20/1/2
Zahlreichen Besuch erwartet

Der Vorstand.

Orts-Krankenkasse Reinickendorf.

Bekanntmachung.

General-Versammlung

der Orts-Krankenkasse hier selbst findet am Dienstag, d. 30. Mai 1911, abends 8 Uhr,

im Tabakischen Restaurant, Reichenstr. 121 hier selbst statt.

Tages-Ordnung:

1. Vorlage der Jahresrechnung von 1910.

2. a) Bericht der Prüfungs-Kommissionen.

b) Abnahme der Jahresrechnung.

c) Entlastung des Rechnungslegers.

3. Wahl von drei Vorstands-Mitgliedern aus den Reihen der Arbeitgeber.

4. Bericht vom 6. Krankenkassenkongress.

5. Anträge und Verschiedenes.

In der General-Versammlung sind nur die gemäßigten Vertreter stimmberechtigt und werden dieselben mit dem Erlaß um recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen hierdurch eingeladen.

Die Kassenvorstände haben zu ihrer Legitimation die Kassendbücher sowie die Belenndes ergebenden Einladungen vorzulegen.

Mitglieder, die nicht zur Kassenvorstellung gehören, kann der Zutritt nicht gestattet werden.

Anfragen und Beschwerden, zu deren Beantwortung Einladungen in die Bücher erforderlich ist, sind spätestens drei Tage vor Stattfinden der General-Versammlung an den Vorsitzenden einzureichen.

Reinickendorf, den 17. Mai 1911.

Der Vorstand der Orts-Krankenkasse.

Denk, Vorsitzender, Berlin, Bornholmer Str. 74.

Reuber, Schriftführer.

Baugenossenschaft „Turnerheim“

(V. G. m. b. H.)
Außerordentliche General-Versammlung

am Montag, den 29. Mai, ab 7 1/2 Uhr, bei Hoppe, Hermannstr. 49.

Tages-Ordnung:

1. Erneute Beschlußfassung über Auflösung der Genossenschaft. (Siehe Statut.) 105/12

2. Wahl der Liquidatoren.

Der Vorstand.

Raz Schöneberg. Otto Klein.

Allgemeine Orts-Krankenkasse für Rixdorf.

Bekanntmachung.

Wir bringen den Mitgliedern hierdurch zur Kenntnis, daß der Beschluß der Generalversammlung vom 7. April 1911 auf Abänderung des § 14 des Statuts über die Erneuerung der Leistungen auf die Sonntag nicht die Genehmigung der oberen Verwaltungsbehörde erlangt hat, weil der Referent der Höhe der vorgeschriebenen Höhe noch nicht erlangt hat. Dagegen ist die in derselben Generalversammlung beschlossene Abänderung des § 64 des Statuts betreffend die anderweitige Besetzung des Vorstandes bei der Übernahme von Kassenevidenzen durch Beschluß der Bezirksversammlung vom 9. Mai cr. genehmigt worden. 270/0

Rixdorf, den 19. Mai 1911.

Der Kassenvorstand.

Schulte, Walter, Vorsitzende. Schriftführer.

Verband der Schneider und Schneiderinnen

Glied Berlin I, Sebaltenstr. 37/38.

Achtung! Kostüm- und Musterbranche! Achtung!

Dienstag, den 23. Mai, abends 7 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59:

Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Weshalb organisieren wir uns? Referent: Kollegin Hagelstein. 2. Mitteilungen der Kommission und Verschiedenes.

Es ist Pflicht sämtlicher Kollegen und Kolleginnen, in dieser Versammlung zu erscheinen. Niemand darf fehlen. 163/18

Die Kommission.

Zentralverband der Schmiede

Zahlstelle Berlin.

Bureau und Arbeitsnachweis: Linienstr. 73. — Telefon: Amt III, 9714.

Dienstag, den 23. Mai, abds. 8 1/2 Uhr, bei Voetel, Webersstr. 17:

Oeffentliche Versammlung der Innungskollegen.

Tages-Ordnung:

1. Welche Schritte wollen die Kollegen zur Verbesserung ihrer Lage unternehmen? 2. Arbeitsnachweis und Innungskassentasse. Nur Innungskollegen sollen erscheinen! 176/11

Die Ortsverwaltung.

Produktiv- u. Verkaufsgenossenschaft Berliner Bandagisten

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

Bilanz am 31. Dezember 1910.

Aktiva		Passiva	
	RM.		RM.
Kassa-Konto	1496,10	Kreditoren-Konto	273,70
Baren-Konto	3115,53	Bank-Konto	6043,—
Umsatzen-Konto	1804,05	Umsatzen-Konto	14,33
Reserven-Konto	50,—	Genossenschafts-Anteil-Konto	1672,50
Debitoren-Konto	428,93		8000,52
Verlust-Konto	888,91		
	Summa 6000,52		Summa 6000,52

Gewinn- und Verlust-Konto.

Gewinn- und Verlust-Konto		Gewinn- und Verlust-Konto	
	RM.		RM.
Umsatzen-Konto	3534,75	Baren-Konto	261,93
Kassa-Konto	2463,66	Genossenschafts-Anteil-Konto	659,33
Umsatzen-Konto	36,60	Verlust-Konto	888,91
Umsatzen-Konto	307,11		6000,33
Gewinn- u. Verlust-Konto	2666,55		
Verlust am 31. Dezember 1910	2666,55		Summa 6000,33

Der Gesamtertrag der Geschäftstätigkeit erhöhte sich um 2796,77 RM.

Die Mitgliederzahl betrug am 1. Januar 1910: 10.

Eingekassiert: 0. Ausgeschieden: 1. Mitgliederzahl am 31. Dezember 1910: 9.

Die Kapitalsumme betrug am 31. Dezember 1910: 6000,— RM. und beträgt nun 6000,— RM.

Der Vorstand: Josef Meißner, Bruno Fleischer. (108)10

Syndikatschmerzen.

Im rheinisch-westfälischen Kohlenyndikat sind Mißbilligungen ausgebrochen. Diese Streitigkeiten sind lehrreich für das Verständnis unserer wirtschaftlichen Zustände...

Nun spielt bei jeder Preisregulierung selbstverständlich die Einschränkung der Produktion die wichtigste Rolle. Das ist bei allen Syndikaten (oder Kartellen, Konventionen oder wie man sie sonst nennen mag) so.

Beim Kohlenyndikat hat dieser Wettlauf um Vergrößerung der Produktion zunächst zu sehr starker Vermehrung der Außenleiter geführt. Ersteres hat der preussische Staat Kohlenzweigen im Ruhrrevier erworben...

Eine besondere Schwierigkeit erwächst aber dem Kohlenyndikat noch aus dem Gegensatz zwischen Hüttenzweigen und reinen Zechen (d. h. solchen, die nur Kohlenbergbau betreiben und mit keinem Hüttenwerk verbunden sind).

Ob die Hüttenzweige auf ihre Vorrechte verzichten werden, ist mehr als zweifelhaft, und somit ist die Erneuerung des Syndikats sehr in Frage gestellt. Viel hängt davon ab, ob der preussische Staat ihm nicht beitreten wollen.

die Kohlen für seine eigenen Betriebe von der Kontingentierung ausnähme? Doch auch im gegenteiligen Falle steht noch lange nicht fest, ob die Hüttenzweige sich durch die Drohung mit dem Staat werden einschüchtern lassen.

14. Generalversammlung des Zentralverbandes der Leder-Arbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

München, 19. Mai 1911.

Zu Beginn des fünften Verhandlungstages nahm die Generalversammlung ein Referat des Kollegen Sittlinger-Berlin über die Bekämpfung der Heimarbeit entgegen.

Bekämpfung der Heimarbeit

Redner betonte, daß innerhalb des Lederarbeiterverbandes die Heimarbeit nur in der Handschuhbranche zu finden ist. Eine statistische Feststellung der Heimarbeit und namentlich der Handschuhmacherinnen war bis jetzt unmöglich. Von etwa 3500 Handschuhmachern sollen ca. 425, d. h. 15 Proz., in Heimarbeit schaffen...

Die 14. Generalversammlung erblüht in der Haus- und Heberzeitarbeit in ihrer jetzigen Gestalt eine Gefahr für die Verwirklichung der Bestrebungen nach Vervollständigung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in der betreffenden Branche.

Sowohl in moralischer, wie wirtschaftlicher und hygienischer Beziehung ist dieses Arbeitssystem als verwerflich zu bezeichnen. In dieser Erkenntnis beauftragt die Generalversammlung die Verbandsleitung, alle ihr geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, welche zur Beseitigung oder Einschränkung der Haus- und Heberzeitarbeit führen können.

Als solche sind insbesondere zu bezeichnen: Auffklärung der Heimarbeiter in Wort und Schrift über die moralischen, wirtschaftlichen und hygienischen Schäden der Haus- und Heberzeitarbeit;

Teilnahme an den Veranstaltungen und Kundgebungen, die auf die Befreiung im Sinne einer durchgreifenden Reform der Heimarbeit einwirken.

Die Generalversammlung fasste zu dieser Resolution noch folgenden Zusatzantrag: In besonders gelagerten Fällen kann auf Ausschluß aus der Organisation erkannt werden.

Bei dem Punkte Stellungnahme zum Gewerkschaftskongress wird über die Reiseleiter, Gegenseitigkeitsverträge und Jugendausbildung usw. debattiert und beschlossen, die internationalen Beziehungen aufrecht zu erhalten und weiter auszubauen.

Hierauf wurden folgende drei Delegierte zum Gewerkschaftskongress gewählt: Mahler-Berlin, Bed. Breslau, Kunzsch-Offenbach.

In Bezug auf die jetzigen Lohnbewegungen spricht die Generalversammlung einstimmig den im Streik befindlichen Kollegen ihre vollste Sympathie aus und stellt die hierzu erforderlichen Mittel zur Verfügung.

Die Generalversammlung fasste zu dieser Resolution noch folgenden Zusatzantrag: In besonders gelagerten Fällen kann auf Ausschluß aus der Organisation erkannt werden.

Gerichts-Zeitung.

Die Leidensgeschichte eines unehelichen Kindes

Wurde gestern wieder einmal vor dem Roabiter Strafgericht aufgeführt. Wegen Körperverletzung mittels einer das Leben gefährdenden Behandlung hatte das Amtsgericht Berlin-Schöneberg unter Vorsitz des Amtsrichters Weßling gegen den Rutscher Martin Priksow zu verhandeln.

Sie wagten es jedoch nicht, Anzeige zu erstatten. Die täglichen Mißhandlungen des Kindes nahmen derartig zu, daß es schließlich die eigene Mutter nicht mehr mit ansehen konnte.

So daß der behandelnde Arzt Dr. Weide ernste Besorgnis für das Leben des Kindes hatte. Der ganze Kopf war mit blutunterlaufenen Beulen bedeckt, so daß es den Anschein hatte, als wenn der Angeklagte das Kind an den Beinen gepackt und mit dem Kopfe auf den Fußboden aufgeschlagen hätte.

Bei dem Kopfe gegen die Wand Schlag, ließ die Mutter des Kindes mit dem Portier, den sie um Hilfe bat, da der Angeklagte ihr Kind totschlagen wolle.

Der Portier begab sich nach der Wohnung hinaus und vernahm ein dumpfes Geräusch, als wenn ein Mensch fortwährend auf den Fußboden aufgeschlagen wurde.

Als der Angeklagte trotz wiederholter Aufforderung nicht öffnete, wurde die Polizei benachrichtigt. Da sich der Angeklagte auch jetzt noch weigerte, zu öffnen, wurden die Türöffnungen eingeschlagen.

Das Kind befand sich, wie sich im Krankenhause herausstellte, in einem geradezu bejammernswürdigen Zustand, so daß der behandelnde Arzt Dr. Weide ernste Besorgnis für das Leben des Kindes hatte.

Vor Gericht behauptete der Angeklagte, daß sich das Kind beim Fallen diese Verletzungen zugezogen habe. Der Sachverständige

bekundete jedoch, daß dies nach der Art der Wunden ganz unmöglich sei. — Das Gericht hielt es, wie der Vorbesitzer zum Ausdruck brachte, mit Rücksicht auf die Brutalität des Angeklagten für gerechtfertigt, auf eine empfindliche Strafe zu erkennen.

Aus aller Welt.

Sozialistenbekämpfung im Kintopp.

Eine etwas plumpe Spekulation auf die Dummen hat in Laurahütte ein Kinematographenbesitzer versucht. Der politische Geschäftsmann, den wir dem Reichswahrheitsverband zur Ehrenmitgliedschaft vorschlagen, ließ vor einigen Tagen in seinem Theater ein Bild mit der Ueberschrift „Die letzte Stimme“ vorführen.

Wie versichert wird, soll der staatsverhaltende Kintoppbesitzer nach dieser Zurechtweisung ein Gesicht gemacht haben, das wert wäre, durch den Film wiedergegeben zu werden.

Schwere Automobilkatastrophen.

Auf der Landstraße von Karlsruhe nach Eitingen ist gestern das Automobil des Direktors Reumaier von der Rheinischen Automobilgesellschaft in Mannheim mit einem Juge der Alptalbahn zusammengestoßen.

Ein zweiter schwerer Automobilunfall hat sich in der vergangenen Nacht auf der Straße zwischen Wien und Wiener Neustadt zugetragen. Dort ist das Automobil des Ingenieurs Koffend aus Graz auf ein unbeleuchtetes Fuhrwerk aufgefahren.

Eine geborstene Zentrumsäule.

Einen der betriebsamsten und frömmsten Streiter für Wahrheit, Freiheit und Recht im Kreise Wilhelm a. H. hat sein Geschick ereilt. Wie die Rheinische Zeitung* mitteilt, hat die Wülheimer Bau- und Spargenossenschaft deren Vorstandsmittglied der Herr Gerhard Esser war, diesen Herrn seines Amtes entsetzt.

Der Druckschlerkold gegen die Schwarzen.

Im Zentrumsorgan „Kürnberger Volksz.“ vom 11. Mai d. J. ist folgendes zu lesen: „Der Hl. Vater äußert große Freude über die Fortschritte und Erfolge des katholischen Preisvereins (Prehvereins), indem er sich noch lebhaft an die letzte Vorstellung der Vorstandsschaft im Jahre 1906 erinnerte.“

Kleine Notizen.

Hochwasser der Ober. Infolge andauernden Regens ist die Ober im Oberlaufe gestiegen. Raibor meldet einen Wasserstand von 4,72 Meter. Gestern betrug er 1,92 Meter.

Weil sie nicht heiraten wollte. Ein Familiendrama in einer in Rom wohnenden brasilianischen Aristokratenfamilie erregt großes Aufsehen. Frau Rangel aus Rio de Janeiro hatte einem jungen Manne die Zulage zur Heirat ihrer siebzehnjährigen Tochter gegeben.

Wochen-Spielplan der Berliner Theater.

- Königl. Opernhaus. Sonntag: Die Fledermaus. Montag: Der fliegende Holländer. Dienstag: Die Zauberflöte. Mittwoch: Tamara. Donnerstag: Königskinder. (Anfang 7 Uhr.) Freitag: Lohengrin. Sonnabend: Cavalleria rusticana. Bajazzo. Sonntag: Die Zauberflöte. Montag: Tristan und Isolde (Anfang 7 Uhr.)

Berliner Theater. Sonntag, 23. Mai, nachmittags 3 Uhr: Cener von unferer Zeit. Abends: Hummelstudenten. Montag bis Mittwoch: Hummelstudenten. Donnerstag, Freitag und Samstag: Cener von unferer Zeit. Abends und Freitag: Der Diebgeprüfte. Sonntag, 23. Mai, nachmittags 3 Uhr: Cener von unferer Zeit. Abends und Freitag: Der Diebgeprüfte. (Anfang 8 Uhr.)

Neues Volks-Theater. Sonntag, 23. Mai, nachmittags 3 Uhr und abends: Der Diebgeprüfte. Montag: Kater Lampe. Dienstag und Mittwoch: Der Diebgeprüfte. Donnerstag, Freitag und Samstag: Kater Lampe. Sonntag, 23. Mai, nachmittags 3 Uhr: Der Diebgeprüfte. Abends und Montag: Der Diebgeprüfte. (Anfang 8 Uhr.)

Modernes (Hebbel-) Theater. Abends: Die Bienen. (Anfang 8 Uhr.)

Romische Oper. Sonntag, 23. Mai, nachmittags 3 Uhr: Die Fledermaus. Abends: Rigoletto. Montag: Ein Maskenball. Dienstag: Tosca. Mittwoch: Orpheus in der Unterwelt. Donnerstag, Freitag und Samstag: Hoffmanns Erzählungen. Sonntag, 23. Mai, nachmittags 3 Uhr: Die Fledermaus. Abends: Orpheus in der Unterwelt. Montag: Hoffmanns Erzählungen. (Anfang 8 Uhr.)

Thalia-Theater. Abends: Polnische Wälsche. (Anfang 8 Uhr.)

Schiller-Theater O. Sonntag, 23. Mai, nachmittags 3 Uhr: Die Ehre. Abends: Kullerleiker. Montag: Liebeslied. Dienstag: Im Klüffelfel. Mittwoch: Der Traum ein Leben. Donnerstag, Freitag und Samstag: Die Ehre. Abends: Der große Name. Sonntag, 23. Mai, nachmittags 3 Uhr: Der große Name. Abends: Kullerleiker. Montag: Der große Name. (Anf. 8 Uhr.)

Schiller-Theater Charlottenburg. Sonntag, 23. Mai, nachmittags 3 Uhr: Die Ehre. Abends: Kullerleiker. Montag: Liebeslied. Dienstag: Im Klüffelfel. Mittwoch: Der Traum ein Leben. Donnerstag, Freitag und Samstag: Die Ehre. Abends: Der große Name. Sonntag, 23. Mai, nachmittags 3 Uhr: Der große Name. Abends: Kullerleiker. Montag: Der große Name. (Anf. 8 Uhr.)

Reise-Theater. Sonntag, 23. Mai, nachmittags 3 Uhr: Der Diebgeprüfte. Abends: Kater Lampe. Montag: Kater Lampe. Dienstag und Mittwoch: Der Diebgeprüfte. Donnerstag, Freitag und Samstag: Kater Lampe. Sonntag, 23. Mai, nachmittags 3 Uhr: Der Diebgeprüfte. Abends und Montag: Der Diebgeprüfte. (Anfang 8 Uhr.)

Klubtheater. Sonntag, 23. Mai, nachmittags 3 Uhr: Cener von unferer Zeit. Abends: Hummelstudenten. Montag bis Mittwoch: Hummelstudenten. Donnerstag, Freitag und Samstag: Cener von unferer Zeit. Abends und Freitag: Der Diebgeprüfte. Sonntag, 23. Mai, nachmittags 3 Uhr: Cener von unferer Zeit. Abends und Freitag: Der Diebgeprüfte. (Anfang 8 Uhr.)

Neues Operetten-Theater. Sonntag, 23. Mai, nachmittags 3 Uhr: Der Diebgeprüfte. Abends: Kater Lampe. Montag: Kater Lampe. Dienstag und Mittwoch: Der Diebgeprüfte. Donnerstag, Freitag und Samstag: Kater Lampe. Sonntag, 23. Mai, nachmittags 3 Uhr: Der Diebgeprüfte. Abends und Montag: Der Diebgeprüfte. (Anfang 8 Uhr.)

Theater des Westens. Sonntag, 23. Mai, nachmittags 3 Uhr: Die lustigen Ridelungen. Abends und Montag: Die lustige Witwe. Dienstag und Mittwoch: Ein Balztraum. Donnerstag, Freitag und Samstag: Die lustigen Ridelungen. Abends und Freitag: Die geschiedene Frau. Sonntag, 23. Mai, nachmittags 3 Uhr: Der ideale Bauer. Abends und Montag: Der ideale Bauer. (Anfang 8 Uhr.)

Trianon-Theater. Abends: Das Bräutigam. (Anfang 8 Uhr.)

Luise-Theater. Sonntag, 23. Mai, nachmittags 3 Uhr: Aus erster Ehe. Abends: Ohne Mutter. Montag bis Donnerstag: Ohne Mutter. Freitag: Aus erster Ehe. Sonntag, 23. Mai, nachmittags 3 Uhr: Aus erster Ehe. Abends und Montag: Ohne Mutter. (Anfang 8 Uhr.)

Luise-Theater. Sonntag, 23. Mai, nachmittags 3 Uhr: Der Herr Senator. Abends: Der Feldherrnhügel. Montag und Dienstag: Der Feldherrnhügel. Mittwoch bis Sonntag: Revers. Sonntag, 23. Mai, nachmittags 3 Uhr: Der Herr Senator. Abends und Montag: Revers. (Anfang 8 Uhr.)

Rose-Theater. Sonntag, 23. Mai, nachmittags 3 Uhr: Des Mädchens Lebensweg. Abends: Der fremde Blick. Vorher: Die Verlobung im Bett. Montag bis Sonnabend: Der fremde Blick. Vorher: Die Verlobung im Bett. (Anfang 8 Uhr.)

Bell. Sonntag, 23. Mai, nachmittags 3 Uhr: Auf nach New York. Abends und Montag: Der fremde Blick. Vorher: Die Verlobung im Bett. (Anfang 8 Uhr.)

Casino-Theater. Sonntag, 23. Mai, nachmittags 3 Uhr: Marianne, ein Weib aus dem Volke. Abends: Zwei Wappen. Montag bis Sonnabend: Zwei Wappen. Sonntag, 23. Mai, nachmittags 3 Uhr: Marianne, ein Weib aus dem Volke. Abends und Montag: Zwei Wappen. (Anfang 8 Uhr.)

Metropol-Theater. Abends: Dohle amüßert sich. (Anfang 8 Uhr.)

Folies Caprice. Abends bis auf weiteres: Der Herr Senator wird spielen. III. Klasse. (Anfang 8 Uhr.)

Volks-Theater. Abends: Spezialitäten. (Anfang 8 Uhr.)

Vogel-Theater. Sonntag, 23. Mai, nachmittags 3 Uhr: Spezialitäten. Abends: Spezialitäten. (Anfang 8 Uhr.)

Wintergarten. Abends: Spezialitäten. (Anfang 8 Uhr.)

Reichshallen-Theater. Täglich: Stettiner Sänger. (Anfang 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.)

Walhalla-Theater. Abends: Prinz und Bettlerin. (Anfang 8 Uhr.)

Herrnfeld-Theater. Täglich: Scheidungs-Souper. Ein Verlobungs-gesellschaft. Die Bar-Schmeier. (Anfang 8 Uhr.)

Carl-Haberland-Theater. Täglich: Spezialitäten. (Anfang 7 Uhr.)

Kaiser-Panorama. Täglich: Wanderung im Spreewald. Reise in der böhmischen Schweiz.

Volks-Theater. Montag: Der Postillon von Räncheberg. Mittwoch bis Freitag: Ein vorzüglicher Mann. Sonntag, 23. Mai: Ein vorzüglicher Mann. (Anfang 8 Uhr.)

Krona-Theater. Lindenstr. 43/49. Lebende Tierbilder von nah und fern. (Anfang 8 Uhr.)

Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein Rixdorf.
Am 20. Mai verstarb unser Parteigenosse, der Schneidermeister **Theodor Buck** Hochschütz. 18 (2. Bez.).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 21. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Rixdorfer Gemeindefriedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet.
Der Vorstand.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.
Filiale Groß-Berlin.
Durch den Tod ist uns einer unserer Mitkämpfer, der pensionierte Kollege **Heinrich Büchholz** von der Bezirksverwaltung entzogen worden.
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
Die Beerdigung findet am Montag, den 22. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Bartholomäus-Kirchhofes in Weihenher, Falkenberger Straße 148/9, aus statt.
56/10 Die Ortsverwaltung.

Am Donnerstag, den 18. Mai, abends 8 Uhr, verschied nach langen, qualvollen Leiden mein lieber Mann, ver Oescher **August Henneberg** im Alter von 39 Jahren.
Dies zeigt mit der Bitte um stille Teilnahme schmerzerfüllt an **Martha Henneberg** geb. Schuderl.
Die Beerdigung findet am Montag, den 22. Mai, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Rixdorfer Gemeindefriedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.

Zentral-Kranken-Unterstützungsverein der Schmelde u. verw. Gewerbe Deutschl.
Zahlstelle Berlin 4.
Den Witwen zur Nachricht, daß unser Kollege **Wilhelm Böhmer** am 19. Mai verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag nachmittags 3 Uhr, auf dem Central-Friedhofe in Friedrichsfelde statt. 176/12
Recht rege Beteiligung erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein Rixdorf.
Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Töpfer **August Henneberg** Oster. 12 (16. Bezirk) im Alter von 39 Jahren an der Choleraerkrankung verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 22. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Rixdorfer Gemeindefriedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet.
235/8 Der Vorstand.

Deutscher Bauarbeiterverband.
Sektion der Pauer.
Unseren sowie den Mitgliedern des Gesangsvereins der Pauer hiermit zur Nachricht, daß der Kollege **Heinrich Wandel** (Bez. Wedding) am 19. Mai im 63. Lebensjahre verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 22. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Stephanus-Friedhofes in der Seestraße aus statt. 138/16
Um rege Beteiligung ersucht.
Die örtliche Verwaltung.

Zentralverband der Töpfer Deutschlands.
Filiale Berlin.
Hierdurch die traurige Mitteilung, daß der Kollege **August Henneberg** (Bezirk Rixdorf) am 18. Mai im Alter von 39 Jahren an Lungentuberkulose verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 22. Mai, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Rixdorfer Gemeindefriedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht.
192/15 Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß am Freitag, den 19. Mai, unsere liebe Mutter, die Witwe **Luise Noack** geb. Hausmann sanft entschlafen ist.
Dies zeigt tiefbetruert an **Die trauernden Kinder** Martha, Richard, Lieschen.
Die Beerdigung findet am Montag, den 22. Mai, nachmittags 5 Uhr, vom Trauerhause, Neue Bornstr. 28, aus statt.

Dankfagung.
Für die Beteiligung bei der Beerdigung meines Sohnes **Max Gammisch** sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten sowie dem 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis, dem 165. Reichstags-Wahlbezirk, dem Sparverein „Sonnenschein“, den Kollegen der Firma Carlsbäcker u. Waage, insbesondere dem Herrn Friedrich und Wöhler für ihren Beistand meinen innigsten Dank.
Vom. Berta Gammisch.

Dankfagung.
Für die herzlichste Teilnahme beim Tode meines teuren Gatten spreche ich allen seinen Kollegen, der Telegraphia sowie Freunden und Bekannten meinen Dank aus. 77/13
Berlin, den 17. Mai 1911.
Helene Stegmann nebst Kindern.

Die Hausfrau praktisch, wie immer, kauft zur Reisezeit für die ganze Familie **Florian Zahnputz-Kasten**, Zahnpulver, Zahnbürste, Mundwasser. Preis nur M. 1.-. Zu haben in Konsumvereinen, Genossenschaften und einschlägigen Geschäften sowie direkt 10 Stück M. 8.50, 24 Stück M. 18.- franco Nachnahme durch **Arthur Wasservogel**, G. m. b. H., Berlin W. 50, oder durch die **Chemischen Werke Florian & Co.**, Britz-Berlin.

Zeun & Ellrich
Berlin N. 31,
151 Brunnenstr. 151
offiziellen
Roh-Tabake
vergoldet und unvergoldet, zu billigen Preisen, 3. B.
Japa-Ymbblatt u. 1.50
= Versand gegen Nachnahme, =

Heinrich Franck
Tel.: Amt III. 4352. Brunnenstr. 29. 5-7 Uhr geöffnet.
Sumatra-Decke 240 Pf. verz.
Vollblatt, 3. Länge, rechts u. links hell, leicht, zart, blattig, riesig preiswert, schneeweißes Brand!



Wollen Sie die absolute Sicherheit haben, meine Damen, recht gut und billig bei **WESTMANN**
Mohren-Strasse 37 a (nahe Jerusalem Str.)
Grosse Frankfurter Str. 115 (nahe Andreasstr.) zu kaufen, so wählen Sie nicht die letzten Tage vor dem Fingerring!

Aussergewöhnlich aparte Sommer-, Reise-, Gebirgs-Kostüme (Leinen, Bast, Seiden, Loden, sehr eng. Stoffe)
Sommer-, Staub-, Regen-Mäntel (Grenadine, Popeline, Famoside, Gips u. a.)
Schwarze Frauenmäntel (fröhliche Frauengrößen: auch in reißerform, 100 u. anschliessend)
Leichte, luft-Blusen, schicke Hösche für Strassen, Gebirge, Strand
Hübsche Gesellschaftskleider, elegante Buchesse-Mäntel zu ganz bedeutend ermässigt. Preisen

z. T. für die Hälfte, ein Drittel, z. T. noch billiger

nach folgenden Beispielen:
4 1/2, 6, 8, 11, 14, 18, 22, 26, 30, 34, 38, 42, 46, 50, 54, 58, 62 bis 180 M.
regul. z. T. 10, 15, 20, 30, 40, 50, 60, 70, 80, 100, 120, 150 u. 200 M.

Stauenswerter Auswahl!
Sonntag geöffnet 8-10, 12-2.

Unserem Genossen **August Rose** nebst Gemahlin zu ihrer am 22. Mai stattfindenden **silbernen Hochzeit** und zu seinem gleichzeitigen **50. Geburtstag** die besten Glückwünsche.
Die Genossen des 898. Bezirks.

Kaplers Restaurant
normales Döring
Größte a. O. Verzehralokal.
Den geachteten Vereinen und Gesellschaften zur Kenntnis, daß ich das Lokal von Döring übernommen habe. Großer feiner Garten. Für Speise und Getränke in bester geort.
E. Kapler.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz,
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 3-4

Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden
Rosenthaler Str. 70.
Dr. Popke, Spr. 9-2, 6-9, Sonnt. 9-3
sicht am Moritzplatz,
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 3-4

Kaufen Sie nur
Vorgehen vom Verkäufer selbst, da keine Provision zu zahlen ist. Verkauf
R. v. 628, am 20. 11. 1911.
Lehr. Ger. An. u. Abg. Lagerstraße 228, Post 21

Alexander Taubig
aus Ungarn wird erlucht, seine Aboeffe unverzüglich seinem Bruder **Ignaz Taubig Reschitsa**, Sub-Ungarn, Arpadgasse 19, mitzuteilen.
Beilen Sie sich
und beschäftigen Sie die letzten 17 Parzellen in Zepernia, die ich sehr billig verkaufe.
- Pläne gratis. -
G. Rieger, Berlin, Kantarstr. 5

Von 45 Mark
an fertige Anzug oder Paletot aus modernsten Stoffen aus Rohbar. Bei Stoffgabe billige Preise.
H. Papendorf, Schneidermeister, Schneiderei, Neue Königstr. 27, I.
Telephon: VII, 4513.
Langjähriger Aufseher.

Abessinier-Brunnen
zum Selbstausströmen für 3 m Tiefe schon u. 12 M. an; Hofpumpen, Garten- und Brunnenpumpen u. a. 5 Jahre Garantie. Muster Preislisten gratis. **Kohlank & Co., Pump- u. Berlin N., Reinickendorferstr. 95**

J. Baer
Ecke Prinzen-Allen
Herren- und Knaben-Moden, Berufskleidung, Elegante
Paletots u. Pelzwaren.
Großes Stofflager u. zur Anfertigung u. Maß.
Afferbilligste, streng feste Preise.

Syphilis-Nachweis
In allen frisch u. veraltet zweifelhafte Fälle durch wissenschaftl. Untersuchung sofort; bezgl. Chem. (Spez. auf Gonorrhoe-Bakterien) u. Spätkuren. **Dr. Homeyer & Co., Spezial-Abent., Friedrichstr. 189, im Kronen- und Hofbräuhaus, I. 8724, Berl. Adlph. dier. u. tollent. Geöffnet von 8-8 Sonntags von 12-1.**

Hermann Fischers billige Särge
Berlin, Ursulastr. 111, Ecke Johann, früher Rixdorf. Tel.: Amt IV, 18430.

Stoffe
für Anzüge, Paletots, Meter 3, 4, 5 M. aus besten Stoffen, daher am billigsten. **Zuchinger Koch & Seifend G. m. b. H., Gertraudenstr. 20-21**

Kautabak
Marke **Grimm & Triepel Nr. 3** dick grüne Verpackung
Marke **Grimm & Triepel Nr. 5** mittel Karton gelbe Farbe
Marke **Grimm & Triepel Nr. 6** mitteldünn Kart. rosa Farbe
Marke **Grimm & Triepel Nr. 7** dünn Karton blaue Farbe
Wir bitten darauf zu achten, dass jedes Pfund mit Original-Verschluss geliefert wird und warnen vor Nachahmungen.
Grimm & Triepel, Nordhausen.

Reste
Damentuche, schwarze und farbige, Kostüm-Stoffe, neueste Muster, Trikot-Stoffe, Weiden-Plüsch, Sammete, Seide etc.
Konfektion
Paletots, Jackette, Regenmäntel, Kostüme und Kostümstücke in grosser Auswahl.
C. PELZ
Kottbusstr. 5.

Beinkranke
Dr. Strahl's Institut.
Operationlose Behandlung ohne Berufstätigung
Heber 2500 Dank-schreiben.
Prospekt gratis.
Sehr billige Kurkosten.
Charlottenstr. 22.

+ Magerkeit +
schwindet durch Haufo's Nährpulver "Thilosia". Preisgekrönt Berlin 1904. In 6 Wochen 24 Pfund ärztl. kontrollierte Zunahme. Gar. unerschäd. Viele Anerk. Karton 3 M., bei Postversand Porto und Nachnahmespesen extra. **H. Haufo**, Berlin N., Greifenhagenstr. 70. Depots in folgenden Apotheken: Lothringenstr. 50 (am Rosenthaler Tor), Elefant-Apothek, Leipzigerstr. 74, Weissenburgerstr. 33, Potsdamerstr. 29, Köpenickerstr. 119, Hornburgerstr. 3, Frankfurter Allee 74, Rosenthalerstr. 61, Reinickendorferstr. 1. **Charlottenstr. 74, Bismarckstr. 81, Spandau: Potsdamerstraße 40, Best.: Pfl. Elw. Haemogl. Leich. Banm. Natronoh. Cac. Zucker. ***

Varzelle, 76 Kuten,
mit Sommerhäuschen, verkauft sehr billig, keine Anzahl, **Mahldorf-50d. Puschak, Lichtenberg, Plomstr. 6.** 183/19

Gneisenastraße 10, S. Grau, billigste u. beste Bezugsquelle für **Möbel jeder Art.** Kassa und Teilzahlung.

Achtung!
100 Cigarren gratis
Sammeln Sie Prämienscheine. **BERLIN N. 38, H. Preuß** Swinemünder Str. 64, Zigarren-, Zigaretten- u. Tabak-Fabrik und Versand-Haus. Engros-Preisliste kostenfrei.

Rohtabak
Sumatra-Decke, 3 Länge, Vollbl., schneew. Br. 3 M.
Max Jacoby, Strolitzer Str. 52.

Reste
Damentuche, schwarz u. farbige, Kostüm-Stoffe, neueste Muster, Trikot-Stoffe, Weiden-Plüsch, Sammete, Seide etc. zu Anaben-Käuzgen.
Konfektion: Paletots, Jackette, Staubmäntel, Kostüme, Kostümstücke.
Zit's Gelegenheitskäufe!
Paul Karle, Warfhauserstr. 18. I

Westmanns Trauermagazin
Extra-Abteilung
I. Gesch.: Berlin W., Mohren-Strasse 37a (2. Haus von der Jerusalem Str.)
II. Gesch.: Berlin NO., Große Frankfurter Str. 115 (2. Haus von der Andreasstr.)
Schr. Ausw. fert. Kleider, Hüte, Handschuhe, Schlei'er etc. v. einfachsten bis zum hochelegantesten u. äußerst niedrigen Preisen.
Sonder-Abteilung: **Maßanfertigung** in 10 bis 12 Stunden.

Achtung! Borneo!!
Dritte Länge, Strohblatt, hell grau und schneeweiß Brenndend per Pfund 1.50 M.
Hamburger Rohtabak-Haus
Filiale: Berlin N.
25 Brunnen-Strasse 25.

Reste
Damentuche, schwarz u. farbige, Kostüm-Stoffe, neueste Muster, Trikot-Stoffe, Weiden-Plüsch, Sammete, Seide etc. zu Anaben-Käuzgen.
Konfektion: Paletots, Jackette, Staubmäntel, Kostüme, Kostümstücke.
Zit's Gelegenheitskäufe!
Paul Karle, Warfhauserstr. 18. I

Westmanns Trauermagazin
Extra-Abteilung
I. Gesch.: Berlin W., Mohren-Strasse 37a (2. Haus von der Jerusalem Str.)
II. Gesch.: Berlin NO., Große Frankfurter Str. 115 (2. Haus von der Andreasstr.)
Schr. Ausw. fert. Kleider, Hüte, Handschuhe, Schlei'er etc. v. einfachsten bis zum hochelegantesten u. äußerst niedrigen Preisen.
Sonder-Abteilung: **Maßanfertigung** in 10 bis 12 Stunden.

Rauchertrost

in

schweren Zeiten.

Monti-Zigarette

10 Stück 15 Pf.

Hervorragende Qualität.

Nur in den reellen Zigarrengeschäften.

Grosse Wäsche

wird spielend rasch und
ohne Anstrengung
nur mit Persil gewaschen! Kein vorheriges Anschmieren der Wäsche mit Seife, kein Reiben und Bürsten, nur einmaliges $\frac{1}{4}$ - $\frac{1}{2}$ stündiges Kochen und sorgfältiges Nachspülen.

Persil

wäscht ganz von selbst, ohne jeden Zusatz von Seife und Waschpulver, daher bedeutende Verbilligung des Waschens bei großer Zeit- u. Arbeitersparnis.

Erhältlich nur in Original-Paketen.

HENKEL & Co., DÜSSELDORF.
Alleinige Fabrikanten auch der weltberühmten

Henkel's Bleich-Soda

Fabrik-Niederlage für Berlin und Vororte:
Joh. Schmalor, Berlin N. 4, Tieckstraße 11.

Tadellos 1 M.

wöchentliche Teilzahlung
liebere elegante

Herren-Moden

fertig und nach Mass
Garantie für tadellosen Sitz und feinste Verarbeitung.

J. Kurzberg

Maß-Schneiderei

Rosenthaler Str. 40-41 | Frankfurter Allee 104
am Hackeschen Markt | Ecke Friedenstrasse.



Sophien-Säle

Sophienstraße 17/18

Quarstraße der Rosenthaler Straße
am Hackeschen Markt

Inhaber: Johann Heidrich

empfiehlt seine von 60-2000 Revisionen lassenden Säle zu Hochzeiten, Versammlungen, Vortrags- und Kunstabend ujm. Vorzügliche Akustik, Anlauf, Entgegenkommen. - Die Stengelbühnen sind noch einige Tage frei.

Großer Saal noch Sonnabende im September, Oktober, November und Dezember frei.



Novität

Sieben ershien

Lily Braun

Memoiren einer Sozialistin Kampfjahre

Roman - Erstes bis zehntes Tausend
657 Seiten 8^o

Geheftet 6 Mark, gebunden in Leinen 7 M. 50 Pf.,
in Halbfranz 9 Mark

Früher ist erschienen

Lily Braun

Memoiren einer Sozialistin Lehrjahre

Roman - 20. Tausend

Umfang und Preise wie oben

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen

Verlag von Albert Langen, München



In
janz Berlin putzt
nisch so ju^{wie}
Urbin
Stiebeln
putzen
du!

UNDENSTADT

In Dosen zu 10, 20 und 25 Pf. überall erhältlich.
Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg.



Alleinige Verkaufsstelle der
Patent-Kinderwagen
von Frauenarzt Dr. Heydemann

Metzner

Grösstes Special-Haus

Kinderwagen

Metall-Bettstellen

Garten-Möbel etc.

Katalog gratis

Berlin, O. Andreasstr. 23.
Brunnenstr. 95 Leipzigstr. 54.
Beusselstr. 67, Rixdorf, Bergstr. 133.

Das

Haloppi- Preis-Rätsel

1. Preis	Mk. 300.-
2. "	200.-
3. "	100.-
4. "	75.-
5. "	60.-
6. "	50.-
7. "	40.-
8. "	30.-
9. "	25.-
10. "	20.-

Sämtliche Preise

in bar!

Außerdem 500 Trostpreise

im Werte von 2500 Mk.

im
Schaufenster!!

Die Bedingungen liegen in den durch Plakate kenntl. Zigarrengeschäften aus.

NICOLAUS PINDO

HACKESCHER
MARKT

No. 1

Spezial-Abteilung

für elegante

Herren - Garderobe

Modernste Farben und Stoffe
Garantie für tadellosen Sitz!

Geringste Anzahlung

Vornehme

Damen - Garderobe

Nur Neuheiten der Saison

MÖBEL

auf Credit!

Ausstellung

von ca. 75 Musterzimmern einfacher und eleganter

Wohnungs- Einrichtungen

von 250 Mark bis 15000 Mark

Illustrierter Katalog gratis und franko

Einzelne Möbelstücke
in riesiger Auswahl

Beguemste Teilzahlung!

Complette Ausstattung von Pensionaten, Villen,
Hotels, Cafés, Restaurants etc.

Stilgerechte Salons u. Herrenzimmer
Stilgerechte Speise- u. Wohnzimmer
Stilgerechte Schlafzimmer u. Küchen

Charlottenburg.

S. Hoffmann, Wilmsdorfer Straße 12

Ecke Schulstraße

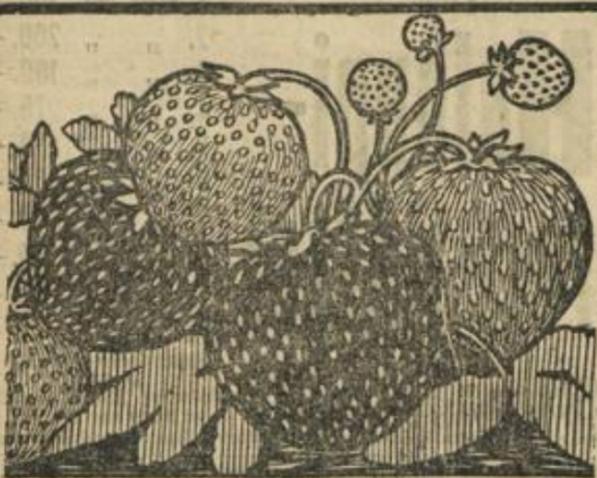
empfiehlt sein reichhaltiges Lager von

guten selbstangefertigten Sommer-Anzügen und Paletots

für Herren und Knaben zu sehr soliden Preisen.

Maß-Anzüge aus den modernsten Stoffen von 45 M. an

in eigener Betriebswerkstätte. 42511



Selbstgepflücktes Obst im eigenen Garten

ist frischer, gesünder und schmeckt viel besser als vom Händler im Laden gekauftes. — Im eigenen Heim und Garten verleiht man die schönste Ferienzeit und spart die teure und unbequeme Sommerreise.

Wir verkaufen Grundstücke mit fertig angelegten Obstpflanzungen und Ferienhäusern sehr billig in:

Biesdorf Station der Ostbahn
Route von 20 Mark an

Neu-Sadowa Stat. Sadowa, a. d. Strasse n. Biesdorf
Route von 15 Mark an

Kaulsdorf am Bahnhof
Route von 12 Mark an

Stienitzburg Station Frederdorf a. d. Ostbahn
Route von 4 Mark an

Kleinste Anzahlung. Auch 10-jährige Amortisations-Hypothek. Verkaufsstellen auf den Geländen und Bahnhöfen

Nieschalke & Nitsche

Berlin NO 43, Neue Königstrasse 16.

Fernsprecher: Amt VII, 6376.

Laferme

REDOUTE

Cigaretten
2-5 Pfennig

Vorzügliche Qualitäten.

Klopfe mit Luft!

Teppich-Reinigung

und sämtliche Nebenarbeiten*

Staehr & Co.

Berlin S. 42, Gitschiner Str. 80

Fernsprecher: Amt IV 216 und 226. 33/1*

* Aufbewahrung. — Entmoftung v. Polstermöbeln. — Chemische Reinigung. — Kunststopferei. — Bettfedern-Reinigung. — Vacuum-Entstaubung mit fahrbaren Apparaten.

Klopfe mit Luft!

1 MARK



wöchentliche Teilzahlungen

Herren-Garderobe

Erst- für Mass Anfertigung, n. Mass Tadello's Ausführung.

Julius Fabian

Schneidermeister

Gr. Frankfurter Str. 37, II

Eingang Strausberger Platz

II. Geschäft:

Turm-Strasse 18

nur erste Etage kein Laden

Kalter Brühl



Kalte Bouillon entfettet

:: in Würfelform ::

Neues konkurrenzloses

Erfrischungs-Getränk

Kalt löslich. Wohlgeschmeckend, erfrischend, gesund. Im Ausland in den feinsten Kreisen bekannt und beliebt. Man probiere selbst!

Brühl & Cie. G. m. b. H. Berlin SO. 16.



Wir

bieten Ihnen Kredit an, und zwar bei geringer Anzahlung und kleinen wöchentlichen oder monatlichen Raten. Jedermann, ob Herr od. Dame, erhält Kredit und

verkaufen

wir Möbel — einzelne Gegenstände und ganze Einrichtungen, erstere von 3.— Mark und komplette Zimmer von 10.— Mark Anzahlung an. Unsere Spezialität sind: Herren- und Schlafzimmer, Salons, Wohnzimmer und Küchen

Auf

Jeden einzelnen Gegenstand übernehmen wir Garantie. Die Auswahl in unseren Abteilungen Herren- und Damen-Konfektion ist unerreicht und sind sämtliche Gegenstände aus prima Stoffen nach neuesten Modellen gearbeitet. Die Preise sind trotz der bequemen

Teilzahlung

ausserst solid und können Sie sich die Raten nach Ihrer Bequemlichkeit einrichten. Wir laden Sie zur Besichtigung ohne jeden Kaufzwang ein.

Max Friedeberg

G. m. b. H.

Bülowstrasse 24

an der Potsdamer Strasse

(Hochbahnstation)

Beim Vorzeigen dieses Inserats 4% Rabatt

Damen sparen Geld!

Im Engros-Lager vormitt. v. 10 Uhr ab: „Einzelverkauf“

Aparte Frauen - Spitzen - Capes u. Fichüs 10-25 M. Schicke Polrei-Mäntel, elegant. Kimonos 7 bis 50 M. Daselbst ganz Selbst. Staub-Mäntel 5-30 M. Regen.

Gelegentlichakant hocheleganter Modelle Tuch - Etamine, Paletots Tüll - Liberty - bedout unter Herstellungspreis. Spez: Extraweit Lasterke Damen.

Elegante Frauen-Paletots aparte Stickereien 15-50 M. Anschließende Tuch-Paletots Tailor made in allen Längen 12-35 M. Ulster u. Raglans, engl. Art 6-25 M. Loden-Pelerinen, 125 cm lg. 6.50 M. Kleider Mädchen-Paletots 3-10 M. Hochleg. Kostüme blau u. Kammgarn englische Art, Bast und Leinen, 15-50 M.

Max Mosczytz Kein Laden

Engros Lager Berlin C. Landsberger Str. 59 am Alexander-Dian. 1 Treddr. Nichten Sie im eigenen Interes auf die Hausnummer.

Herren-Garderobe

Beste nach Maß auf Teilzahlung

von 10 M.

an monatlich, Anzahlung 1/2, bis zur Vollerung. sehr billige Preise, Anzüge von 65 M. an, Paletot von 48 M. an, feinste fabelhafte Ausführung.

J. Tomporowski, Schneidermeister, Lindenstraße 110, Amt IV 6293. — Auch englische Damenkostüme und Paletots, vor Stoff hat, billigste Stoffpreise.

Scherz-Vereins-

Verlosungs - Artikel, Papier - Mützen, Lampen, Radau - Instrumente in aussergewöhnlich reicher Auswahl. Vereine erhalten auf die ohnehin schon sehr billigen Preise — Rabatt.

Bernhard Keilich Spielwarenhaus — 19 Schaufenster, Grosse Hamburgerstrasse 21-23.

800 Muster Taschenuhren dgl.

Ohne Anzahlung! Herren-, Damenuhren Spezial-Uhren-Weltlaus. Geschäft 25 Jahre. Trauringe. **R. Hartmann** Brücken-Str. 13. Reparaturen spottbillig. Vorzeiger dieses 5 Proz. Rab.

Abessinier-Pumpen

zum Selbstaufstellen für Gartenbesitzer u. Laubentkolonisten von 8 M. an Flügelpumpen, Gartenbrunnen, Filter, Röhren, Schläuche usw. billigt. Erdböhrer leihweise.

Carl Köchlin & Co., Berlin SW. (IV 1876.) Alte Jakobstr. 18/19

Gesunder Schlaf

nur auf Zu haben in allen besseren Möbel- und Bettgeschäften aus den Fabriken von **Schickler, Bohe & Co., G. m. b. H.** Elberfeld, Berlin-Tempelhof, Breslau, Frankfurt a. M., Hamburg.

Kein Detailverkauf

Unübertroffen an Elastizität und Dauerhaftigkeit, mit und ohne federnde Seitenkanten

„Schiboco“-Matratzen

Jede Matratze trägt diese Schutzwaire

Leseabend der Frauen: Morgen Montag, den 22. Mai.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste!

Die Parteigenossen Berlins und der Provinz Brandenburg werden nochmals daran erinnert, daß Anfang Juni eine neue Lokalliste erscheint. Änderungen und Neuaufnahmen sind bis spätestens Mittwoch, den 24. Mai, an die Mitglieder der Lokalkommission der einzelnen Kreise zu richten.

In Mariendorf, Steglitz-Südende, Lankwitz und Tempelhof bemüht sich seit einiger Zeit der Vorstand des dortigen Gastwirtsvereins sowohl wie die Lokalkommission, die Lokalhäuser zu bewahren, sämtlich ihre Säle auch der Arbeiterschaft zur Verfügung zu stellen.

Die Bemühungen sind nun an dem Widerstand einzelner Gastwirte gescheitert und ist es daher Pflicht aller Parteigenossen, die Lokalliste genau zu beachten.

Inbesondere sind in Südende die Lokale von Dahl und Schultze und in Mariendorf Straßes Gesellschaftshaus streng zu meiden.

Auch in Neue Niesede-Niedersee ist das Niesede Lokal nach wie vor gesperrt.

In Kaulsdorf N.-B. steht Hamanns Gesellschaftshaus (Inhaber Anoenicht), Frankfurter Chaussee, der Partei und den Gewerkschaften zu allen Veranstaltungen zur Verfügung.

Die Lokalkommission.

Schöneberg. Am Donnerstag, den 25. d. M. (Himmelfahrtstag), veranstalten die Mitglieder des Wahlvereins einen Ausflug nach Wannsee. Fraueninsel, Nikolstog, Moorlake, Potsdam. Die Teilnehmer benutzen die Bahn ab Grohgedorferstraße früh 7,14 Uhr bzw. 7,34 Uhr und vom Bahnhof Friedenau ab 7,19 Uhr bzw. 7,39 Uhr. Rückzügler werden nur bis 8,8 Uhr in Wannsee erwartet. Von Wannsee ab wird die Strecke durch den Wald zu Fuß zurückgelegt. Der Vorstand.

Wilmersdorf-Halensee. Dienstag abend 8 Uhr findet von den Bezirkskollegen aus eine Handzettelverbreitung zu den Gewerbegeheimnissen statt.

Zehlendorf (Wannseeufer). Dienstag, den 23. d. M., abends 8 1/2 Uhr: Wahlvereinsversammlung bei Verno Ricken, Potsdamer Straße 25. 1. Vortrag des Genossen Ido über „Verfassungsweisen“. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. Der Vorstand.

Steglitz-Friedenau. Am Himmelfahrtstag: Familienpartie. Treffpunkt morgens 8 Uhr Brunenwald, Ecke Kaiser-Wilhelm-Straße in Steglitz. 9-11 Uhr: Spiele am Grunewaldsee, gegenüber Jagdschloß. Rückzügler 8 Uhr in Zehlendorf, Alsenstr. 12, Restaurant Schwarz, zum Kaffeetrinken. Der Bildungsausschuss.

Lichtenberg. Wegen Verlegung und Neuorganisation der Bibliothek bleibt dieselbe vom 24. Mai ab geschlossen. Sämtliche ausgeliehenen Bücher sind bis zum 24. Mai zurückzugeben. Den Tag der Wiedereröffnung geben wir später bekannt. Die Bezirksleitung.

Straßen. Die Genossen treffen sich heute Sonntag, früh 8 Uhr, zwecks Gewinnung von Wahlvereinsmitgliedern im 2. Bezirk im Lokal des Genossen Gundlach.

Karlshorst. Am Dienstag, den 23. Mai, abends 8 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung bei Bartels, Büchsenbad. Vortrag des Genossen Fritz Döwels über „Arbeiterdichtung“.

Nieder-Schönhausen-West. Montag, den 22. Mai, abends 8 Uhr, im Lokal des Genossen Müller, Sachsenstr. 13: Öffentliche Versammlung. Vortrag des Genossen Redakteur Karl Wermuth über „Schulfragen“.

Zeig. Heute Sonntag, nachmittags 2 Uhr, in Heiligensee, Restaurant Waldschloß, öffentliche Versammlung. Vortrag des Genossen Dähler über: Die Verankerung des Volkes durch den Reichstag und die nächsten Wahlen.

Die Genossen und Genossinnen, welche daran teilnehmen, treffen sich um 1/2 1 Uhr bei Dreiwitz, Schloßstr. 23.

Am Donnerstag (Himmelfahrtstag), Herrenpartie nach Heiligensee, Nieder-Neuendorf, Zinlenstr. Treffpunkt früh 8 Uhr bei Dreiwitz, Schloßstr. 23. Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Die Übung Jahns.

An dem auf dem Tempelhofer Felde und in der Hasenheide beabsichtigten Rummel zur Übung des Turnvaters Jahns sollen unter anderem auch 10 000 Schulkinder teilnehmen. In den Schulen wird jetzt zur Teilnahme an der „vaterländischen Gedendfeier“ Propaganda gemacht. Ein Zwang wird zwar nicht ausgeübt, die Teilnahme ist eine freiwillige. In einer Schule in der Mantuffelstraße hielt der Rektor an die Kinder eine Ansprache. Es wurde gewünscht, daß die Teilnehmer bzw. Teilnehmerinnen blaue Turnhosen für den Festtag sich zulegen möchten. Anscheinend soll durch die Parteimitglieder zum Ausdruck kommen, daß die Veranstaltung der Feier, die Deutsche Turnerschaft, auf die blaue Farbe Wert legt.

Ohne Interesse ist gerade in der Jetztzeit ein Artikel in der „Staatsbürger-Zeitung“, in dem nachgewiesen wird, wie unzulänglich die Turngelagenheit in den Berliner Gemeindefschulen ist. In diesem Artikel heißt es unter anderem:

„Bereits vor 10 Jahren ist für eine Anzahl der damals vorhandenen Turnhallen festgestellt worden, daß sie sehr überlastet waren. So wurde z. B. in drei Hallen wöchentlich 24 bis 26 Stunden, in sieben Hallen wöchentlich 30 bis 32 Stunden, in achtzehn Hallen 3 bis 49, in neun Hallen 50 bis 59, in vier Hallen 60 und mehr Stunden wöchentlich geturnt, also täglich 4 bis 10 und mehr Stunden. Die Zahl der turnenden Kinder belief sich damals in einer Halle wöchentlich auf 6400 in zwei Hallen auf 6900 bis 5100, in sieben Hallen auf mehr als 4000, in neun Hallen auf mehr als 3000, in zwölf Hallen auf mehr als 2000 usw. Seitdem ist eine neue Bestimmung in bezug auf Benutzung der Turnhallen nicht getroffen worden. Sicher ist aber, daß sich die Verhältnisse nicht verbessert, eher noch verschlechtert haben. Denn seitdem ist die dritte Turnstunde eingeführt worden. Turnten schon damals stets zwei Klassen zusammen, so ist das natürlich jetzt erst recht der Fall, ja mühsamer müssen nun wohl drei Klassen gleichzeitig turnen, was das bei Kombinationen, die durch Verteilungen nötig werden können, geschehen kann. Nun wird dies ein letzter Notbehelf sein und bleiben, aber die Folge der dritten Turnstunde ist gegenwärtig ein stark vermehrter Nachmittagsunterricht, der in wachen Fällen auch auf den Sonnabend ausgedehnt werden muß.“

Im Sommer freilich werden die Turnhallen — gutes Wetter vorausgesetzt — durch die Benutzung des Turnhofes entlastet. Im Winter jedoch wird der Mangel an Turnhallen recht unangenehm bemerkbar, ebenso bei Regenwetter im Sommer. Es ist ohne weiteres klar, daß der Turnunterricht in überlasteten Hallen nicht mehr gesundheitsfördernd wirken kann. Es wird lebhaft darüber bedauert, daß in den Turnhallen eine stark verbrauchte Luft herrscht, die einem fast den Atem nimmt, und die auch durch Öffnen

aller Fenster nicht wesentlich besser wird. Es ist eben ein ordentliches Durchlüften der Turnhallen zwischen je zwei Stunden unmöglich.

Ebenso wenig ist ein gründliches tägliches Reinigen der Hallen, das im Interesse der Gesundheit durchaus nötig ist, durchführbar. Gründlich gereinigt werden kann nur noch in den Ferien. Soll der Turnunterricht, dessen Förderung man sich heute so viel Geld, Zeit und Mühe kosten läßt, auch wirklich den erhofften gesundheitlichen Erfolg haben, so muß mit der Förderung Ernst gemacht werden, für jede Schule möglichst eine Turnhalle zu beschaffen. Der Raumangel auf den Schulgrundstücken kommt jetzt nicht mehr entscheidend in Frage, denn unsere Architekten und Baumeister verstehen sehr wohl, zweistöckige Turnhallen zu bauen. Es wäre die beste und würdigste Ehrung Jahns, wenn man der Turnstättennot gründlich steuerte, anstatt daß mehrere Tausend Mark für Pommes und Bratöl ausgegeben werden, der nur für einen Tag geht. Wir bezweifeln allerdings, daß unser Magistrat und die Stadtverordneten jemals zu dieser Erkenntnis kommen werden.“

Die „Staatsbürger-Zeitung“ hat hier wenigstens einmal einem vernünftigen Gedanken Raum gegeben. Auch wir glauben, daß durch Vermehrung der Turnhallen Jahns am besten geehrt würde.

Die Ueberwachung des Einladens von Rindvieh auf den Bahnhöfen der Berliner Vororte regelt eine soeben erlassene Verfügung des Regierungspräsidenten zu Potsdam. Die Besitzer des auf den Bahnhöfen der Kreise Niederbarnim und Teltow zur Entladung kommenden Rindviehs sind verpflichtet, die Tiere bei der Ausladung durch den zuständigen Kreisarzt oder dessen Stellvertreter auf ihren Gesundheitszustand untersuchen zu lassen. Von der Ankunft des Transports ist der Kreisarzt mindestens 24 Stunden vorher zu benachrichtigen, damit er die Untersuchung so rechtzeitig vornehmen kann, daß die Ausladung ohne Verzögerung erfolgt. Beim Ausladen der Tiere muß der Kreisarzt oder sein Vertreter zugegen sein. Er hat über das Ergebnis der Untersuchungen dem Besitzer auf Verlangen eine Bescheinigung auszufertigen. Die Untersuchung des zur Entladung kommenden Rindviehs darf unterbleiben für das vom Zentralviehhof in Berlin oder vom Magerviehhof in Friedrichsfelde stammende, mit einer Bescheinigung über seinen Gesundheitszustand versehene oder das zwecks sofortiger Abschachtung, ohne Umladung, den Schlachthäusern zugeführte Vieh. Die Kosten der Untersuchung fallen, sofern das zur Entladung kommende Rindvieh durch den Händler (Schlächter) zu Zwecken des öffentlichen Verkehrs oder der Abschachtung eingeführt wird, dem Besitzer zur Last. Dagegen sind die Kosten auf die Staatskasse zu übernehmen, wo die Einführung durch oder für Landwirte zum eigenen Bedarf erfolgt. Die Höhe der von den Besitzern an die beamteten Tierärzte zu zahlenden Untersuchungsgebühren richtet sich nach der kaiserlichen Verordnung vom 28. Juni 1906. Bei Untersuchungen mehrerer Transporte verschiedener Händler an einem Orte sind die Kosten auf die einzelnen zahlungspflichtigen Besitzer nach Verhältnis der Stückzahl der untersuchten Tiere zu verteilen.

Die Maulkorbfrage im Kreise Teltow. Der erste Ort im Kreise Teltow, der den Maulkorbzwang aufhebt und damit dem Berliner Beispiel folgt, ist die Stadt Köpenick, wo von heute ab die Hunde Maulkorbfreiheit genießen. Nachdem die Amtsvorsteher des Kreises Teltow sich im Prinzip sämtlich für die Aufhebung des Maulkorbzwanges entschieden haben, werden die anderen Orte voraussichtlich bald nachfolgen. Ueber den Termin der Aufhebung des Maulkorbzwanges im Kreise Niederbarnim verlautet noch nichts.

Eine Erklärung?

Das Restaurant „Zum Tierhäuschen“ in Treptow gehört der Stadt Berlin und ist an einen Restaurateur verpachtet. Der Vertrag läuft am 1. April 1912 ab. Wie wir hören, will man diesmal von einer öffentlichen Ausschreibung, wie das sonst in der städtischen Verwaltung üblich ist, Abstand nehmen und ohne Sang und Klang dem bisherigen Pächter die Bewirtschaftung des Lokals auf weitere sechs Jahre überlassen. Die städtische Grundeigentumsdeputation soll in diesem Sinne bereits entschieden haben. Dieses Verfahren ist recht auffällig und muß die sonderbarsten Vermutungen aufkommen lassen. Einmal muß darauf hingewiesen werden, daß öffentliche Ausschreibung der Verpachtung zu erfolgen hat, damit auch andere Interessenten Pachtgebote abgeben können. Privilegien für einzelne Personen dürfen in der städtischen Verwaltung nicht bestehen. Auch die Steuerzahler haben an einer öffentlichen Ausschreibung ein Interesse, denn es ist ein öffentliches Geheimnis, daß die gegenwärtige Pachtsumme für das Lokal eine außerordentlich geringe ist. Auf diese Tatsache ist bereits in den Verhandlungen des Staatsauschusses hingewiesen worden. Dann aber muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß weder die Grundeigentumsdeputation noch der Magistrat selbständig mit dem jetzigen Pächter den Vertrag auf sechs Jahre schließen können. Dieser Vertrag muß, wenn er rechtsgültig sein soll, der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt werden, wie das auch in früheren Fällen geschehen ist. Durch den bisherigen Gang der Verhandlungen in dieser Sache muß öffentlich die Frage aufgeworfen werden: Was geht hinter den Kulissen vor?

Sonntags-Sanitäts-Wachdienst auf den Bahnhöfen. Die Unfälle, die an Sonntagen durch den Massenandrang der Ausflügler auf den Bahnhöfen entstehen, haben in einer ganzen Anzahl an der Eisenbahn belegenen Vororte zur Einrichtung eines Sanitäts-Wachdienstes geführt. Die Mannschaft wird von den örtlichen Sanitätskolonnen gestellt. Den Dienst, der mittags beginnt und bis in die späte Nacht hinein dauert, versehen abwechselnd zwei oder drei Samariter, damit bei Unglücksfällen ohne Zeitverzug sofort Hilfe geleistet werden kann. Teilweise ist für die Dauer dieses Wachdienstes in dem Bahnsitz-Dienstraum auch eine Tragbahre untergebracht.

Wies gemacht wird. Im Handelsregister des königlichen Amtsgerichts Berlin-Mitte ist folgende niedliche Eintragung zu lesen: Inhaber der Firma A. Brandt, Kaffee-Großhandlung und Versand, Berlin, sind jetzt der minderjährige Hans Eberl, Berlin, und der minderjährige Ulrich Eberl, Berlin, beide vertreten durch ihren Vater, den Kaufmann Gustav Eberl. Der Übergang der in dem Betriebe des Geschäftes begründeten Verbindlichkeiten ist bei dem Erwerbe des Geschäftes durch die minderjährigen Hans und Ulrich Eberl ausgeschlossen.

Subventionierung des Ueberlandluftfluges durch die Stadt Berlin.

Für den deutschen Ueberlandluftflug 1911/12 zwischen Berlin-Hamburg-Hannover wollen diese Städte dem geschäftsführenden Ausschuss des Lauerfluges zusammen 125 000 M., die je zur Hälfte in diesem und nächsten Jahre gezahlt werden sollen, zur Verfügung stellen. Davon sollen Berlin und Hamburg je 50 000 M. und Hannover 25 000 M. zahlen. Hamburg und Hannover haben die Summe bereits bewilligt. Der Magistrat Berlin hat gestern beschloffen, vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung, die Summe von 50 000 M. zu bewilligen. Ferner sollen für den

in der Zeit vom 11. Juni bis 7. Juli d. J. unter Leitung des Vereins Deutscher Flugzeugtechniker nach den Bestimmungen des Deutschen Luftschifferverbandes veranstalteten deutschen Rundflug um den N.-O.-Preis der Lüfte, der auf dem Flugplatz in Johannisthal beginnt und endet, 5000 M. zur Beschaffung von Ehrenpreisen gestiftet werden. Den Stadtverordneten ist eine entsprechende Vorlage gemacht worden.

Endlich erwischt wurde der „König der Pelzdiebe“, der 66 Jahre alte Kaufmann Karl Göbel, dessen plötzliches Verschwinden in dem großen Pelzdiebstahlprozess im vergangenen Monate Aufsehen erregte. Göbel hatte seinerzeit sich unter der Vorpiegelung, daß er sich im Auslande aufhalte, während er tatsächlich im Inlande Delikt betriebe, mit Hilfe von Freunden sicheres Geleit verschafft und eine Bürgschaft von 20 000 Mark geleistet. Er wohnte auch der Hauptverhandlung bis zum vorletzten Tage bei. Als dann aber der Staatsanwalt 6 Jahre Zuchthaus gegen ihn beantragte, blieb er am letzten Tage aus. Vergeblich suchte man ihn, er war nirgends zu finden. Das Urteil lautete nach dem Antrage des Staatsanwalts auf 6 Jahre Zuchthaus, nachdem das Verfahren jahrelang geschwebt hatte. Jetzt war Göbel natürlich erst recht darauf bedacht, sich der Verfolgung zu entziehen, und es gelang ihm auch wirklich, sich verborgen zu halten, bis er endlich nach wochenlangem Beobachten gefahren früh erwischt wurde. Die Kriminalpolizei nahm von vornherein an, daß er auch jetzt nicht ins Ausland gegangen sei. Bewachte, die sich durch falsche Werte und alle möglichen Verflechtungen unentfänglich machten, beobachteten ohne Unterbrechung den ganzen Anhang Göbels. Diese Beobachtungen führten endlich zu der Verhaftung des G. in einem Hause Königsweg 21 zu Schöneberg.

Reaktionäre Berliner Sprechmaschinenhändler gegen den „Vorwärts“. Als wir im Herbst v. J. das Vorgehen der kleinen Zeitschrift „Die Sprechmaschine“ gegen die Erweiterung der Sonntagsruhe als reaktionär bezeichneten, erhob sich diese über die zutreffende Charakteristik so, daß sie deshalb zum Wohlfahrt des „Vorwärts“ seitens der Inserenten aufforderte. In dasselbe Horn bläst nun auch in seinem Jahresbericht der „Bund der Sprechmaschinenhändler“. Man braucht diese Anwendung nach den Machgelüsten und ungehörigen Kampfmethoden des Bundes der Landwirte bei den Sprechmaschinenhändlern allerdings nicht allzu tragisch zu nehmen, denn dieser „Bund“ hat nur 104 wirklich zahlende Mitglieder in ganz Deutschland um seine Fahnen zu scharen gewohnt, und auf Groß-Berlin entfallen davon noch nicht vier Dutzend. Die diese reaktionären Bestrebungen des Bundes nicht teilenden Sprechmaschinenhändler beginnen denn auch deutlich von ihm abzurufen, wie Inserate, in denen ausdrücklich „händlerbündfrei“ bemerkt ist, beweisen.

Der Silberhändler.

der für ein Silbergeschäft sozialdemokratische Haussegen betrieb und in nachweislich mehreren Fällen sich als Beauftragter der sozialdemokratischen Partei gab, hat nichts mehr von sich hören lassen. Als wir die ersten Notizen über seine Schwindeleien veröffentlicht hatten und die Ankündigung hinzufügten, daß wir auch die Firma des Geschäftes und den Namen des Reisenden noch feststellen würden, meldete sich bei uns unaufgefordert Herr Erich Kump, Inhaber eines Silbergeschäfts in der Büchlingstraße. Uns wurde nicht klar, woher Herr Kump bereits wußte, daß es sich um einen von seinen Reisenden handelte. Wir selber hatten das inzwischen einwandfrei ermittelt und wollten nunmehr das Nötige darüber veröffentlichen, aber jene Notizen hatten noch keinen diesbezüglichen Hinweis enthalten. Herr Kump versicherte uns jetzt, daß er von dem geschickten Treiben seines Reisenden Raed keine Ahnung gehabt habe und er aus schärfster Mißbilligung und wir teilen das unseren Lesern mit. Davon, daß der Reisende im Auftrage seines Arbeitgebers geschwindelet haben könnte, war ja auch mit keiner Silbe die Rede gewesen. Nachträglich sind wir nun auf einen Umstand aufmerksam gemacht worden, der der ganzen Affäre in wenigstens einem Punkte einen beinahe heiteren Anstrich gibt. Ausgerechnet Herr Kump muß das Mißgeschick wiederfahren, daß sein Reisender bei dem Vertrieb sozialdemokratischer Haussegen den Kniff probiert, sich als Beauftragter der sozialdemokratischen Partei einzuführen. Ausgerechnet dem Silberfabrikanten Erich Kump, der doch gar nicht langer Zeit demonstrativ von der Sozialdemokratie abgerückt war! Unsere Leser werden sich erinnern, daß im vorigen Jahre sich in einer Armenkommission ein großes Hallo gegen einen Sozialdemokraten erhob, der in sie hineingelangen sollte. Es handelte sich um die 120. Armenkommission, zu deren Bezirk ein Teil der Büchlingstraße gehört. Von den bürgerlichen Herren, die in dieser Kommission bisher unter sich gemessen waren, erklärten die meisten, daß sie mit dem Sozialdemokraten nicht zusammenarbeiten würden. Ihr Widerstand nützte ihnen nichts, und es blieb ihnen dann nur übrig, ihre Hemter niederzulegen. Unter ihnen war auch besagter Herr Kump. Und nun muß es Herr Kump passieren, daß sein Reisender Raed, sein Beauftragter, sich als Beauftragter der Sozialdemokratie aufspielt! Daß das ohne Wissen und Willen des Herrn Kump geschehen ist, ergibt sich schon aus seinem Willenswille gegen die Sozialdemokratie, den er in jenem Armenkommissionsstreit bekundet hat. Eben deshalb wird es Herr Kump erwünscht sein, daß wir jenen Umstand hier ausdrücklich hervorheben. Aber ein klein wenig hat er doch selber sein Mißgeschick verschuldet. Warum mußte er jetzt mit sozialdemokratischen Haussegen handeln?

Auch sie empfehlen sich als „Genossen“. Nicht nur Silberreisende, sondern auch Versicherungsagenten, die bei ihren Haustürgängen sich als „Genossen“ vorstellen, müßten mit Vorsicht aufgenommen werden. In Nirdorf hat ein Parteigenosse B. ein sonderbares Erlebnis mit zwei Besuchern gehabt, die anscheinend Agenten einer Versicherungsgesellschaft waren und bei ihm ein Geschäft zu machen hofften. B. ist bereits bereit bei der „Victoria“ gegen Feuerschaden versichert, aber das braucht den Besuchern nicht bekannt gewesen zu sein. Wohl um sich darüber zu informieren, führte der Ältere, der den Sprecher machte, sich ein mit den Worten: „Wir kommen von der „Victoria“, haben Sie denn schon unsere neuen Statuten bekommen?“ Als B. antwortete: „Die kriegen ich doch dann zugestanden!“ fuhr der Agent fort: „Der Inspektor war schon hier, er hat niemand angetroffen.“ Er fügte dann hinzu: „Könnte ich vielleicht mal Ihre Police sehen? Wir müssen nachsehen, ob der Stempel draufgeklebt ist.“ A. zeigte die Police, und nun fragte der Agent: „Wollen Sie sich nicht bei uns in die Lebensversicherung aufnehmen lassen?“ Als B. das als zu teuer ablehnte und sich auch für die ihm als billiger angebotene Volksversicherung der „Victoria“ nicht begeistern wollte, erklärte der Agent: „Wir sind doch von der Partei!“ Er redete dann allerlei von einem auf Weibels Standpunkt stehenden Verein, in dem er sei, und fragte: „Sie sind doch auch in der Partei? Sie sind doch „Vorwärts“-Leser?“ Auch forschte er nach der Adresse des Bezirksführers, weil er bei diesem sich die Adressen anderer Genossen geben lassen wollte, um auch sie aufzusuchen. Da B. mißtrauisch war, so warf er ein: „Na, dann haben

Sie doch auch eine Legitimation von Ihrer Organisation? Aber jetzt forzierte der Agent, er sei ja gar nicht von der „Viktoria“, er habe ja bloß den Stempel nachsehen sollen. Er wollte nun plötzlich nicht mehr stören und empfahl sich samt seinem jüngeren Begleiter. B. fand das Benehmen der beiden so auffällig, daß er zu zweifeln begann, ob sie überhaupt Versicherungsagenten und nicht etwa Polizeispäher waren. Er weiß freilich nicht, weshalb ausgerechnet ihn ein paar Spitzel heimgesucht haben sollten. Inzwischen hat er bei der Nixdorfer Station der „Viktoria“-Versicherungsgesellschaft den Vorfall gemeldet. Der Vorsteher hat geantwortet, daß man zu B. weder einen Inspektor geschickt habe, um neue Statuten zu überbringen, noch irgendjemand beauftragt habe, seine Police zu prüfen. Hiernach wird vielleicht mancher geneigt sein, doch anzunehmen, daß die Besucher nicht Versicherungsagenten, sondern Polizeispäher waren. Haben die beiden Verdächtigen auch sonst noch „Vorwärts“-Leser aufgesucht und sich ihnen als „Genossen“ empfohlen, ohne sich als Genossen legitimieren zu können?

Das Café Josty am Potsdamer Platz wird jetzt einem inneren Umbau unterzogen, der zum Herbst beendet sein soll. Privatier werden allerdings an diesem Vorgang wenig interessiert sein, denn der Außenhalt in den vornehmen Räumen ist für ein Publikum mit schmalen Taschen wenig geeignet. Doch ist dieses Lokal insofern interessant, als sich literarisch-geschichtliche Erinnerungen unserer Zeiten an dasselbe knüpfen. Insbesondere Heinrich Heine hat von den Terrassen, die jetzt vergrößert werden sollen, sehr oft das Treiben auf dem Platz beobachtet. In einem seiner „Briefe aus Berlin“ vom Jahre 1822 ist er von den lustlichen Lederbüßen des Cafés so entzückt, daß er in folgende Variation ausbricht:

„Das Auge sieht die Türe offen,
Es schmeigt das Herz in Seligkeit.“

Eine aufregende Szene bot sich gestern in der zehnten Abendstunde den Fahrgästen der Linie Schleißer Tor—Friedenau. Unmittelbar an der Endstation befindet sich ein sogenannter Kummelplatz. Kaum hatte der Wagen seine Fahrt angetreten, als ein junger Mann mit blutbesiedetem Gesicht und ohne Kopfbedeckung herbeigekürzt kam, offenbar auf der Flucht vor einer johlenden Menge, die sich draußen versammelt hatte. Die Menge suchte den Wagen, trotz der Gegenwart von zwei mit Revolvern bewaffneten Schutzleuten am Weiterfahren zu hindern und wollte den Flüchtling durchaus wieder herausholen. Als sich der Wagen dann in Bewegung setzte, begleitete ihn eine Menge von etwa hundert Personen unter wüstem Geschrei, so daß nur langsam gefahren werden konnte. Mehrere junge Burschen hingen sich hinten und vorn an den Wagen, belästigten den Schaffner und den Fahrer, indem sie unausgesetzt an der Klingel zogen und den Mechanismus abzustellen suchten. Auch versuchten sie in das Innere des Wagens zu dringen, was ihnen indes vom Schaffner eine Zeitlang verwehrt wurde. An der fünften oder sechsten Haltestelle ergreift die Menge jedoch ihre Absicht, von vorn und hinten drangen mehrere Burschen in den Wagen, die mit einer entsetzlichen Wut jetzt über ihr Opfer herfielen. Hageldicht fielen die Fausthiebe; einige der Angreifer hatten, da der Angegriffene sie durchweg um Kopfeslänge übertraf, die Lehnen der Sitze erkrletzt, um besser an ihr Opfer heranzukommen, und schlugen nun von oben auf dasselbe los, bis der Ueberfallene in einer Ecke blutüberströmt zusammenbrach. Schon machte sich die Menge daran, ihn Opfer durch eine der Fensterscheiben auf die Straße zu befördern, als der Wagen ein schnelleres Fahrtempo annahm, was die Angreifer veranlaßte, schleunigst abzupringen. An der nächsten Haltestelle wurde der Verletzte einem Schuhmann übergeben, der ihn nach einer Anfallstation brachte. Unter den Fahrgästen des Wagens, meist Damen, herrschte infolge des Vorfalls selbstverständlich eine ungeheure Aufregung.

In welcher Art Steuererhöhungen vorgenommen werden, sollte man kaum für möglich halten. Uns liegt eine von der Charlottenburger Veranlagungskommission ergangene Steuererhöhung eines siebenjährigen Lehrlings B. vor, nach welcher der junge Mann 6 M. Einkommensteuer und 6 M. Gemeindesteuer zahlen soll. Nun ist der Veranlagte gar nicht steuerpflichtig, denn er hat ein nennenswertes Einkommen von 5 M. Man muß sich fragen: wie ist es möglich, daß der junge Mensch zur Steuer veranlagt werden konnte, da doch die Veranlagung auf Grund der von dem Arbeitgeber eingeforderten Lohnlisten geschieht? Auf besondere Sorgfalt bei der Einschätzung läßt dieser Fall nicht schließen.

Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich gestern früh gegen 1/2 11 Uhr in der Hüttenstraße. Dort fuhr an der Ecke der Reichlinstraße der 25jährige Radfahrer Gustav Berner, Hüttenstraße 28 wohnhaft, gegen den Vorderperon eines aus entgegengekehrter Richtung kommenden Straßenbahnwagens der Linie 11 und wurde umgestoßen. B. wurde so heftig auf den Straßenrand geschleudert, daß er mehrere Kopfwunden und eine Gehirnerschütterung erlitt. Der Verunglückte erhielt auf der Unfallstation in der Erasmustrasse Notverbände und wurde von dort mittels Krankenwagens nach dem Krankenhaus Westend übergeführt.

Von einem hilfsbereiten Landmann gefleddert wurde gestern der Werkmeister E., der aus seiner rheinischen Heimat nach Berlin gekommen war, um sich hier eine Stellung zu suchen. Auf dem Potsdamer Bahnhof gestellte sich ein gutgekleideter Mann zu dem Provinzler, der ihn bald in ein Gespräch verwickelte. Im Verlaufe desselben erfuhr er von dem biederen, offenerzigen Werkmeister dessen Absichten und wurde von diesem zu einem Glase Wein eingeladen. Der angebliche Landmann, der sich als Geschäftsführer vorstellte, riet dem E., nicht in Berlin zu bleiben, da hier alle Beträge überfüllt seien. Er erbot sich aber, seinem neuen Freunde in Stettin, wo er zahlreiche einflussreiche Bekannte habe und wohin er auch gerade reisen wolle, eine gutbezahlte Stellung zu verschaffen. Der Provinzler, der sich durch das sichere Auftreten des angeblichen Geschäftsführers läufchen ließ, ging mit Freuden auf den Vorschlag ein. Vorher aber wollte man sich Berlin gründlich ansehen. Die beiden besuchten mehrere Lokale, und schließlich schleppte der „Werkmeister“ sein Opfer nach Weihenfeld. Hier schloß der Werkmeister ermüdet auf einer Bank ein. Als er erwachte, war sein hilfsbereiter Begleiter verschwunden und mit ihm die gesamte Bauschicht des E. im Betrag von 160 M., sowie Jadeditt, Gut und Stiefel. Von dem fledderter kann der Beschädigte leider keine genaue Beschreibung geben.

Einbrüche.

In letzter Zeit haben es die Einbrecher auf das Ähren- und Goldwarengeschäft des Herrn Hingensmidt, Bergmannstr. 9, abgesehen. Erst vor ein paar Monaten hatten Einbrecher nachts die Schaufensterhebe eingedrückt und das Fenster halb ausgeräumt; trotzdem das Fenster bis zur Höhe von fast zwei Meter mit einem ziemlich starken eisernen Drahtgitter versehen ist. In der letzten Nacht wurde abermals ein Einbruch verübt; diesmal wurde aus dem Gitter erst ein Loch herausgeschnitten und dann die Scheibe eingedrückt. Sehr groß ist jedoch die Beute nicht gewesen; mit einigen Ähren und Ketten mühten die Spitzbuben sich begnügen. Sie sind wahrscheinlich bei ihrer Arbeit gefürcht worden. Man muß sich nur wundern, mit welcher Dreistigkeit sie hierbei zu Werke gegangen sind, denn die Bergmannstraße ist an dieser Stelle die ganze Nacht hindurch belebt und ganzig Schritt entfernt steht sonst fast immer ein Schuhmann, manchmal sogar zwei.

Wetten, Wäsche und Bekleidungsstücke haben Spitzbuben dieser Tage aus der Wohnung des Schlossers Valentin in der Verlingensstraße 20 gestohlen, während die Frau zum Einholen vorgegangen war. Der eine der Spitzbuben trug einen dunklen Kaketanzug und eine helle Hose, der andere einen bräunlichen Anzug und gelbe Schuhe. Sie haben sich mit der Beute nach dem Bahnhof Weußelstraße entfernt.

Die gestohlenen Medaillen. Durch einen dreisten Einbrecher ist der Rittmeister a. D. M. aus der Wöhrerstraße in große Verlegenheit gebracht worden. M. war im Besitz einiger Auszeichnungen,

unter denen sich auch eine Reihe von Medaillen befanden. Diese sind ihm nachts von einem Einbrecher gestohlen worden. Der Dieb entwendete u. a. eine österreichische Militär-Verdienstmedaille, die Rettungsmedaille, eine österreichische Jubiläums-Erinnerungsmedaille sowie eine französische Auszeichnung.

Betriebsunfall in der A. E. G. Gestern morgen um 3 Uhr ereignete sich in der A. E. G., Hüttenstraße, ein bedauerlicher Unfall. Beim Arbeiten mit dem Laufstern brach auf unauffällige Weise ein etwa 30 Pfund schweres Gewicht ab und fiel dem am Kran arbeitenden Anbinder M. Willy, Sockelstr. 5 wohnhaft, auf die Schulter. Bewußtlos wurde der Verunglückte von Arbeitskollegen aufgehoben und mittels Droschke nach dem Krankenhaus Moabit gebracht. Hätte das Gewicht den Kopf des Verunglückten getroffen, so wäre ohne weiteres der sofortige Tod die Folge gewesen.

Selbstmord eines Engländers. Am Rolandbrunnen erschossen hat sich Freitag Abend ein englischer Geschäftsreisender, Fred Klander, dessen Verhältnisse noch nicht näher bekannt sind. Der Mann nahm zwischen 9 und 9 1/2 Uhr an der Corneliusbrücke eine Straßendroschke und beauftragte den Führer, ihn nach der Burggrafenstraße Ecke Kurfürstenstraße zu fahren. Dort stieg er aber nicht aus, gab vielmehr die Weisung, nach dem Tiergarten zu fahren. Am Rolandbrunnen hörte der Chauffeur in seinem Wagen plötzlich zwei Schüsse fallen und fand seinen Fahrgast blutüberströmt im Wagen liegen. Er hatte sich aus einem Revolver eine Kugel in die rechte Schläfe und eine zweite in den Mund geschossen. Der Wagenführer brachte den Schwerverletzten nach der Hilfsstation in der Kronenstraße, wo er bald unter den Händen des Arztes starb. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schaulause gebracht. In den Aktenprotokollen des Toten fand man unter anderem einen Reiseplan für Europa und Amerika, den ihm das englische Generalkonsulat in Genoa ausgehändigt hat. Bares Geld besaß er nicht. Ob Klander hier in Berlin schon gemohnt hat oder eben erst angekommen ist, weiß man noch nicht.

Selbstmord an der Schloßbrücke. Aufsehen erregte vorgestern Abend ein Vorfall an der Schloßbrücke. In der 11. Stunde sprang ein junges Mädchen, das seit längerer Zeit auf und ab gegangen war, plötzlich von der Brücke in den Stadtschloßkanal und ging unter. Es gelang, als sie nach einiger Zeit wieder empor kam, die Lebensmüde zu fassen und ans Land zu bringen. Es war aber schon zu spät. Das Mädchen war tot, und Wiederbelebungsversuche, die ein im Samariterdienst ausgebildeter Schuhmann machte, blieben erfolglos. Die junge Selbstmörderin, deren Leiche nach dem Schaulause gebracht wurde, konnte bald festgestellt werden als eine 17 Jahre alte Gertrud Prella aus Marienwerder, die seit längerer Zeit in Berlin diente.

Ein alter Mann, der mit Kinder-Windmühlen handelte, wurde am vorigen Sonntag (14. Mai), nachmittags zwischen 2 und 3 Uhr, in der Friedenstraße zwischen Prenzlauer Allee und der Weißwalder Straße durch einen Schuhmann sikiert. Was er begegangen haben sollte, entzieht sich unserer Kenntnis; wahrscheinlich ist es eine ganz geringfügige Sache, etwa eine Uebertretung des Verkehrs, beim Handeln eine feste Stelle einzunehmen. Ueber die Art, wie dieser Mann von dem Polizeibeamten transportiert wurde, sind uns von einem Augenzeugen sehr befremdliche Mitteilungen gemacht worden. Wir glauben, daß es im Interesse des Sikierten liegt, ihm den Zeugen zur Verfügung zu stellen. Wer kann zufällig und sagen, wer der alte Mann ist, wie er heißt, wo er wohnt? Wir würden diesem dann die Adresse des Zeugen übermitteln. Die Vorgänge sind übrigens auch noch von anderen Zeugen mit angesehen worden, die vielleicht gleichfalls bereit wären, ihre Aussage zu machen. Wir bitten auch Sie, sich bei uns zu melden, um sie dem alten Mann nennen zu können, falls uns seine Adresse bekannt wird.

Unbekannte Leiche. Aus dem Behr an der Charlottenburger Schleuse wurde vorgestern früh die Leiche einer etwa 50jährigen Frau gefunden, die offenbar Selbstmord verübt hat. Die tote ist etwa 1,65 Meter groß, von schlanker Gestalt, sie hat graumeliertes Haar, braune Augen, im Oberkiefer ein künstliches Gebiß, während die unteren Zähne vollständig fehlen. Der kleine Finger an der linken Hand fehlt; er ist anscheinend amputiert worden. Bekleidet ist die Verstorbene, die dem Arbeiterstande angehören dürfte, mit schwarzem Rock, blauer Leinenbluse, schwarzer Schürze, graueisernem Unterrock, grauem Korsett, blauen Beinleibern, schwarzen Strümpfen und halben Schnürschuhen. An der rechten Hand trug die tote einen Trauring mit dem Monogramm R. M. und der Jahreszahl 1888. Die Persönlichkeit der Lebensmüden konnte bisher mangels jeglicher Ausweisepapiere nicht festgestellt werden. Die Leiche, die bereits einige Tage im Wasser gelegen haben muß, wurde nach dem Schaulause gebracht.

Zeugen gesucht. Am 15. Mai, mittags 12 Uhr, wurde ein Radfahrer in Steglitz von einem Privatautomobil angefahren und vor die Pferde eines Postkutschers gemorren. Er wurde eine Strecke mitgeschleift und erlitt Verletzungen. Zeugen, welche den Vorfall mit angesehen, werden gebeten, ihre Adresse bei Otto Ebe, Mittelmalerstr. 28, Hof III, abzugeben.

Arbeiter-Samariter-Kolonie Groß-Berlin. Heute, 11 Uhr, Vortrag im Pathologischen Institut, Eingang Alexanderufer. Vortragender: Herr Prof. Dr. Kaiserling. Gäste willkommen. — Am Freitag findet abends 8 Uhr ein Übungsabend der aktiven Mannschaft statt im Dresdener Garten.

Vorort-Nachrichten.

Wilmerdorf-Salensee.

Die Gewerbegerichtswahlen finden am Sonntag, den 28. Mai, von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 2 Uhr statt.

Wahlberechtigt sind alle Arbeiter, welche das 25. Lebensjahr erreicht haben und in dem Bezirk des Gewerbegerichts beschäftigt sind oder falls sie außerhalb in Arbeit stehen, am Ort wohnen.

Für die Wahl der Arbeitnehmer sind durch Magistratsbeschluss vier Wahlstellen eingerichtet und zwar: a) in dem 1. Wahlbezirk, der dem 8. Polizeirevier entspricht, im Restaurant „Viktoria-Garten“, Wilhelmstraße 114/115; b) in dem 2. Wahlbezirk, der dem 10. Polizeirevier entspricht, im Restaurant „Kaiser-Wilhelm-Garten“, Kurfürstendamm 121/122; c) in dem 3. Wahlbezirk, der dem 9. und 11. Polizeirevier entspricht, im Restaurant von „Gebel“, Uhlandsstraße 138/139; d) in dem 4. Wahlbezirk, der dem 7. Polizeirevier entspricht, im Restaurant „Stadtpar“, Kaiserallee 51/52.

Wir ersuchen die Parteigenossen und Gewerkschaftskollegen, in eine rege Agitation für diese Wahl einzutreten. Jeder in Betracht kommende Arbeiter hat von seinem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Nicht darauf kommt es allein an, daß die Kandidaten der Gewerkschaften gewählt werden, sondern hinter denselben muß auch die übergroße Mehrzahl der Wähler stehen.

Verzäume daher niemand die Wahl.

Die Gewerkschaftsunterkommission.

Nixdorf.

Ein Straßenbahnunfall ereignete sich Sonnabend nachmittags um 2 Uhr in der Hermannstraße. Dort geriet der siebenjährige Schüler Siegfried Wiedring, Wasserturnstraße 4 wohnhaft, unter den Schuttrahmen eines in der Richtung nach der Seerstraße fahrenden Straßenbahnwagens der Linie 29. Der Knabe konnte bald aus seiner Lage befreit werden. Der Verunglückte, der Hautabwürfungen am Kopf und am linken Bein erlitten hatte, erhielt auf der Unfallstation in der Steinmetzstraße die erste Hilfe und wurde dann nach der elterlichen Wohnung übergeführt.

Abtlershof.

Unter falschem Verdacht hat eine unschuldige Frau noch immer schwer zu leiden. Am 10. März starb plötzlich, wie damals berichtet wurde, der hiesige Eigentümer Nikolaus Fleck. Es entstand damals das Gerücht, daß sein Ende kein natürliches gewesen sei. Bald hieß es, daß Frau Fleck ihren Mann mit Gift umgebracht habe. Die Staatsanwaltschaft beim Landgericht II leitete auf diese Beschuldigung hin ein Ermittlungsverfahren ein. Bei der Obduktion der Leiche konnten die Kerzte die Todesursache nicht bestimmt feststellen. Für eine Vergiftung fanden sie aber keinen Anhalt. Um nach dieser Richtung hin volle Gewißheit zu schaffen, ließ die Staatsanwaltschaft noch den Magen mit seinem Inhalt und andere Körperteile des Verstorbenen durch den Gerichtschemiker Dr. Jersich genau untersuchen, ebenso auch noch die Speisereste, die in der Wohnung Flecks beschlagnahmt worden waren. Das Ergebnis dieser Untersuchungen liegt jetzt vor. Es hat auch nicht den geringsten Anhalt für das Vorhandensein von Giftstoffen in dem Körper des Verstorbenen oder in den Speiseresten.

Frau Fleck ist also vollkommen entlastet. Aber die falschen Gerüchte sind immer noch nicht verstummt. Im Gegenteil. So die unschuldige Frau sich nur leben läßt, da brandmarkt man sie mehr oder weniger offen als Giftmörderin. Das geht so weit, daß sich die Frau bei der Staatsanwaltschaft brieflich beschwert und sie um ihren Schutz angerufen hat. Wirkamer wird aber zu ihrem Schutze wohl die Veröffentlichung des Untersuchungsergebnisses sein, das auch nicht den geringsten Zweifel mehr übrig läßt. Der plötzliche Tod Flecks erklärt sich auch aus natürlichen Ursachen ganz leicht. Wir teilten damals bereits aus Ersuchen der Angehörigen mit, daß der Mann an epileptischen Krämpfen litt und nervenleidend war und daß er jedenfalls durch einen Schlaganfall vom Tode überrascht worden ist.

Ober-Schöneweide.

Die Unvorsichtigkeit in den Ortsstraßen, hervorgerufen durch übermäßig schnelles Fahren der Kraftwagen, hat zu einer Ausdrache in der Gemeindevertretung geführt. Genosse Rutz fordert ein Eingreifen der Behörde, was auch zugefagt wurde; bekanntlich sind kurz hintereinander zwei Kinder tot gefahren worden. Der in der vorigen Woche an der Ecke der Helmholzstraße passierte Unfall führte auch zu lebensgefährlicher Verletzung eines Kindes. Es wäre dringend notwendig, daß an den Kreuzungen an dieser gefährlichen Stelle ein Aufsichtsbearbeiter stationiert würde; auch die unbeaufsichtigten Eisenbahntransporte durch die Ortsstraßen bilden die größte Gefahr; es ist höchst sonderbar, daß hier die Behörde verlagert.

Röpenitz.

Zwei gemeingefährliche Kinderfreunde hat die Polizei ebenfalls gemacht. Sie nahm die Gelegenheitsarbeiter R. und F. fest. R. hat sich nicht nur an einem achtjährigen unzurechnungsfähigen Schulmädchen in der schwersten Weise vergangen, sondern auch sein eigenes Kind, einen neunjährigen Knaben, mißbraucht. F. steht unter dem dringenden Verdacht, auf der Heide zwei Schulkinder, ein sieben- und ein neunjähriges Mädchen, überfallen und vergewaltigt zu haben. Beide Inholde wurden ins Untersuchungsgefängnis eingeliefert.

Weihenfeld.

Eine öffentliche Bettelei findet nun am Himmelschridtke auch in Weihenfeld statt und zwar von morgens 8 Uhr bis endigend abends 8 Uhr. Aber nicht nur auf der Straße, sondern auch in den Häusern sollen Blumen und Postkarten angeboten werden. 200 junge Damen aus allen Schichten der Bevölkerung sollen sich hierzu zur Verfügung gestellt haben. Der hiesige katholische Verein hat sich schon aufgeregt, daß er übergangen worden ist, da er genau wie die evangelischen Vereine in Jugendpflege usw. made. Ob in Weihenfeld bei dieser jetzt wieder gewordenen Wohlthätigkeitsbettelei viel herauskommen wird, ist noch fraglich, denn die Arbeiterchaft hat keine überflüssigen Gelder und wenn dies der Fall, dann wird sie dieselben nützlicher verwenden.

Notawedel.

Das neue Realgymnasium ist am Mittwoch eingeweiht worden. Das stattliche, nach den Plänen des Geh. Baurats Tschow mit einem Kostenaufwand von nahezu einer halben Million Mark errichtete Gebäude, bietet mit seinen einfachen, doch geschmackvollen Anlagen und dem dunklen Kiefernwald im Hintergrund einen geradezu malerischen Eindruck. Dem äußeren Eindruck entspricht auch die innere Gestaltung des Gebäudes, die in wissenschaftlicher und schulgigienischer Beziehung vorbildlich genannt werden kann. Aber man sieht es doch dem Ganzen an, für Proletarierkinder ist es nicht berechnet; für sie ist die seit jeher stiefmütterlich behandelte Volksschule gut genug, obwohl sie das gleiche Ziel haben müßte, das der Direktor in seiner Ansprache so treffend skizzierte: „Nicht nur Wissensstoff soll die höhere Schule vermitteln, sie soll das Gefühl sein und empfindsam machen, das ästhetische wie das sittliche; sie soll den Willen bilden und stärken für die Aufgaben des Lebens.“

Nebende Kranken- und Sterbefälle Nr. 5, gegründet 1895. Heute nachmittags 2-7 Uhr bei Köwer, Wilschestr. 14: Zahl- und Rufnummer.

Marktpreise von Berlin am 19. Mai 1911, nach Ermittlung des königlichen Polizeipräsidiums. Markthallenpreise. (Kleinsthandel.) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, vom Kochen 30,00—50,00. Speisebohnen, weiße 30,00—50,00. Winkeln 30,00—50,00. Rastoffeln 6,00—9,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Seele 1,60—2,40. Rindfleisch, Bandfleisch 1,30 bis 1,70. Schweinefleisch 1,20—1,90. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,40—2,20. Butter 2,20—2,80. 60 Stück Eier 2,80—4,50. 1 Kilogramm Karpfen 1,30—2,40. Hefe 1,60—3,00. Bänder 1,40—3,80. Hechte 1,30 bis 2,80. Barsche 0,80—2,00. Schlei 1,30—3,40. Hele 0,80—1,80. 60 Stück Stroh 2,00—3,00.

Witterungsbericht vom 20. Mai 1911.

Stationen	Barometerniveau (mm)	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in °C (tägliche Mittel)	Stationen	Barometerniveau (mm)	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in °C (tägliche Mittel)
Schwandau	759 RD		6 heiter	10	Dapardau	766 RD		2 wolfig	3		
Namburg	761 RD		3 bedekt	15	Teterburg	756 SD		1 bedekt	7		
Berlin	767 RD		4 bedekt	10	Schlag	767 RD		4 halb bb.	11		
Frankfurt a. M.	760 RD		7 wolfig	12	Übersee	771 R		3 bedekt	7		
Frankfurt	759 RD		3 bedekt	9	Paris	763 R		5 bedekt	9		
Wien	753 RD		6 bedekt	11							

Wetterprognose für Sonntag, den 21. Mai 1911. Nachts etwas kühler, am Tage etwas wärmer, vielfach heiter bei ziemlich frischen nordöstlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten vom Landesanstalt für Gewässerbau, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 19. 5.	am 18. 5.	Wasserstand	am 19. 5.	am 18. 5.
Remel, Mühl	147	-6	Saale, Großh.	170	+0
Bregel, Jüterburg	-21	+2	Qabel, Spandau	60	-2
Bregel, Thon	76	-6	Kalbenow	126	+8
Ober, Ratzen	183	+3	Spree, Spremberg	90	0
Krosen	134	-4	Beeslow	74	-2
Frankfurt	150	-8	Bejet, Rinden	-65	-7
Wartbe, Schrum	16	-4	Rhein, Rinden	-2	-1
Landberg	29	-1	Rhein, Maximiliansau	440	+10
Rege, Borsum	16	0	Raub	217	+11
Elbe, Zeitz	72	+44	Rölln	222	+13
Dresden	-73	+41	Redar, Gellbrom	130	+35
Dach	136	-6	Rain, Weizen	149	+18
Magdeburg	128	0	Wolff, Bertha	76	-18

*) + bedeutet Hoch, - Fall. **) Unterpegel. *) Höchster Wasserstand: 180 cm am 18. nachmittags. Nach telegraphischer Meldung ist die Ober bei Ratzen sehr stark gestiegen und steigt weiter. Der Wasserstand betrug heute morgen 72 cm und hätte die Ausdehnungshöhe bereits um 20 cm überschritten.

